

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 49

MÄRZ 1984

DM 1,-

Lummers Terror gegen Asylanter

Stoppt die Menschenjagd auf Ausländer!

Westberlin – Sechs junge ausländische Häftlinge – drei Tamliden, ein seit langem in Frankreich lebender Tunesier und zwei Palästinenser – wurden während der Silvesternacht in der berühmten Abschiebehaftanstalt Augustaplatz, einer zum Abschiebe-KZ umgewandelten alten Wehrmachtskaserne, grausam getötet. Zunächst hieß es, daß sie in Zelle B tödlich verbrannten. Zwei Tage später ergab die Obduktion Zyanidgasvergiftung durch brennende Matratzen; die Gefangenen erstickten qualvoll hinter verschlossenen Türen. Ein Überlebender sagte aus, daß ein Polizist einen Feuerwerkskörper in die Zelle warf. Inzwi-

schen konstatieren Polizeiquellen lakonisch, daß 35 Minuten verstrichen zwischen Brandausbruch und Ankunft der Feuerwehr.

Überlebende Gefangene aus anderen Zellen berichteten, daß sofort Sonderkommandos der Polizei das Gefängnis umstellten. Trotz flehender Bitten wurde Zelle B nicht geöffnet. Sämtliche Gefangenen wurden auf den Hof getrieben; in eisiger Kälte mußten sich alle nackt ausziehen – für „intensive Untersuchung“, wie Polizeipräsident Hübner (SPD) zu verstehen gab. Mehrmals versuchten die Häftlinge zurück in den Trakt zu kommen, um die Sechs zu

befreien. Sie schrien: „Helft ihnen, holt sie heraus! Sie verbrennen.“ Unter Gejohle der Beamten wurden sie in einen Polizeitransporter gepfercht. Ein Überlebender schilderte: „Das Feuer wurde immer stärker und aus Zelle B kamen schreckliche Schreie und Hilferufe. Dann verstummten die Stimmen.“

Sofort wurde eine Untersuchung in Gang gesetzt – gegen die Überlebenden wegen Gefangeneneuterei und Brandstiftung. Als die Tatsachen durchsickerten, wurden Ermittlungen wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung gegen die Gefängniswärter eingeleitet, die die Zelle verschlossen

hatten, angeblich in Furcht vor einem „allgemeinen Aufstand“. Laut Informationsdienst der SPD-Fraktion wollte sogar Staatsanwalt Schilling Haftbefehle wegen Mordes gegen die Polizeibeamten beantragen, sei aber von seinen Vorgesetzten daran gehindert worden.

Westdeutsche Gefängnisse sind berüchtigt. Wir vergessen nicht das Schicksal von Ulrike Meinhof (angeblicher „Selbstmord“) und der anderen Mitglieder der sogenannten „Baader-Meinhof-Bande“ aus der deutschen Linken. Aber die willkürliche Tötung der Sechs vom Augustaplatz war Rassist. *Fortgesetzt auf Seite 2*

Lehren von HDW: Brecht mit sozialdemokratischem Reformismus!

Massenstreik, Besetzungen gegen Entlassungen!

Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen, die rabiate Anti-Gewerkschaftskampagne, die chauvinistische Hetze gegen Ausländer und gleichzeitig die Stationierung der NATO-Erstschlagswaffen, die die Menschheit dem NATO-Holocaust einen entscheidenden Schritt näher gebracht haben, lassen Orwell's Vision von 1984 geradezu optimistisch erscheinen.

Der „heiße Herbst“ der westdeutschen „Friedens“bewegung, pazifistische Demonstrationen, Menschenketten und Appelle für einen „friedlichen“ deutschen Imperialismus konnten die Stationierung der NATO-Raketen nicht verhindern. Die Arbeiterklasse muß den Kapitalisten die Macht entreißen, bevor es zu spät ist. Solange die Bourgeoisie an der Macht ist, liegt die Entscheidung über Krieg und Frieden in ihren Händen, und kein Appell oder Protest wird sie davon abhalten, sich zu bewaffnen: *Nicht nur gegen die Sowjetunion und die anderen deformierten Arbeiterstaaten, sondern auch gegen die eigene Arbeiterklasse.* Der Plan der Kapitalisten, ihre Profite zu retten, die Kriegsvorbereitungen hochzuschrauben, ist nur gegen die Arbeiterklasse zu verwirklichen – durch Lohnraub, Massenentlassungen, Stilllegungen und chauvinistische Hetze gegen Ausländer.

Doch die Antwort der Arbeiter blieb nicht aus. Als CDU/FDP mit ihrem „Wende“-Coup die Nachfolge von Schmidts Lohnraubkoalition antraten, brachten die DGB-Demonstrationen über 500 000 Stahlkoche, Hafen- und Metallarbeiter auf die Straße. Angesichts der Wut und Kampfbereitschaft zitterten die DGB-Führer um den „sozialen Frieden“ und benutzten die Massenproteste, um die SPD wieder als „kleineres Übel“ zu

verkaufen. Doch „die Geister die sie riefen, wurden sie nicht wieder los!“ In den letzten anderthalb Jahren prägten Streiks und Demonstrationen der schweren Arbeiterbataillone, vom Ruhrgebiet bis zur Wasserkante, das Bild der westdeutschen Gesellschaft und haben die reaktionäre „Idylle der Sozialpartnerschaft“ ins Wanken gebracht. Die Arbeiterklasse kämpft!

Als die Bosse der (HDW) Howaldtswerke-Deutsche Werft AG im letzten September 1354 Entlassungen ankündigten – Teil I der Stilllegung der gesamten Werft – besetzten die Arbeiter ihre Werft und gaben damit ein Signal zum Kampf aller Arbeiter. HDW ging voran, eine Woche später folgte die Besetzung der AG Weser (Bremen). Der nächste Schritt mußte die Ausweitung des Kampfes sein: „Für *Fortgesetzt auf S. 11*



Frauen entfachen HDW-Besetzung... S.4 Interview mit Birgit Wojak, HDW/MAN-Frauengruppe

Stoppt...

Fortsetzung von Seite 1

mus, eiskalte Berechnung kapitalistischer Ökonomie. In Westdeutschland und Westberlin gibt es heute schätzungsweise 4,6 Millionen ausländische Einwohner, die meisten kommen aus der Türkei. Seine Politik hat der deutsche Imperialismus gerade mit der kaltblütigen Folter an dem türkischen Linken C. Kemal Altun – in den Tod getrieben durch Abschiebeterror – vor Augen geführt. Mit ihrer Kampagne, die eingewanderten Arbeiter und besonders ausländische Linke zu „dezimieren“, haben sie die Jagdsaison für eröffnet erklärt. Die deutsche Bourgeoisie rafft Riesenprofite auf Kosten Millionen verzweifelter ausländischer Arbeiter, die wirt-

präsentieren konnten. Zwei waren einfach Besucher auf der Durchreise in Westberlin; andere hatten gültige Papiere.

Diese tägliche Menschenhatz wird ausgeübt durch die AGA (Arbeitsgruppe Ausländer der Polizei), eine verhaßte Spezialeinheit, aufgebaut von CDU-Königsmacher und NPD-Freund, Westberlins Innensenator Heinrich Lummer. Diese Eingreiftruppe lungert auf den Straßen herum, um „ausländisch aussehende“ Personen festzunehmen und einzusperrern. Der Kalte-Kriegs-Rassist Lummer hat, angefangen mit Klaus-Jürgen Rattay über C. Kemal Altun bis zu den Sechs vom Augustaplatz bereits neun Menschenleben auf dem Gewissen, abgesehen von Hunderten Abgeschobenen, deren Schicksal ungewiß bleibt. Um Westberlin von Ausländern „freizuhalten“, geht der „Frontstadt-Zimmermann“ über Leichen, schiebt auch

gerade im Hungerstreik befindlichen Gefangenen angehören. Obwohl jegliche Ermittlungen im Dunkeln gehalten werden, hat die Justiz ihre Probleme, den Ring des Schweigens geschlossen zu halten. Ein 23-jähriger Iraker, Überlebender des Augustaplatzbrandes, wurde in die neurenovierte Wehrmachtsbaracke zurückgebracht und erlitt einen Herzanfall. Sein Mithäftling, ein 23-jähriger Palästinenser, schnitt sich mit Rasierklingen die Pulsadern auf, nachdem er über Zeitungsberichte erfuhr, daß die Abschiebungen nicht ausgesetzt würden. Am Sonntag, dem 19. Februar, wurden zwei weitere Selbstmordversuche von Palästinensern bekannt. Mit Hungerstreikaktionen versuchen die Häftlinge verzweifelt, Aufmerksamkeit zu erregen. In den Asylanten-KZs/Abschiebegefängnissen erhalten Deutsche Hausverbot. Die Häftlinge werden systematisch von der

Kassem Said auf ihren toten Sohn, da die deutschen Botschaften zusammen mit Interpol (!) den Austausch der Leichen auf der Insel Zypern noch nicht „organisieren“ konnten.

„In der Heimat verbrennen sie unsere Häuser, hier unsere Körper“, riefen 250 Tamlilen auf einer Demonstration am 2. Januar, und sie übernahmen die Losungen der Trotzlistischen Liga Deutschlands: „Sofortige Freilassung aller Abschiebehäftlinge! Keine Abschiebungen – Abschiebung ist Mord! Politisches Asyl für Tamlilen! Deutscher Imperialismus: Zahlmeister von J. R.s Völkermord!“

Illusionen in den deutschen Imperialismus, der den größten Völkermord aller Zeiten durchführte, haben die Tamlilen und Palästinenser nicht. Wohl aber deutsche „Linke“, die hoffen, daß im Bündnis mit der Bourgeoisie „nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht“. So demonstrierten 50 000 vor dem Schöneberger Rathaus für „Abrüstung in Ost und West“ – gegen Jayewardenes Völkermord an den Tamlilen in Sri Lanka Mitte letzten Jahres kam der nationalistischen „Linken“ kaum ein Wort der Solidarität über die Lippen. Die Verteidigung von Tamlilen, Türken und Palästinensern ist nicht ihre Sache. Während die von der TLD/internationalen Spartacist Tendenz organisierte Protestkampagne eine zeitweilige Aussetzung der Abschiebungen von Tamlilen erreichte, machten wir in unserem Aufruf klar: „Die Verteidigung der Tamlilen – eine Frage von Leben und Tod für drei Millionen Menschen – ruht vollständig auf den Schultern der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten“ und unsere Parole war: „Deutsche, ausländische Arbeiter: Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktion!“ Vom bürgerlichen Staat, selbst von den „Genossen“ Grünen-Abgeordneten der Alternativen Liste haben die Tamlilen nichts zu erwarten. Von ihrer Forderung „Sofortige Freilassung der inhaftierten Abschiebehäftlinge“ nahm die AL im Parlament gleich wieder Abstand. Stattdessen treten sie für „humanere“ Abschiebehäft ein, um (wie schon ihre Brüder in Hessen) gemeinsam mit der SPD die Gelder für Asylanten-KZs zu bewilligen – deren Existenz der Rassist Bömer als „eine Frage der Hygiene“ bezeichnet hat. Im Gegensatz zu diesem „alternativen Rassismus“ bestehen wir darauf, daß jedem, der es geschafft hat hierher zu fliehen, das Recht zuerkannt wird, hier zu bleiben.

Die Arbeiterklasse muß kämpfen für ihre am meisten unterdrückten Klassenbrüder. Die Arbeiterbewegung muß handeln, um die Abschiebungen zu stoppen und volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien zu erringen. Asyl für die Flüchtlinge der reaktionären Terror-Regime! Rache für die Sechs vom Augustaplatz! Lummers Entlassung ist nicht genug! Stoppt die Menschenjagd auf Ausländer! Nieder mit den Gestapo-Methoden von Lummers rassistischer Polizei! Nieder mit der AGA-Eingreiftruppe! ■

Rache für die Augustaplatz 6!



„In der Heimat
verbrennen sie
unsere Häuser,
hier unsere Körper!“

- Aufgebrachte Tamlilen auf der
Protestdemo am 2. Januar



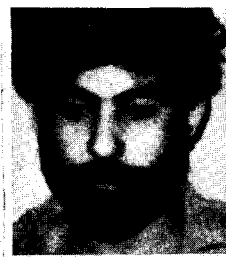
Hamed
Djelassi



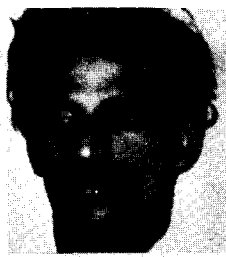
Kassem
Said



Rajasingam
Seva Kumaran



Nezar
Sleimann



Kulonthaigopolo
Thirunarukkaru



Krishnapillar
Velanthapillai

schaftlicher Not und dem Terror ihrer Heimatländer entflohen sind; wenn sie „überflüssig“ werden, bedient sich der bürgerliche Staat, der „demokratische“ Nachfolgestaat von Auschwitz, rassistischer Abschiebe-Gesetze (in Anlehnung an Deportationsgesetze der Nazis), aufgrund derer bereits unter Schmidts sozialdemokratischer Regierung mehr als 800 000 abgeschoben wurden.

Der abscheuliche Feuertod der Sechs vom Augustaplatz begann mit planmäßiger rassistischer Routine. Aufgetrieben wie Vieh, wurden alle illegal in Haft genommen: auf den Straßen, in U-Bahn-Stationen, auf dem Bahnhof Zoo, als sie eine Fahrkarte kauften, als sie keine Papiere bei der Ausweiskontrolle

mal Grundrechte „hin und her“ und erklärte in der *Panorama*-Fernsehsendung vom 17. Januar ohne Umschweife: „Wenn ich von Menschenrechten rede, meine ich vor allem die Vollzugsbeamten.“

Den Inhaftierten wird gewöhnlich der Zugang zu Dolmetschern und Rechtsanwälten verweigert, womit ihnen sämtliche Informationen über ihre gesetzlichen Rechte, Asyl zu fordern, vorenthalten werden. Anwälte erfahren häufig nur per Zufall von Verhaftungen. Wieviele zu „Verschwundenen“ werden, um in Ruhe abgeschoben werden zu können, ist unmöglich zu bestimmen. Selbst *dpa* gelang es nicht, von den Wärtern am Augustaplatz zu erfahren, welcher Nationalität die

Außenwelt abgeschnitten. Stundenlange Verhöre ohne Anwälte, mit undurchsichtigen Dolmetschern; Angebote „freizukommen“, für Aussagen gegen andere Häftlinge: Dies alles sind die neuen und alten Methoden des Staatsschutzes, das Verbrechen an den Sechs zu vertuschen. Im Zuge dieser Gestapo-Methoden sind bereits sieben der Überlebenden des Massakers im geheimen abgeschoben worden. Weitere 36 sollen bald ausgeliefert werden; das heißt alle Zeugen dieser schrecklichen Greueltat.

Das einzige „Verbrechen“ der vielen Tamlilen, Palästinenser, Türken und Kurden, die nach Westberlin einreisen, ist der Versuch, der Verfolgung und dem Elend ihrer Heimatländer zu entfliehen, das heißt ihr Leben zu retten. Westberlin, Hochburg des Abschiebeterrors, wird heute von der CDU regiert – sie ernten Rassismus und Antisowjetismus, den die „linken“ Nationalisten, die Sozialdemokraten jahrelang gesät haben. Es war bereits Schmidts Aufrüstungskalition, die die Türkei mit Panzern und Waffen versorgte, Militärhilfe nach Israel gepumpt hat und Zahlmeister des blutigen J. R. Jayewardene in Sri Lanka war. Diese reibungslose Zusammenarbeit unter den kapitalistischen Schlächtern bezahlen kurdische und türkische Arbeiter und Linke mit ihrem Leben.

Treibjagd gegen Ausländer und Antisowjetismus gehen Hand in Hand. Während sechs DDR-Bürger in der Ständigen Vertretung der BRD in Ostberlin um politisches Asyl bettelten, und mit offenen Armen im „freien“ Westen aufgenommen wurden, werden die toten Abschiebehäftlinge sogar noch verhöhnt. Insgesamt viermal sind die Leichen vom Augustaplatz vertauscht worden; bis heute wartet die Mutter von



Bestellt!

DM 2,-

Neu!

- KAL 007: US-Kriegsprovokation
- Der unheilvolle Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus
- USA/China: Hände weg von Vietnam!
- Israel, französische Fallschirmjäger, US-Marines, raus aus Libanon!
- Wir stoppten den Ku Klux Klan!
- Das revolutionäre Erbe von Rosa Luxemburg
- Iran und die permanente Revolution
- Massaker in Sri Lanka

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

KONTAKTADRESSEN DER TLD

FRANKFURT: Postfach 16 747
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG: Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: 040/31 46 56

WESTBERLIN: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: 030/882 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Fred Zierenberg
REDAKTION: Marianne Clemens, Doris Kohn,
Silvia Lenz, Christoph Steiner, Anja Valentin
PRODUKTION: Andreas Heller

VERTRIEB: Birgit Kramer
PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

DKP - Wasserträger der nationalistischen „Friedens“bewegung



Nur Klassenkampf stoppt Kriegskurs gegen Sowjetunion!



Folgendes Flugblatt verteilte die Trotzistische Liga Deutschlands (TLD) an den DKP-Parteitag vom 6./7. Januar in Nürnberg.

Die begonnene Stationierung der NATO-Erstschlagswaffen Pershing 2 und Cruise Missiles ist eine tödliche Bedrohung für die Sowjetunion. Wir Trotzisten kämpfen gegen die Stationierung, weil die NATO mit diesen Waffen innerhalb von Minuten Moskau und Leningrad auslöschen kann. Das heißt, das Land der Oktoberrevolution – das erste Land, in dem die russischen Arbeiter dem internationalen Proletariat den Weg wiesen – ist in Gefahr. Und es ist die Aufgabe aller wirklichen Revolutionäre, zu seiner Verteidigung zu eilen. Wir sind froh darüber, daß die Sowjetunion hochentwickelte Waffen wie die SS 20 zu ihrer Verteidigung hat. Bisher konnte die militärische Stärke der Sowjetunion ein neues „Unternehmen Barbarossa“ verhindern. Aber wir können bei der Verteidigung von DDR, Polen und Sowjetunion nicht der stalinistischen Bürokratie, noch ihrer westdeutschen Agentur, der DKP, vertrauen, die im Namen der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus die Existenz der Sowjetunion und der anderen deformierten Arbeiterstaaten unterminieren. Der einzige Weg zur Verteidigung der Oktobererrungenschaften ist die Ausweitung der Revolution. Für diese Aufgabe wurde die Komintern aufgebaut, und diesem Programm war die KPD bei ihrer Gründung verpflichtet:

„Der Sieg der Sowjetmacht in Deutschland wird der Sache der proletarischen Revolution einen gigantischen Stoß vorwärts geben. Der Bund der zwei Sowjetrepubliken, Rußland und Deutschland, wird beide stärken und es den deutschen und russischen Arbeitern ermöglichen, ihr ökonomisches Leben zu organisieren und das Volk vor dem Hunger zu retten.“ (*Manifest der Komintern zum Kapp-Putsch*, 25. März 1920)

Aber „zwischen der Vergangenheit des Gründungsparteitages der KPD vor 65 Jahren und der Gegenwart des 7. Parteitages der DKP liegen fundamentale Verschiedenheiten“ (Herbert Mies, *UZ*, 30.12.1983). Allerdings! Der Unterschied zwischen der revolutionären KPD unter Rosa und Karl und der DKP von Mies etc. ist die Trennungslinie, die zwischen proletarischen Internationalisten und Sozialpatrioten verläuft. Die Wahrheit ist immer konkret, und konkret ist die Rolle der DKP als Organisator der antisowjetischen, nationalistischen „Friedens“bewegung.

Spartakisten kontra Nationalkommunisten

Alle Imperialisten bereiten den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Aber während der deutsche Imperialismus von der richtigen Erkenntnis ausgeht, diesen Krieg jetzt nicht gewinnen zu können, glaubt der US-Imperialismus, einen „begrenzten“ Atomkrieg gegen die UdSSR führen zu können. Berechtigte Kriegsangst vor Reagans Atomkriegsstrategie, die Deutschland als Schlachtfeld vorsieht, hat im letzten Herbst über eine Million Menschen auf die Beine gebracht, um gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland zu demonstrieren. Doch Menschenketten, Kasernenblockaden und „Volksversammlungen“ konnten und können die NATO-Kriegsvorbereitungen nicht stoppen. Allein die Arbeit-

terklasse hat die soziale Macht dazu. Doch ihre falschen Führer, die Sozialdemokraten, tun genau das, was man von einer bürgerlichen Arbeiterpartei zu erwarten hat: Im Interesse der Kapitalisten sorgen sie für den „sozialen Frieden“ und lenken die berechtigte Kriegsangst der Deutschen in eine Mobilisierung für die „deutschen Interessen“ ihrer Zahlmeister. Die gesamte „Linke“, und nicht zuletzt die DKP, bejubelte Willy Brandts Auftritt am 22. Oktober in Bonn, der dort die „friedliebende Rolle“ der Bundeswehr hervorhob. Die nationalistische „Friedens“bewegung nährt die blutige Illusion eines „friedlichen“ deutschen Imperialismus. Und die *Deutsche Volkszeitung* schreibt am 14. Oktober 1983 unter dem Titel „Erich Honecker und der Würstfabrikant“:

„Der Unternehmer Schweisfurth handelt aus nationaler Verantwortung. Sein Brief wie der des DDR-Staatsratsvorsitzenden geht von der Grunderkenntnis aus: In der Frage Krieg oder Frieden sitzen wir im gleichen Boot, Ost und West, Kapitalisten und Arbeiter.“

Während die Spartakisten damals – wie Trotzisten heute – unter der Losung „Der

und Krupp-Manager Beitz stellte DDR-Staatsratsvorsitzender Honecker fest, „daß es trotz aller Unterschiede und Gegensätze, die in diesen Gesprächen zum Ausdruck kamen, ein ‚hohes Maß an Übereinstimmung‘ in der Sorge um den Frieden...“ gegeben habe (*Deutsche Volkszeitung*, 14. Oktober 1983).

Während die KPD in den zwanziger Jahren Demonstrationen und Streiks unter der Parole „Hände weg von der Sowjetunion“ organisierte, versucht die DKP-Führung, die russische Frage für ihr „breites Bündnis gegen Rechts“ zu verstecken. So sind es allein die Trotzisten der internationalen Spartacist Tendenz, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigen und dabei auf die Sympathie vieler DKP-Genossen treffen, die

Oktober 1983 das Mikrofon und zollt den Protagonisten des neuen deutschen Nationalismus Eppler, Lafontaine etc. gehörigen Applaus. Da heißt es: Der „7. Parteitag der DKP wird ein Ausdruck der Kontinuität der Geschichte der kommunistischen Bewegung auf deutschem Boden sein.“ In wessen Kontinuität bitte? „Die SPD ist ein stinkender Leichnam!“ sagte Rosa Luxemburg. Die Hegemonie der konterrevolutionären Sozialdemokratie über die deutsche Arbeiterklasse zu brechen, war Aufgabe und Ziel der revolutionären KPD. Und was macht die DKP heute? Als im Herbst '82 über 500 000 Arbeiter auf die Straße gingen, um ihre Wut und Kampfbereitschaft gegen die Lohnraub/Aufrüstungskolonne zu demonstrieren, benutz-



Hamburg, 22. Oktober: 400 000 demonstrieren für „Abrüstung in Ost und West“. DKP organisiert – SPD kassiert

Hauptfeind steht im eigenen Land!“ dem Nationalismus und Sozialpatriotismus den Kampf ansagten, spielen die Stalinisten heute wieder die „Schlageterlinie“. Sie versuchen, den bürgerlichen Kräften den Rang als beste Nationalisten abzulaufen, und werfen der Kohl-Regierung „Landesverrat“ vor, ganz nach der Devise „ein Volk, ein Reich, ein Frieden“. Rosa Luxemburg verhöhnte diese besseren Nationalisten: „Kapital plötzlich verschwunden, Klassengegensätze null und nichtig ... Krupp wird statt Kanonen... Weihnachtslichter produzieren.“ Und siehe da, nicht nur wird Krupp-Manager Beitz (im *Braunbuch der Kriegs- und Naziverbrecher in der BRD und Westberlin* wegen der „Zuweisung und Ausbeutung von Arbeitsklaven, insbesondere jüdischer KZ-Häftlinge“ angeklagt) im September 1983 als „Pionier des Osthandels“ mit der DDR-Ehrendoktorwürde ausgezeichnet; nach dem Besuch von Franz Josef Strauß, SPD-Vogel, Weizsäcker

wie wir stolz sind auf den Widerstand der Roten Armee gegen 13 imperialistische Armeen (1918–21), die sich der 20 Millionen sowjetischen Toten im Zweiten Weltkrieg erinnern, die wie wir den deutschen Imperialismus hassen, nicht nur den amerikanischen.

Die Geschichte begann nicht 1945, und die Bundeswehr ist nicht mit Pfeil und Bogen ausgerüstet, sondern zweitstärkste NATO-Streitmacht. Die revanchistischen Gelüste der deutschen Bourgeoisie, wieder „von der Maas bis an die Memel“ zu herrschen, haben in den letzten 13 Jahren die Form der Ostpolitik angenommen und lauten in der Newspeak der Sozialdemokratie „Für eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal“, „Für ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland“. Die DKP, als Manager der anti-amerikanischen und antisowjetischen „Friedens“bewegung, hält den sozialdemokratischen „Friedens“politikern wie am 22.

ten SPD/DGB-Führer diese Proteste, um die SPD wieder als „kleineres Übel“ zu verkaufen, und zusammen mit ihren „linken“ Helfern von DKP/Grünen kanalisiert die Bewegung in einen „Block gegen Rechts“ für die Wahlen am 6. März. Und in diesem Herbst, als die Arbeiter bei HDW und AG Weser ein Signal zum Kampf aller Werft-, Stahl- und Bergarbeiter setzten, durch Betriebsbesetzungen und Streiks die Massenentlassungen und Stilllegungen zu stoppen, sorgte die „Streikleitung“ – die Troika Mahler, Kock und Müller-Goldenstedt – für den Ausverkauf. Ihr Hauptsprecher, DKP-Frontmann Müller-Goldenstedt, orientierte auf Verhandlungen und organisierte die Niederlage durch geheime Abstimmung über die Fortsetzung des Streiks. Als mit der Besetzung und mit Warnstreiks ein „heißer Herbst“ in greifbare Nähe rückte, bekamen die sozialdemokratischen und stalinistischen Ausverkaufsartisten kalte Füße und nutzten ihren Einfluß, um den Kampf abzuwürgen.

Mit der Losung „Für einen nationalen Streik von Werft-, Stahl- und Bergarbeitern“ kämpfte die TLD für die Ausweitung des Kampfes. Ein solcher Streik hätte nicht nur gezeigt, daß die Arbeiterklasse die Macht hat, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen, sondern hätte den Auftakt bilden können für Arbeiterstreiks gegen die NATO-Raketen und für den Sturz der Kohl-Regierung. Allein die Tatsache, daß die Gewerkschaftsbürokraten beispielsweise beim IGM-Tag alle Hände voll zu tun hatten, wirkliche Streiks abzuwiegeln, macht klar, daß unsere Kampflosigkeit „Für einen zweitägigen Generalstreik gegen Pershing und Cruise Missiles“ nicht ein Schrei in der Wüste war. Unsere Zeitung, der *Spartakist* mit der Überschrift

Fortgesetzt auf Seite 14

Interview mit Birgit Wojak, HDW/MAN-Frauengruppe

„Wenn ihr nicht in die Hufe kommt, fahren wir mit euch Schlitten“, zitierte ein Arbeiter auf der HDW-Betriebsversammlung vor der Besetzung, und griff damit den kämpferischen Aufruf von Birgit Wojak auf, Sprecherin der HDW/MAN-Frauengruppe. Nachfolgend veröffentlichen wir ein Interview, das sie Spartakist und Women and Revolution, Frauenjournal der Spartacist League/U.S., im Februar 1984 gegeben hat.

Spartakist: Kannst du uns etwas über deine persönliche Erfahrung erzählen, von der du meinst, daß sie zu deiner Entwicklung zu einer Aktivistin in diesem Kampf und bei der Besetzung beigetragen hat?

Birgit: Das Ausschlaggebende dafür, daß ich überhaupt etwas tun wollte – da wußte ich nicht, was ich tun wollte –, war, daß meine Mutter gestorben ist, und zwar im Grunde daran gestorben ist, daß sie sich totgearbeitet hat. Sie hätte normalerweise die Arbeit, die sie gemacht hat, gar nicht machen dürfen, weil sie Asthma hatte. Sie hat als Stoffdruckerin in einer Strickfabrik gearbeitet und konnte diesen Wollstaub gar nicht ab.

Eine andere Sache ist, daß mein Vater auch durch seinen Beruf Frührentner ist. Er hat ein Bein verloren, hat 25 Jahre als Schweißer auf der HDW gearbeitet, und jetzt kann er kaum noch etwas machen. Das einzige, was mein Vater hatte, war meine Mutter. Er vegetiert praktisch nur noch vor sich hin. Und das war ausschlaggebend, daß ich gesagt habe, so soll es mir nicht gehen, das lasse ich mir nicht länger gefallen, und daß ich überhaupt etwas tun wollte. Und das andere ist, daß sie jetzt meinen Mann entlassen wollen.

Spartakist: Zu Beginn des Frühjahrs wurden Pläne für Massenentlassungen in der Schiffbauindustrie öffentlich bekannt, ein „Warnstreik“ wurde ausgerufen, es gab Demonstrationen. Wie kam es zu deiner Beteiligung an diesem Kampf?

Birgit: Danach wurde ich über meinen Mann angesprochen, doch bei dieser Frauengruppe mitzumachen – es waren eigentlich alles Frauen von Männern, die auf der HDW schon aktiv sind und die auch politisch irgendeine Richtung verfolgen. Getroffen habe ich diese Frauen auf einer Veranstaltung, wo ich erfahren habe, daß sie ins Rathaus gegangen sind, versucht haben, das Mikrofon zu stürmen, um auf die Lage der Arbeiter in der ganzen Werftindustrie aufmerksam zu machen. Das Mikrofon wurde sofort abgestellt, so daß sie da nichts sagen konnten. Und weil sie damit gerechnet hatten, haben sie einen Offenen Brief an den Bürgermeister von Hamburg, den Sozialdemokraten Dohnanyi, geschrieben, und als Flugblatt vom Balkon auf die ganzen Parlamentarier runterfliegen lassen. Und sie haben ein Banner entrollt, auf dem stand: „HDW- und MAN-Frauen kämpfen gemeinsam mit ihren Männern.“ Daraufhin wurden zwei Frauen herausgepickt, gegen die Strafanzeige wegen Störung einer öffentlichen Parlamentsitzung gestellt wurde.

Ich habe diese Frauen auf einer Veranstaltung über diese HDW-Geschichte getroffen, und da war der ehemalige Bürgermeister von

Hamburg, der Sozialdemokrat Klose, anwesend. Was mir auf dieser Veranstaltung besonders auffiel, das waren die Arbeiter – es waren sehr viele Arbeiter von HDW da. Sie waren unheimlich wütend und wollten eine Veränderung. Und dieser Klose hat versucht, alles in bestimmte geordnete Bahnen zu lenken, die er überschauen kann. Zu Anfang, als ich hörte, was die Frauen gemacht hatten, war mir diese Sache noch ein bißchen sehr radikal erschienen. Aber daß der Klose diese Arbeiter in eine ganz bestimmte Richtung lenken wollte, die er dann selber überschauen kann, das kam mir noch übler vor. Und da habe ich beschlossen, mal zu diesem Frauentreffen hinzugehen und mir das anzugucken.

Bei diesem ersten Frauentreffen, wo ich war – im April –, sagte eine Frau gleich: Ja, wir können vielleicht noch sehen, daß es auf der HDW ein paar Streiks gibt, und wenn es alles nichts nützt, müssen wir den Betrieb besetzen. Und da habe ich gedacht, naja, ob sie den Betrieb besetzen, das ist doch lange



Birgit Wojak

hin, und du brauchst doch gar nicht mitzumachen. Aber bei der Besetzung hat sich dann herausgestellt, daß einige Arbeiter – ich kann mich auch dazuzählen –, daß wir die Besetzer waren, während die Frauen, die vorher von der Besetzung geredet hatten, gar nicht die richtigen Besetzer waren. Diese Frauen und auch diese aktiven Leute im Betrieb, die haben die Betriebsbesetzung als ein Mittel gesehen, die Regierung unter Druck zu setzen, um Arbeitsplätze zu erhalten. Und dann, als ich diese Besetzung mitgemacht habe und mich jedesmal geärgert habe, daß ich von der besetzten Werft wieder runter mußte und allein zu Hause in meinem Bett schlafen mußte, habe ich es so gesehen, daß ich mir ein Stück von dieser Werft angeeignet habe, zusammen mit diesen ganzen Arbeitern.

Spartakist: Die Frauengruppe führte einen Hungerstreik durch, der in die Besetzung der Werft im September übergang und sie in

gewisser Weise herbeiführte. Was waren die Beweggründe des Hungerstreiks?

Birgit: Wir haben während der ganzen Arbeit im Frühjahr, als der Warnstreik war, bis zur Werftbesetzung versucht, irgendwelche Aktivitäten durchzuführen, um die Arbeiter zu mobilisieren und zu aktivieren, daß sie die Werft besetzen oder sich überhaupt gegen die Entlassungen zur Wehr setzen. Wir haben immer, wenn irgendwelche Betriebsbesetzungen waren oder neue Ereignisse in der Werft auftauchten, mit mehreren Frauen und dem Transparent vor dem Tor gestanden und Flugblätter verteilt, haben die Männer aufgefordert, sich zur Wehr zu setzen, etwas zu unternehmen, haben ihnen unsere Hilfe angeboten. Das Ergebnis war, daß die Männer uns verlacht haben.

Dann ist in einer Betriebsversammlung die Situation entstanden, wo wir gesagt haben, entweder wir stürmen jetzt das Mikrofon genau wie im Rathaus, oder aber ihr lest diese Sachen laut vor. Und die hatten unheimlich Angst, daß wir dieses Mikrofon stürmen

während zuerst alle dazu gestanden haben. In dem Augenblick, als ich diese Diskussion startete, hatte ich das Gefühl, daß all diese Frauen einen eingeschränkten Blickwinkel für die ganzen Verhältnisse hatten, bedingt durch ihre politische Orientierung. Das führte dazu, daß ich alles wesentlich kritischer betrachtete als vorher.

Spartakist: Wie lange fand der Hungerstreik statt, bevor die Besetzung begann?

Birgit: Wir waren drei Tage im Hungerstreik vor der Besetzung. Vom ersten bis zum letzten Tag haben fünf Frauen daran teilgenommen. Am letzten Tag waren es neun. Wir wollten nicht nur einen Hungerstreik durchführen, ohne die Männer auf der Werft einzubeziehen; allerdings wußten wir nicht, daß am gleichen Tag, als unser Hungerstreik begann, die Liste mit den Entlassungen bekanntgegeben würde. Wir hatten vorher die Männer überredet, auch im Betrieb eine Aktion zu machen, wenn wir diesen Hungerstreik anführen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir sie dazu gewonnen, zur gleichen Zeit

„Wenn ihr nicht in die Hufe kommt, fahr'n wir mit euch Schlitten!“

würden, weil sie von den Arbeitern eben nicht das gleiche erwarten konnten wie von den Parlamentariern im Rathaus, die nichts taten, als das Mikrofon abgestellt wurde, sondern daß die Arbeiter sich wahrscheinlich zur Wehr setzen würden. Unter diesem Druck mußten sie unsere Sachen verlesen. Daraufhin waren wir für den Rest der ganzen Betriebsversammlung nur noch vom Betriebsschutz umringt.

Spartakist: Welche Forderungen habt ihr aufgestellt?

Birgit: Unsere Forderungen waren im wesentlichen die Forderungen der Männer. Und zwar für die 35-Stunden-Woche, nach Verstaatlichung der Werft unter Kontrolle der Belegschaft – wir hatten es erweitert, unter echter Kontrolle. Dann gab es von den Männern noch die Forderung für alternative Produktion, daß Filteranlagen in Kraftwerke eingebaut werden, um die Umwelt nicht so stark zu verschmutzen. Darüber hat es eine ziemlich harte Diskussion in der Frauengruppe gegeben, so daß es dazu kam, daß die Männer diese Forderung sehr stark vertreten haben, wir aber nur ganz am Rande.

Spartakist: Wer waren diese Leute und welche politischen Strömungen gab es in der Frauengruppe?

Birgit: Die politischen Leute im Betrieb waren überwiegend von der DKP, Leute von der GIM, von der SPD, Leute von der Gewerkschaft – von allen politischen Gruppen, die vertreten waren. In der Frauengruppe waren DKP, KPD, GIM; es kamen Leute von der Arbeiterpolitik, die über Frauengruppen der Gewerkschaft hineingekommen sind. Genauso war es mit den Sozialdemokraten, die über die Gewerkschaften und irgendwelche Frauengruppen Einfluß hatten.

Um auf diese alternative Produktion zurückzukommen: Diese Diskussion wurde von mir in die Frauengruppe hineingetragen, weil ich die einzige unpolitische Frau dort war und sofort verstanden habe, was diese alternative Produktion im Grunde für die Arbeitsplätze bedeutete. Ich habe ihnen erklärt, daß diese Forderung Quatsch ist,

einen Überstundenboykott durchzuführen. Aber dann wurde auf der Werft bekanntgegeben – das war am Nachmittag vor dem Hungerstreik, kurz vor Arbeitsschluß –, daß 1354 Leute entlassen werden sollten. Da hat es eine symbolische Werftbesetzung für zwei Stunden gegeben, an der nur 1200 Leute teilnahmen.

Am ersten Tag unseres Hungerstreiks – von dem ja vorher niemand etwas wußte, auch die Männer auf der Werft nicht – haben spontan 80 Prozent der Belegschaft gesagt: wenn die Frauen einen Hungerstreik machen, dann boykottieren wir an dem Tag die Kantine. Das war eine sehr wichtige Sache, weil daraus hervorging, daß wir Frauen zum ersten Mal von den Männern auf der Werft anerkannt wurden. Denn bevor die Entlassungen bekanntgegeben wurden, ist die Kantine privatisiert worden. Etliche Frauen, die in der Kantine gearbeitet haben, sind rausgeschmissen und wieder eingestellt worden, für wesentlich weniger Lohn. Es war eine Forderung der Frauengruppe, die Kantine so lange zu boykottieren, bis die Frauen den gleichen Lohn wie vorher kriegen.

Alle Männer, die in irgendeiner Weise politisch waren, haben uns wegen dieser Forderung verlacht und gesagt, daß kein Arbeiter diese Forderung befolgen wird, weil ihnen ihr eigener Magen wichtiger ist als der Magen von anderen Leuten. Und dadurch, daß 80 Prozent diesen Kantinenboykott durchgeführt haben – und die haben an diesem Tag auch wirklich gehungert, weil sie nicht gewußt hatten, daß sie die Kantine boykottieren würden, sie hatten nicht einmal Brot von zu Hause mitgebracht – ist bewiesen worden, daß sie einfach unrecht hatten, daß die Arbeiter aus Solidarität auch ihren eigenen leeren Magen vergessen.

Dieser ganze Hungerstreik wurde sowieso von den Arbeitern auf der Werft unheimlich gut aufgenommen, obwohl sie sich kaum getraut haben, zu uns zu gehen, wegen dieses Vorurteils – diese armen, schwachen Frauen, sie stehen jetzt da und hungern auch noch für uns, und was haben wir getan? Sie mochten



Frauen mache n mobil

Die Frauen haben sich organisiert. Die Aktion...
Die Aktion wurde von der HDW-Werft...
 in der Kantine durchgeführt. Die Aktion...
 wurde von der HDW-Werft...
 in der Kantine durchgeführt.

Neun Tage, die Hamburg erschütterten

uns kaum in die Augen gucken. Und am Abend, als sie Feierabend hatten, kamen die ganzen Arbeiter und brachten uns Blumen mit. Die meisten haben sie uns nur so in die Hand gedrückt und sind dann vorbeigelaufen.

Spartakist: Wie begann dann die eigentliche Besetzung?

Birgit: Ich glaube, als erste zur Besetzung oder massiven Aktionen aufgerufen, habe ich. Und zwar gab es nach diesen drei Tagen Hungerstreik eine Schlußkundgebung. Wir haben da unheimlich viel Solidarität von den Leuten gekriegt, und DM 9000,- Spenden. Etliche Firmen haben sich solidarisch erklärt, und es galt nicht nur für die fünf Frauen, es galt der Werft und war eine Solidarität gegen sämtliche Entlassungen.

Wir haben eine Abschlussskundgebung gemacht, wo jede von den Frauen, die gehungert haben, zu den Kollegen auf der Werft was sagen sollte. Und ich war als letzte dran und hatte meine Zettel verloren, wo drauf stand, was ich sagen wollte. Da habe ich dann

Recht von dem Vorstand erkämpft haben –, daß wir dort reden durften. Diese Betriebsversammlung ist dann am Montag fortgesetzt worden. Sie endete mit einem Marsch der Arbeiter in die Innenstadt, mit einer Demonstration von 3000. Und nach der Demonstration sind alle Arbeiter wieder in den Betrieb gezogen und haben ihre Betriebsversammlung wieder fortgesetzt und abgestimmt, daß sie den Betrieb besetzen wollten. Und das wurde zu 100 Prozent angenommen.

Spartakist: Und wer wurde als Führung der Besetzung gewählt?

Birgit: Das war Müller-Goldenstedt von der DKP, der für den Fall einer Besetzung schon einen Plan ausgearbeitet hatte. Und es waren im wesentlichen die Leute, die schon vorher zusammengearbeitet haben, wie DKP, SPD, KPD, Gewerkschafter.

Spartakist: In welcher Beziehung stand die offizielle Gewerkschaftsführung der IG Metall zu der Besetzung?

Birgit: Vor der Besetzung hat die IG Metall

was es tatsächlich in Hinblick auf Arbeiterkämpfe bedeutet?

Birgit: Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein Gesetz, das die Regierung erlassen hat, und das sehr starke Einschränkungen für die Arbeiter bedeutet, besonders bei Streiks. Es ist ein unheimlich dickes Buch, das man nicht so leicht erklären kann. Aber es heißt dort zum Beispiel, daß es gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstößt, wenn jemand solidarisch ist mit einem Betrieb, der streikt, und dafür innerhalb eines anderen Betriebes Geld sammelt. Es sind da sämtliche Betriebsversammlungen – wie die abzuhalten sind, ob Abstimmungen geheim oder offen sind – drin geregelt. Und eine Betriebsbesetzung verstößt auch gegen das Betriebsverfassungsgesetz, weil ein Arbeiter darf sich nicht einfach den Betrieb aneignen, der jemand anderem gehört.

Spartakist: Auch die Sache, daß die Betriebsräte an die Schweigepflicht gebunden sind, ist im Betriebsverfassungsgesetz verankert, auch bei Entlassungen.

Birgit: Ja. Bei dieser Liste von den 1354 Leuten waren zum Beispiel die Betriebsräte auch daran gebunden, das nicht zu veröffentlichen. Das Betriebsverfassungsgesetz ist im Grunde genommen nur ein Gesetz, das die Rechte der Arbeiter einschränkt und sie hindert, ihre Macht in irgendeiner Weise wirklich gegen die Unternehmer auszuspielen. Und die Gewerkschaften haben nichts dagegen getan und hängen deshalb dick mit drinnen.

Spartakist: Welche Rolle spielte die Frauengruppe während der Besetzung?

Birgit: Eine ziemlich klägliche, denn wir hatten uns zum Ziel gesetzt, die Männer dahin zu bringen, daß sie kämpfen würden. Und das Ziel hatten wir eigentlich mit dem Hungerstreik erreicht. Zwar wollten wir während der Besetzung nicht daneben stehen, aber wir wußten auch nicht so recht, was wir tun sollten.

Ich persönlich habe mich auf die Ausweitung des Kampfes festgelegt, zusammen mit zwei Frauen. Wir sind dann zu AG Weser nach Bremen gefahren, wo es schon lange feststand – schon vor der HDW-Besetzung –, daß sie diese Werft besetzen würden, weil die Arbeiter nicht mehr zu bremsen waren; sie waren von derartigen Aktionen nicht mehr zurückzuhalten. Wir sind also nach Bremen gefahren und waren ganz deprimiert, als wir da ankamen, weil die Bedingungen, unter denen die Werft besetzt wurde, für die Arbeiter ganz übel waren. Sie hatten in Bremen noch ein Schiff, wo Reparaturarbeiten anfallen sollten, und dann sollte die ganze Werft geschlossen werden.

Wir durften dort nicht vor den Arbeitern sprechen, bevor die Besetzung beschlossen war. Und als die Besetzung beschlossen war, hat sich gleich ein Verbrechen an den Rechten der Arbeiter gezeigt, denn die Besetzung selbst war daran gekoppelt, die nötigen Reparaturen für dieses eine Schiff, das sie noch hatten, während der Besetzung weiterzumachen. Außerdem ist die Besetzung in Bremen zu einem sehr späten Zeitpunkt gewesen, nämlich einen Tag vor der Aufgabe der Hamburger Besetzung, und das ist auch

so geplant gewesen.

Während der Besetzung von HDW ist den HDWern ein Schiff regelrecht entführt worden. Es wurden die Trossen gekappt. Dabei wurde auch ein Arbeiter verletzt, allerdings nicht sehr schwer. Es hätte allerdings auch Tote geben können. Wir haben den Bremer Kollegen eine Trosse dieses gekaperten, oder entführten, Schiffs mitgenommen als Warnung, daß sie gut auf ihr Schiff aufpassen. Die Arbeiter haben uns dort jubelnd empfangen. Wir haben so viel Applaus gekriegt für das, was wir da gesagt haben, wie noch nie – obwohl es nur ein bißchen Mut machen sollte und weiter eigentlich gar nichts war. Anschließend haben wir mit sehr vielen Arbeitern diskutiert, und viele von denen, die dafür waren, diese Reparaturarbeiten während der Besetzung weiterzuführen, haben innerhalb von fünf Minuten ihre Meinung aufgegeben und wollten das nicht mehr machen.

Hinterher haben wir die Rede des Bremer DGB-Vorsitzenden gehört; der hat zuerst seine Solidarität gebracht und ist den Leuten unheimlich um den Bart gegangen. Er hat den Arbeitern gesagt, ihr seid in einer ungewöhnlichen Lage, eure Werft soll geschlossen werden, und so eine ungewöhnliche Lage erfordert ungewöhnliche Mittel, und die habt ihr ergriffen. Und es ist richtig, daß ihr eure Werft besetzt habt, und die solltet ihr noch eine Weile weiter besetzen – und dann solltet ihr die Unternehmer und Politiker entscheiden lassen, was mit der Werft geschehen soll. Und sogar da haben die Arbeiter applaudiert. Und neben mir saß ein Arbeiter während dieser Rede, und mir ist gleich rausgerutscht: Wie kann man diesen Mann hier reden lassen? Warum schmeißt den keiner raus? Dann dachte der erst mal richtig nach, sagte erst gar nichts, dann sagte er, ja, das ist ja eine Frechheit, was der hier sagt. Das kann man nicht zulassen. Aber da war der vorne schon wieder weg. Aber vorher hatte er auch geklatscht. Eine tolle Sache bei den Arbeitern der AG Weser war auch, daß ein Arbeiter mir für eine Plakette von der HDW – mit dem „Besetzt“-Balken drüber – seinen Helm geschenkt hat.

„... und wir waren die ersten auf der Werft, die Plakate und Flugblätter in türkisch und jugoslawisch hatten ... ohne die Frauen wären die Ausländer zu Beginn der Besetzung nicht einmal darüber informiert worden.“

Als wir Frauen von dieser Werftbesetzung zurückkamen, hatten wir nicht das Gefühl, daß diese Besetzung eine Stütze für die HDW-Arbeiter sein würde, sondern daß es eine Sache war, die gegen Arbeitskämpfe aufgezo-gen worden ist. Als wir zu HDW zurückkamen, haben wir der Aktionsleitung erzählt, was da los ist, daß AG Weser keine Stütze für Hamburg sein wird und daß sie sehen müssen, daß sie den Kampf anders ausweiten. Doch die meinten, es sei nicht richtig, den Arbeitern so etwas zu sagen. Ich habe mich dann entschlossen, daß es doch richtig wäre, den Arbeitern sowas zu sagen. Ich habe es den Arbeitern gesagt, und ich weiß von einer weiteren Frau – und zwar von der GIM –, die es auch den Arbeitern erzählt hat.

Fortgesetzt auf Seite 10



einfach die Männer dazu aufgerufen, daß die nur was tun sollten, und wenn sie nicht kämpfen würden, daß wir Frauen uns dann für sie was einfallen lassen, was ziemlich übel für die Männer ausgehen würde.

Spartakist: Lysistrata begegnet dem Klassenkampf.

Birgit: Das hatte aber nicht zur Wirkung, daß sie alle fürchterlich Angst vor mir oder vor den Frauen hatten, sondern die haben das unheimlich beklatscht, die haben das jubelt, die haben das aufgefaßt als eine Sache, die sie selbst schon lange aussprechen wollten, und endlich hat es einer gesagt. Der Hungerstreik war am Freitag zu Ende, dann kam das Wochenende. Da wurden von außen die Tore besetzt, damit keine Überstunden gemacht werden konnten – organisiert von den Männern und teilweise von den Frauen, so daß keiner in die Werft reinkam.

Dazu muß ich sagen, daß es während des Hungerstreiks eine Betriebsversammlung gegeben hat, wo wir Frauen auch das Recht bekommen haben – wo die Männer uns das

das nicht gern gesehen, genauso wie sie die Aktivitäten der Frauen nicht gern gesehen hat. Eine Woche vor dem Hungerstreik hat die Gewerkschaft in Umlauf gebracht, daß die HDW-Frauen tot sind, die gibt es nicht mehr. Und als es dann diese Demonstration durch die Innenstadt gab und danach die Besetzung beschlossen wurde, waren die Töne mit einem Mal ganz anders. Weil sie wahrscheinlich gesehen haben, daß die Arbeiter überhaupt nicht mehr zu halten waren. Da haben sie gesagt, wir unterstützen jede Aktion. Macht ihr, und wir sind immer dabei.

Nur beschränkte sich das auf die Gewerkschaftsverwaltung in Hamburg, von der IG Metall vom Bundesgebiet gab es noch nicht mal ein Solidaritätsschreiben. Die Gewerkschaftsvertreter während der Besetzung waren nicht schlechter als die Aktionsleitung im Betrieb, die sich aus den ganzen Parteien zusammensetzte, aber sie waren selbst schon übel genug.

Spartakist: Auf der Werft war ja die eigenartige Situation, daß der Betriebsrat aus den „Aktiven Metallern“ bestand, die ja wegen ihrer oppositionellen Liste bei den letzten Betriebsratswahlen aus der IG Metall ausgeschlossen wurden.

Birgit: Ihr Protest, eine zweite Liste zu den Betriebsratswahlen aufzustellen, war eigentlich nur, daß andere Leute auch mal gewählt werden, als die Leute, die schon seit 30 Jahren im Betriebsrat waren. Die Gewerkschaft hat darauf allerdings sehr empfindlich reagiert, nämlich die Leute auszuschließen, die sich zur Wahl aufgestellt haben.

Spartakist: Was war ihr Verhältnis zur Besetzung?

Birgit: Die wollten den Betrieb nicht besetzen und spielten auch keine Rolle in der von den Arbeitern gewählten Aktionsleitung.

Spartakist: Wir haben bisher noch nicht über die Gesetze gesprochen, die aus den fünfziger Jahren stammen – das Betriebsverfassungsgesetz. Kannst du erklären, warum diesem Gesetz so sklavisch gefolgt wird, und

BESTELLT!



Zu beziehen über: **DM 1,50**
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 - 601
(Verlag Avantgarde)

Veranstaltung der TLD



Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

NATO-Kriegskurs gegen Sowjetunion/DDR heißt Krieg gegen Arbeiter, Frauen und Ausländer
Rednerin: Hanne Merian

Neun Tage, die Hamburg erschütterten
Die HDW-Besetzung und wie sie ausverkauft wurde
Gastrednerin: Birgit Wojak,
Mitglied der HDW/MAN-Frauengruppe

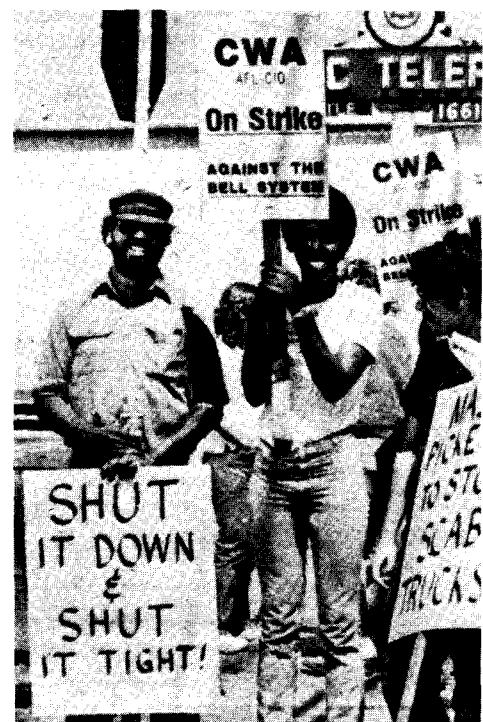
Freitag, 9. März 1984, 19 Uhr
Hamburg, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 13
S-Bahn Dammtor

Oakland/USA: 400 demonstrieren gegen rassistische Anti-Gewerkschaftskampagne

„Freiheit und Arbeit zurück für Lauren und Ray!“

Lauren Mozee und Ray Palmiero, zwei militante Telefonarbeiter an der amerikanischen Westküste, sind Zielscheibe einer rassistischen Treibjagd. Sie wurden im vergangenen Sommer von der Telefongesellschaft Pacific Telephone (PT&T) gefeuert, vor Gericht gestellt und des tätlichen Angriffs sowie der Körperverletzung angeklagt, weil sie als Gewerkschafter im nationalen Telefonarbeiterstreik ihre elementare Pflicht als Streikposten getan hatten. Deswegen droht Lauren und Ray jeweils vier Jahre Gefängnis – ursprünglich sogar bis zu siebeneinhalb Jahren! Am 10. August 1983 war Lauren von einer rassistischen PT&T-Managerin und Streikbrecherin, einer gewissen Michelle Rose Hansen, als „schwarze Nigger-Hure“ beschimpft und ins Gesicht geschlagen worden. Hansens Angriff fand vor dem Gebäude der Telefonauskunft im vom faschistischen Ku Klux Klan verseuchten San Leandro statt – dem Schauplatz ständiger Einschüchterungen und physischer Attacken gegen die überwiegend weibliche und schwarze Arbeiterschaft. Lauren verteidigte sich, während ihr Freund und Gewerkschaftskollege Ray ihr zu Hilfe kam. Daraufhin starteten die PT&T-Bosse und die Staatsanwaltschaft einen rassistischen Rachefeldzug – weil Lauren zehn Jahre Mitglied der Black Panther Party (und Gründungsmitglied) war, weil sie und Ray ein gemischtrassisches Paar sind, weil beide sich zum Sozialismus bekennen und aktive Mitglieder des Militant Action Caucus (in der Telefonarbeitsgewerkschaft CWA Communications Workers of America) sind, einer revolutionären Gewerkschaftsgruppe, die von unseren Genossen der Spartacist League/U.S. politisch unterstützt wird.

Pacific Telephone, Bullen und Distriktsstaatsanwalt benutzen dieses ungeheuerliche Komplott, um der gesamten Bevölkerung eine Lektion zu erteilen: Schwarze haben nicht das Recht, sich gegen rassistische Angriffe zu wehren, Arbeiter haben nicht das Recht, ihre Streikpostenkette zu verteidigen.



Lauren und Ray beim Telefonstreik

SPENDET FÜR LAUREN UND RAY!

Postscheckkonto Ffm 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)
Kennwort: Lauren und Ray



Oakland, 29. Oktober: „He, Staatsanwalt! Arbeiter fordern: Hände weg von Lauren und Ray!“ skandierten 400, überwiegend militante schwarze Gewerkschafter und Sozialisten

gen. Dieser dreiste Akt von politisiertem Rassismus ist ein Angriff zur Zerschlagung von Gewerkschaftsrechten – ohne Streikpostenkette keine Gewerkschaften –, und viele tausend Werktätige in den Gewerkschaften und schwarzen Vierteln in der Gegend von Oakland verstehen das.

Am 29. Oktober demonstrierte ein harter Kern von 400 überwiegend schwarzen Sozialisten und militanten Gewerkschaftern entschiedenen Widerstand gegen die rassistische, gewerkschaftsfeindliche Verschwörung gegen Lauren und Ray. Der vom Phone Strikers Defense Committee (Komitee zur Verteidigung der streikenden Telefonarbeiter) und der Spartacist League initiierte Aufruf wurde von zwölf Gewerkschaften, 49 Gewerkschaftsfunktionären und 24 Schwarzen-Organisationen, Studenten- und Bürgerrechtsorganisationen bis hin zum ehemaligen Box-Champion Muhammed Ali („Kein Vietcong nannte mich jemals Nigger“) unterstützt. Die Demonstranten trugen Jacken und Abzeichen ihrer Gewerkschaften; unter ihnen befanden sich auch Blöcke der CWA-Ortsgruppen 9410 und 9415, der Ortsgruppe 117 der American Federation of Teachers (AFT, Lehrgewerkschaft) und der Ortsgruppe 1101 der International Brotherhood of Electrical Workers (IBEW, Gewerkschaft in der Elektroindustrie). Mit Parolen wie „He, Staatsanwalt! Arbeiter fordern: Hände weg von Lauren und Ray!“ zogen sie im Regen vom Rathaus Oaklands vor das Gericht von Alameda County. Auf dem Kundgebungspodium vor dem Gerichtsgebäude waren große Portraits und Blumen aufgestellt, um zwei schwarze Opfer rassistischer Polizeimorde zu ehren: Patrick Mason, einen Fünfjährigen, der im März 1983 von einem Polizisten aus Orange County erschossen wurde, und Charles Briscoe, einen 37-jährigen Funktionär der IAM (International Association of Machinists), der 1979 von Polizisten aus Oakland brutal niedergeschossen wurde.

Es ist ein unbeschreibliches Verbrechen und sagt alles über die rassistische „Gerechtigkeit“ in Amerika, daß die Killer als freie Männer auf den Straßen herumlaufen können. Patrick Masons Mörder, Anthony Sperl, erhielt kürzlich vom kalifornischen „Arbeiter-Ausgleichs-Ausschuß“ ein Handgeld von 35 000 Dollar für „psychologischen Stress“. Der Polizist aus Oakland, Robert Fredericks, schoß zehn Kugeln in Charles Briscoe. Dies war der gleiche Polizist, der beim Mord an Bobby Hutton, einem 16 Jahre alten Mitglied der Black Panther Party beteiligt war.

Am Tag vor dem Protest kündigte der Staatsanwalt an, daß er den Anklagepunkt der schweren Körperverletzung (der allein drei Jahre Gefängnis bedeutet) fallenlassen würde. Zwar kann der Rückzug des Staatsanwaltes zu Recht als ein begrenzter juristischer Sieg von Lauren und Ray angesehen werden, aber die beiden militanten Gewerkschafter stehen immer noch unter Anklagen, die sie beide jeweils für vier Jahre hinter Gitter bringen können. Die klassenkämpferischen Verteidigungsmaßnahmen werden nicht aufhören, bevor nicht alle Anklagepunkte fallengelassen werden!

Am 1. Dezember 1983 war der Gerichtssaal des Stadtgerichtes von Hayward voll mit über 50 Freunden und Unterstützern von Lauren und Ray. Unter ihnen waren Telefonarbeiter, Mitglieder der International Longshoremen's and Warehousemen's Union (ILWU, Hafen und Lagerhausarbeiter-Gewerkschaft), einer der streikenden Arbeiter von Greyhound (Busunternehmen für Überlandreisen), Studenten der University of California in Berkeley, des Laney College und des Contra Costa College, wie auch Mitglieder der Labor Black League for Social Defense, der Spartacist League und der Spartacus Youth League. Es war vorgesehen, Anträge der Verteidigung auf Nichtbefassung und Beweisanträge zu verhandeln, aber der ursprüngliche Staatsanwalt zog sich aus dem Fall zurück, die Anhörung wurde vertagt. Zwar können wir über die dahinterstehenden Gründe nur spekulieren, doch hat man die beiden Ankläger mit der rassistischen Streikbrecherin flüstern hören: „Sie sind überall“, unter Hinweis auf die anwesenden Unterstützer von Lauren und Ray. Und das ist genau, wo wir sein müssen – überall, um den Druck aufrechtzuerhalten. Auf der nächsten Anhörung am 6. Januar hielt der neu eingesetzte Staatsanwalt nur eine kurze schwache Gegenrede zum Antrag der Verteidigung, Beweismaterial offenzulegen.

Streikpostenkette überquert man nicht!

In der Zwischenzeit wurde die Streikbrecherin Michelle Rose Hansen von San Leandro nach San Francisco, zum Fernmeldeamt Folsom Street versetzt. Sie (und gewiß die Telefongesellschaft selbst) hatte wohl die Hoffnung, daß Hansen so dem Haß der Telefonarbeiter an ihrem alten Arbeitsplatz entkommen würde. Dieses Glück hatte

sie nicht. Etwa 15 Arbeiter auf ihrer neuen Arbeitsstelle in San Francisco tragen Buttons mit der Forderung „Stoppt die rassistischen, gewerkschaftsfeindlichen Machenschaften!“. Aufseher toben, seit Extrablätter des *Workers Vanguard* über den Vorfall und die Demonstration vom 29. Oktober 1983 im ganzen Gebäude weitergereicht und begierig gelesen werden.

Es ist erfreulich, daß Hansen ihre Probleme hat – aber sie hat auch ihre Arbeit. Lauren und Ray wurden nicht nur gefeuert, ihnen wird die Arbeitslosenunterstützung verweigert, während sie zu schwindelerregend hohen Kosten vor die bürgerlichen Gerichte gezerrt werden. Irgendwie müssen sie drei Kinder ernähren. Die CWA trägt die Anwalts- und die anfänglichen Gerichtskosten. Geldmittel werden auch weiterhin vom Phone Strikers Defense Committee und vom Partisan Defense Committee (legaler Verteidigungsarm der Spartacist League/U.S.) aufgebracht – und diese Organisationen benötigen dringend Spenden – um die bestmögliche Verteidigung zu gewährleisten.

Es war ein imponierender Ausdruck der Solidarität der Arbeiterklasse, als streikende Greyhound-Arbeiter aus Los Angeles – die selbst seit über einem Monat keinen Lohn gesehen haben – am 6. Dezember 1983 dem Verteidigungskomitee über 1200 DM spendeten. Diese Gewerkschafter waren wütend und verbittert über ihre Irreführer, die sie angesichts der brutalen Angriffe der Greyhound-Busunternehmer zur Zerschlagung ihrer Gewerkschaft in die Niederlage trieben und die Arbeiter nötigten, den Vertrag mit 14prozentiger Lohnkürzung anzunehmen. Sie spendeten großzügig für die Verteidigungsaktionen für Lauren und Ray.

Vermutlich waren diese Greyhound-Arbeiter über den Mord an ihrem Kollegen Ray Phillips, einem Streikführer, empört, der am Vortag unter einem Streikbrecher-Bus zermalmt wurde. Und welche Art von „Gerechtigkeit“ tischten die bürgerlichen Gerichte Ray Phillips und seiner Familie auf, die man des Vaters und Ehemannes beraubt hatte? Der Mörder und Streikbrecher kam ungeschoren davon.

Die Offensive von Reagan & Co. gegen Arbeiter, Schwarze, Jugendliche, gegen fast jede Schicht der Gesellschaft, die nicht zu den oberen 500 gehört, genauso wie der anti-sowjetische Kriegskurs der Imperialisten, muß durch harten Klassenkampf zerschlagen werden. Die Verteidigung von Lauren und Ray gegen diese rassistischen Machenschaften ist gleichbedeutend mit der Verteidigung der Streikpostenkette. Für das schwarze Oakland bedeutet ein Sieg in diesem Prozeß einen Sieg für das Recht auf Selbstverteidigung gegen rassistische Angriffe. Diese „Gerechtigkeit“ à la Südafrika muß gestoppt werden!

Die tiefe Überzeugung schwarzer und weißer Arbeiter, daß jedem von ihnen passieren kann, was Lauren und Ray passiert ist, hat der revolutionären Übergangsorganisation Labor Black League for Social Defense (Liga der Arbeiter und Schwarzen für soziale Verteidigung, LBL) viele neue Mitglieder gebracht. Einige traten nach der Demonstration vom 29. Oktober 1983 ein, nachdem sie das Programm von Arbeiter/Schwarzen-Kämpfen in der Praxis gesehen haben. Im unaufhörlichen Bestreben, Unterstützung für Lauren und Ray zu gewinnen, hat insbesondere die Spartacus Youth League (SYL) eng mit den LBL-Mitgliedern zusammengearbeitet, die die verschiedenen Colleges der Gemeinde besuchen. Es sind Studenten in den späten Zwanzigern bis Dreißigern, die oft gleichzeitig arbeiten und für die Familie sorgen: Die politische Energie und die Entschlossenheit dieser Genossen der LBL, diesen Prozeß zu gewinnen, ist ein beeindruckendes Vorbild für die jüngeren studentischen Mitglieder der SYL. Wirklicher Klassenkampf ist die beste Schule für junge Kommunisten.

Die Demonstration am 29. Oktober 1983 ist ein Beispiel für die Perspektive der Spartacist League, eine rassistisch integrierte Avantgardepartei zu schmieden, die die Arbeiterklasse nicht nur in siegreichen Kämpfen für die Rechte der Arbeiter und Unterdrückten führt, sondern auch in den Kampf für das, was wir wirklich brauchen – eine Arbeiterregierung, um die Kapitalisten und ihren rassistischen und repressiven Staatsapparat ein für allemal außer Gefecht zu setzen ■

In Mitterrands Frankreich: Nordafrikanische Arbeiter übernehmen die Führung Die Schlacht von Talbot

Paris, 15. Januar - Der erbitterte Streik der mutigen eingewanderten Arbeiter bei Talbot-Poissy, die isoliert und von ihren verräterischen Gewerkschaftsführern im Stich gelassen worden waren, endete mit einer Niederlage. Aber nach 23 Tagen Besetzung der großen Autofabrik am Pariser Stadtrand, nach der erneuten Besetzung der Werkshallen als Antwort auf die Vertreibung der Arbeiter durch die CRS-Stoßtruppen (die kasernierte, paramilitärische Bereitschaftspolizei) nach der blutigen Schlacht in Abteilung B3, wo sie sich gegen einen Sturmangriff von tausend Streikbrechern und von professionellen Schlägern verteidigten, haben die Streikenden bei Talbot militanten Arbeitern in ganz Frankreich ein Beispiel gegeben.

Das Werk Talbot-Poissy hat den höchsten Anteil von eingewanderten Arbeitern in Frankreich. 53 Prozent der Belegschaft sind im Ausland geborene Arbeiter, überwiegend nordafrikanische Araber, von denen mehr als 80 Prozent weder lesen noch schreiben können. Als sie mit dem Rücken zur Wand standen, kämpften diese eingewanderten Arbeiter - und wie sie kämpften!

Die entscheidende Kraftprobe kam mit der Schlacht am 5. Januar. Die Firmenleitung setzte Hunderte von Vorarbeitern und anderes Aufsichtspersonal aus dem gesamten Peugeot-Imperium ein. (Die PSN-Faschisten prahlten damit, daß auch sie ihre Schläger nach Poissy geschickt hätten.) Ein Dutzend Schläger, bewaffnet mit Wurfgeschloß, Feuerlöschern und (zumindest einige von ihnen) mit Revolvern, führte den Angriff der „Blauhäuten“ an. Gegen diesen gewalttätigen Überfall schlugen die Arbeiter, die die Abteilung B3 besetzt hielten, mit allem zurück, was sie in die Hände bekommen konnten. Es regnete Bolzen; ganze Chassis-Teile wurden von Laufgängen heruntergeschleudert. Nach einer Stunde wurden die Angreifer vom Management zurückgezogen, und die mehreren hundert Streikenden blieben in ihrer belagerten Festung zurück. Draußen riefen die frustrierten rassistischen Streikbrecher: „In die Gasöfen!“

Gerade dann brach die CFDT (der von Mitterrands Sozialistischer Partei geführte

schaftskrise erschüttert und durch zunehmend aggressive Kräfte der Reaktion in die Enge getrieben wird, hätte der Kampf der Arbeiter von Talbot eine Streikwelle entfachen können, um die gemeinsamen Angriffe der Bosse und der Regierung zurückzuschlagen, und hätte damit die Perspektive von revolutionären Kämpfen eröffnet. An diesem Wendepunkt hängt das Schicksal Frankreichs vom Aufbau einer wirklich bolschewistischen Partei ab, die gegen Klassenkollaboration und rassistische Unterdrückung zu kämpfen vermag, indem sie eine machtvolle, von der gegenwärtigen Avantgarde der eingewanderten Arbeiter inspirierte Mobilisierung des Proletariats vorantreibt. Dies ist das Ziel der Ligue Trotskyste de France.

Reformisten gegen Talbot-Arbeiter

Der Talbot-Streik hat wie ein Blitzstrahl die politische Landschaft Frankreichs unter der Volksfront der achtziger Jahre aufs schärfste umrissen. Im Ausland geborene Industriearbeiter, die um ihre Arbeitsplätze kämpften, waren mit einer Offensive der gesamten herrschenden Klasse konfrontiert, von den kleinen Königen von Peugeot, die an das Privateigentum „von Gottes Gnaden“ glauben, bis zu den „aufgeklärtesten“ Managern von den Elite-Universitäten, die die verstaatlichten Unternehmen im Interesse des französischen Kapitals leiten. Auf der Seite der Peugeot-Bosse standen die „linke“ Regierung, die Sozialistische und die Kommunistische Partei (PCF), und die Ausverkaufsführer der Gewerkschaften, die ihre Rolle als Feuerwehrmänner erfüllten, indem sie die Flammen der gefürchteten „Arbeiterrevolte“ erstickten.

Im letzten Sommer gab das Management der PSA-Gruppe (Peugeot), seit zwei Jahren Eigentümer von Talbot, seine Absicht bekannt, mehr als 4000 Arbeitsplätze im Werk Poissy zu vernichten. Nach Streikaktionen von Talbot-Arbeitern entschloß sich die Regierung, die Entscheidung zu verschieben. Im Oktober akzeptierte der PCF-Arbeitsminister Jack Ralite einen Plan zur Streichung von über 1000 Arbeitsplätzen durch

„industriellem Wiederaufbau mit menschlichem Gesicht“, aber die von diesem Plan betroffenen Talbot-Arbeiter lehnten ihn fast einmütig ab. Die explosive Situation brachte die Stalinisten und Sozialisten in enorme Schwierigkeiten, sowohl in den Gewerkschaften als auch in der Regierung.

Das Peugeot-Management war fest entschlossen, eines der Zentren des Widerstands der Arbeiterklasse auszulöschen, das schon



5. Januar: Eingewanderte Talbot-Arbeiter wehren Streikbrecher ab

bei den Autostreiks 1982-83 eine Avantgarderolle gespielt hatte. Sie wollten die patriarchalischen Arbeitsverhältnisse der Vergangenheit wieder aufleben lassen, als die Bosse sich wie koloniale Plantagenbesitzer aufspielten. Die Belegschaft wurde in abgelegenen Dörfern von Marokko angeworben, wo die modernen Sklavenhändler von Simca (später Chrysler-France, dann Talbot, jetzt ein Tochterunternehmen von Peugeot) beinahe ausschließlich Bauern auswählten, die nicht lesen und schreiben konnten. Einmal in der Fabrik angekommen, wurden sie von einer gelben „Gewerkschaft“ kontrolliert, der eine große Zahl von armen weißen Siedlern aus Algerien und ehemalige Fremdenlegionäre angehören. Es war die Kopie der kolonialen Gesellschaft mitten im Herzen der französischen Industrie. Und als sie sich gegen Mitterrands Entlassungen auflehnten, standen diese nordafrikanischen Lohnsklaven im Zentrum des Klassenkampfes in Frankreich.

Der Talbot-Streik endete mit einer Niederlage. Aber es ist eine Niederlage, die die Arbeiterklasse eher in Wut versetzen könnte, als sie zu demoralisieren. Nach Regierungsplänen soll die Autoindustrie um bis zu 40000 Arbeitsplätze „geschrumpfen“, Stahl um 20000, die Werften um Tausende, ganze Kohlebergbau-Regionen sollen dicht gemacht werden. Dies muß mit gemeinsamen Streikaktionen beantwortet werden, die zu einem Generalstreik führen. Wenn die Arbeiter nicht zurückschlagen, warten die Reaktionäre bereits im Hintergrund. Die ultrarechte Demonstration der Polizisten im vorigen Juni war ein Hinweis auf die reale bonapartistische Gefahr, wieder einmal eine von Frankreichs unstablen bürgerlich-demokratischen Regierungen durch einen neuen „starken Staat“ zu ersetzen, falls das Proletariat sein Schicksal nicht in die eigenen Hände nimmt.

Die Schmiedung einer trotzkistischen Partei

Notwendig ist eine revolutionäre Partei, die von Anfang an die Wahrheit über das Mitterrand-Regime gesagt hat, und deshalb darauf vorbereitet war, einen kompromißlosen Klassenkampf gegen dieses Regime zu

organisieren. Was gebraucht wird, ist eine wirklich kommunistische Partei, die als „Volkstribun“ handelt und für die Rechte der Einwanderer kämpft. Von Beginn des Talbot-Streiks an hat die Ligue Trotskyste de France (LTF) nach konkreten Wegen gesucht, um den Streik auszudehnen und zu gewinnen.

Ein Genosse der LTF im Werk Renault-Cléon in Rouen führte eine Delegation von Mitgliedern der CGT und anderen Autoarbeitern an, die am 29. Dezember das Werk Talbot-Poissy besuchte, um ihre Solidarität mit den streikenden eingewanderten Arbeitern zu demonstrieren. Ein offener Brief des Genossen der LTF an die Arbeiter von Cléon mit einem Bericht über die Delegation (der danach von der LTF in französisch und arabisch vervielfältigt und verteilt worden ist) forderte die Wahl von Streikkomitees, um einen Generalstreik in der Autoindustrie zu führen. Andere Forderungen beinhalteten die Ausweitung des Streiks auf Zuliefer- und Abnehmerindustrien wie Stahl und Transport; ein sofortiger 24-Stunden-Streik bei Renault-Cléon als Grundlage für einen

nationalen Streik, Betriebsbesetzungen, geschützt von Massenstreikpostenkettens; volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter.

Die Ligue Trotskyste hat praktisch als einzige Organisation die Verbindung zwischen der Offensive von Unternehmern und Regierung gegen die Talbot-Arbeiter und der rassistischen Kampagne von faschistischem und Polizeiterror gegen die Einwandererviertel während des letzten Jahres aufgezeigt. Auf einer Demonstration am 14. Januar riefen wir: „Polizei raus aus den Einwanderervierteln!“ und „Gegen die Faschisten, gegen die Rassisten - Arbeitermilizen!“ Das LTF-Banner ging direkt auf die defätistischen Stimmungen ein, die sich aufgrund des Versagens der französischen Arbeiterbewegung, den Streik zu unterstützen, verbreiteten; die Parolen auf dem Banner lauteten: „Packt nicht die Koffer - Keine einzige Entlassung oder Abschiebung - Für einen Generalstreik in der Autoindustrie!“ Auf einem anderen Banner hieß es: „Französische und eingewanderte Arbeiter - Brecht mit Mitterrand und seinen linken Helfershelfern, sie haben den Talbot-Streik abgewürgt.“

Fortgesetzt auf Seite 12



Block der Ligue Trotskyste auf der Talbot-Demonstration am 14. Januar

Gewerkschaftsbund) den Kampf ab. „Nun habe ich Angst“, sagte der CFDT-Führer bei Talbot, Jean-Pierre Noual. Anstatt zu sofortiger Verstärkung von den nahegelegenen Autofabriken (Renault-Flins, Citroën-Aulnay) aufzurufen, rief die CFDT... die Polizei. Stunden später wurden die Streikenden zwischen zwei Reihen von CRS-Bullen aus den Gebäuden weggeschafft. Unmittelbar darauf verhängte das Management eine mehrtägige Aussperrung, und die CFDT blies den Streik ab.

Zu einer Zeit, in der das Regime des „Austeritäts-Sozialisten“ François Mitterrand durch eine offensichtlich endlose Wirt-

Versetzung in den „vorzeitigen Ruhestand“. Als Gerüchte auftauchten, daß die geplanten 2900 Entlassungen gebilligt werden würden, besetzten am 7. Dezember mehrere hundert eingewanderte Arbeiter die Fabrik. Zehn Tage später verkündete die Regierung mit viel Trara ein Abkommen, das zwischen Ralite, dem Unternehmen und der CGT (dem kommunistisch geführten Gewerkschaftsbund) ausgehandelt worden war. In dieser Vereinbarung wurde die Gesamtzahl der Entlassungen auf 1900 festgesetzt; für die entlassenen Arbeiter sah das Abkommen Pseudo-Umschulungsprogramme vor. Premierminister Pierre Mauroy sprach von

LE BOLCHEVIK

Romppez avec Mitterrand! Il faut un gouvernement ouvrier!

Grève de Talbot

ce n'est qu'un début...

LE BOLCHEVIK

قلمروم ستران . لاجل حكومت عمالية
لا للوقت . لا للظلم . اضرب علم لعامل السيارات
اضراب طالبو، ماهي الا بداية

abonnez-vous au Bolchévik

1 an (10 numéros): 15,- DM
Commande:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1

Die Stolperdrähte des US-Imperialismus für den dritten Weltkrieg ziehen sich um den ganzen Erdball. Reagan ist jetzt in drei Kriege verwickelt – in Libanon, El Salvador und Nicaragua – und in der Karibik beenden die amerikanischen Truppen gerade ihren Überfall auf Grenada. In Europa sind amerikanische Pershing-2-Atomraketen stationiert worden, die direkt auf Moskau zielen – mit sechs bis acht Minuten Flugzeit. Der verfaulende Kapitalismus bereitet sich wieder darauf vor, die Menschheit in einen weltweiten Krieg zu stürzen – er taumelt auf einen nuklearen Holocaust zu, der das Leben auf diesem Planeten auslöschen kann.

Abscheu und Widerstand gegen die Massenschlächtereien, die die Klassenherrschaft der Imperialisten notwendigerweise hervorbringt, sind zentraler Bestandteil der marxistischen Vorstellung einer klassenlosen, staatenlosen Gesellschaft und des Kampfes dafür. Die schreckliche Drohung eines dritten Weltkriegs und die kriegslüsterne Politik Washingtons rufen heute berechnete Ängste hervor und lassen pazifistische Stimmungen unter der Bevölkerung in der ganzen Welt aufkeimen, sowohl im sowjetischen Block als auch in den kapitalistischen Ländern, Stimmungen, die gegen die imperialistischen Kriegshetzer gewendet werden können. Das Gemetzel des Ersten Weltkriegs brachte die russische Arbeiterrevolution von 1917 hervor – weil die bolschewistische Partei die Arbeiter, Bauern und Soldaten für eine revolutionäre Opposition gegen ihre „eigene“ Regierung gewann und Rußlands Teilnahme an dem innerimperialistischen Blutbad beendete, indem der Staat der Ausbeuter durch eine Regierung der arbeitenden Bevölkerung ersetzt wurde.

Als im Oktober über 240 US-Marineinfanteristen in ihrem Quartier am Beirut Flughafen in die Luft gesprengt wurden, war das seit dem Höhepunkt der Tet-Offensive in Vietnam die größte Anzahl amerikanischer Soldaten, die an einem einzigen Tag getötet worden waren, und die amerikanische Öffentlichkeit reagierte mit Empörung. Es gab Elemente von Pazifismus, Isolationismus und Patriotismus und eine weitverbreitete Einsicht darin, daß die Intervention im Libanon sinnlos war. Die Empörung richtete sich hauptsächlich gegen den imperialistischen Oberkommandierenden (der sofort die rassistische, in Rowdy-Manier durchgeführte Invasion der winzigen Insel Grenada startete, um durch einen leichten „Sieg“ die Aufmerksamkeit von dem Debakel in Beirut abzulenken). Um diese konjunkturelle Stimmung gegen die Regierung aufzugreifen und sie zu fördern, stellte die Spartacist League/U.S. die Parolen auf: „Marines raus aus Libanon, sofort und lebend!“ und „USA raus aus Grenada, tot oder lebend!“ Unter unseren Lesern gab es Leute, die besonders gegen das Wort „lebend“ Einwände erhoben, unsere Libanon-Parole als „sozialpatriotische“ Kapitulation vor dem amerikanischen Chauvinismus bezeichneten und ihr die vermeintlich radikale Ansicht entgegenstellten: „Nur ein toter Marine ist ein guter Marine“. Aber weit davon entfernt, radikal zu sein, stellt diese Blutrünstigkeit aus sicherer Entfernung (die an einige der beschränkteren und verächtlichen Elemente der alten Neuen Linken erinnert – Wehrdienstverweigerer, die jetzt die Karriereleiter erklimmen) eine fundamentale Haltung des Marxismus in Frage und unterhöhlt die zentrale leninistische proletarische Strategie des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. Aber trotzdem haben unsere Kritiker einen Zweck erfüllt; sie haben uns nämlich veranlaßt, einige grundlegende marxistische Wahrheiten erneut darzulegen, und zwar als erstes die Tatsache, daß Marxisten nicht blutrünstig sind.

Wir sind für den Sieg einer gerechten Sache. Notwendigerweise steht im Mittelpunkt der gerechten Sache vor allen Dingen die Zerschlagung der Ausbeuter- und Unterdrückerklassen und der Sieg des Sozialismus. Wir sind nicht zuletzt deshalb Sozialisten, weil wir leidenschaftliche Gegner des Krieges sind, der Ansammlung unzähliger junger Arbeiter, damit diese im Interesse der Herrschenden abgeschlachtet werden. In dieser aufs schärfste in Klassen geteilten Welt, in der die Massenmörder von My Lai dominieren, wird der Kampf für den Sieg einer gerechten Sache eine starke Komponente von Gewaltanwendung haben. Deshalb müssen wir für

die größtmögliche Konzentration von Schlagkraft auf der gerechten Seite eintreten, mit der Hoffnung, die Kräfte der Reaktion zu demoralisieren, abzuschrecken und so die tatsächlichen Verluste so gering wie möglich zu halten.

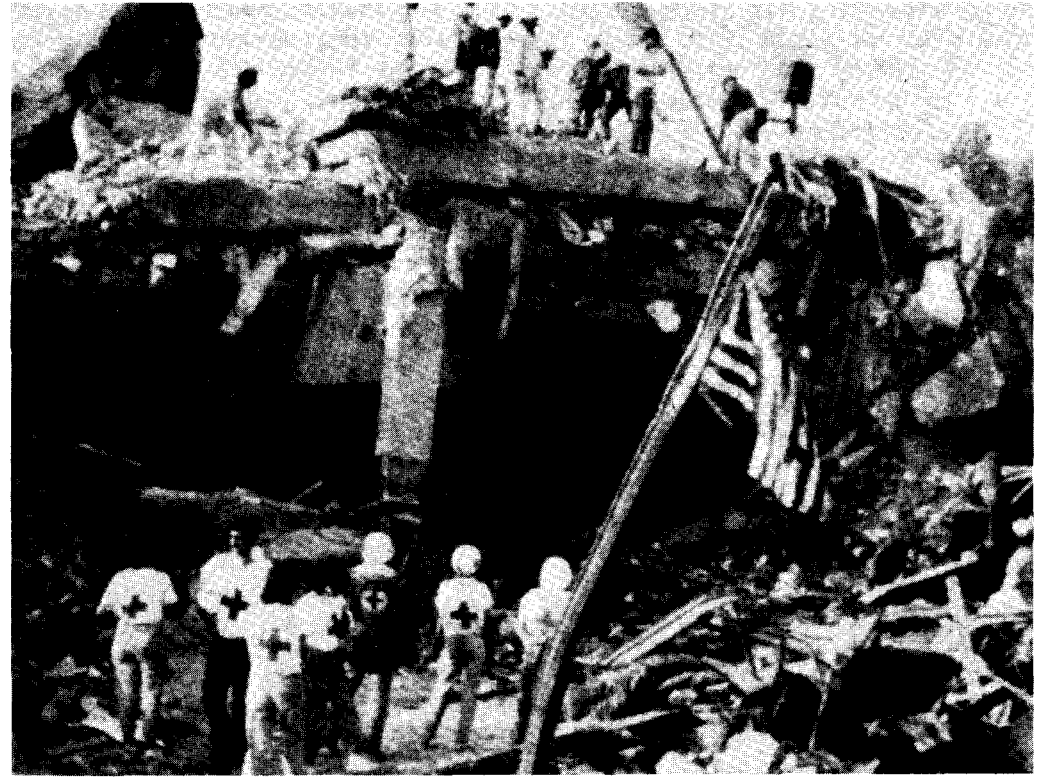
Aber im Libanon gibt es zur Zeit wenig Anhaltspunkte für Gerechtigkeit auf irgendeiner Seite. Im wesentlichen sind die gegenwärtigen Kämpfe eine Fortsetzung der jahrhundertalten kommunalen/sectierischen Konflikte zwischen Moslems und Christen, Sunniten und Schiiten, Drusen und anderen. Es ist keine Kraft bekannt, die gegen die US-Imperialisten kämpft – sie alle reißen sich darum, mit den Imperialisten ins Geschäft zu kommen. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), deren Ziel am offensichtlichsten ist, verlangte sogar die Intervention imperialistischer Truppen (eine selbstmörderische Forderung, die buchstäblich von der gesamten reformistischen Linken in diesem Land unterstützt und von uns Revolutionären natürlich scharf bekämpft wurde). Nun sind die USA dort, haben die PLO entwaffnet und den Weg für die Massaker in Sabra und Schatila durch die Israelis und die Falange bereitet. Arafats Organisation ist in sich blutig bekämpfende Rivalen gespalten, zerstreut und evakuiert (unter der UN-Flagge und israelischen Granaten). Die Israelis haben sich überstürzt aus Beirut zurückgezogen und es den Amerikanern überlassen, die Verluste zu tragen. Die kommunalen Milizen, die sich im Libanon bekämpfen, kennen nicht den Unterschied zwischen Amerikanern und Russen, und er interessiert sie auch überhaupt nicht. Wo ist im Libanon heute die gerechte, antiimperialistische Seite?

Was ist mit den Verbündeten von Arafats Organisation? In Tripolis, wo er durch von Syrien unterstützte PLO-Dissidenten belagert wurde, verbündete sich Arafat mit der Islamischen Einheitsbewegung von Scheich Shaaban, der letzten Oktober etwa 50 Mitglieder der libanesischen Kommunistischen Partei massakrierte. Und was ist mit den Schiiten, die am untersten Ende der sozialen Stufenleiter im Libanon stehen und jeder politischen Macht beraubt sind, obwohl sie die größte Gruppe im Land darstellen? Kurz vor der israelischen Invasion im Juni 1982 führte die schiitische Amal-Miliz mörderische Angriffe gegen die PLO in Beirut und im südlichen Libanon durch. Was die Syrer betrifft, die damit prahlen, alle Verhandlungen mit den Zionisten abzulehnen: Sie haben zu einem frühen Zeitpunkt während der Invasion 1982 einen Waffenstillstand mit den Israelis abgeschlossen und die Palästinenser allein kämpfen lassen.

Natürlich war unsere Losung zu Libanon in hohem Maße konjunktureller Natur; die Situation im Nahen Osten ändert sich rapide. Die USA driftet schon in Richtung eines direkten Konflikts mit Syrien, zum großen Teil dank Reagans irrationaler Vorstellungen von „sowjetischen Stellvertretern“. Sollten die USA Krieg gegen Syrien beginnen, müßte die Situation vollkommen neu bewertet werden, nicht zuletzt deshalb, weil solch ein Krieg de facto ein Konflikt zwischen USA und UdSSR werden könnte, in dem Marxisten die sowjetische Seite verteidigen würden.



Marxismus und Blutrünstigkeit



23. Oktober 1983: Der Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Marineinfanteristen tötete 241 Soldaten. Die Spartacist-Losung „Marines raus aus Libanon – sofort und lebend“ griff die allgemeine Wut unter den amerikanischen Arbeitern und Schwarzen gegen Reagans kriminelle und sinnlose Politik auf

Im Libanon steckt der US-Imperialismus im Schlamassel – und das ist eine gute Sache. Aber wir weiden uns nicht am Anblick dieser 240 Aluminiumsärge, dieser toten jungen Männer, von denen viele in erster Linie deshalb als entbehrlich betrachtet wurden, weil sie schwarz waren. Wir können diejenigen nur verabscheuen, die fordern, daß amerikanische Soldaten für die Verbrechen ihrer Herrschenden sterben sollen. Für Marxisten gibt es einen Riesenunterschied zwischen den Männern im Feld und denen, die sie zum Sterben dorthin geschickt haben. Wir sind nicht *per se* an der Auslöschung aller interessiert, die Washingtons weltweite blutrünstige Politik ausführen. Libanon hat eine starke Opposition in der amerikanischen Bevölkerung hervorgerufen; die Marines dorthin zu schicken, war dumm und könnte sich für die herrschende Klasse der USA als Schuß erweisen, der nach hinten losgeht.

In Grenada, Reagans Ablenkungsmanöver vom Libanon-Desaster, besteht eine völlig andere Situation. Wir haben die amerikanische Invasion von Grenada ähnlich beurteilt wie die israelische Invasion von Libanon 1982: rassistische Scheußlichkeiten gegen eine andere Nationalität. Wir nahmen 1982 Partei: für die Verteidigung der Palästinenser gegen den Versuch, sie auszulöschen. Und wir hatten eine Seite in Grenada: die 700 kubanischen Bauarbeiter, die den Yankee-Invasoren Widerstand leisteten. Angesichts der heroischen Selbstverteidigung der Kubaner waren 6000 amerikanische Soldaten nötig, um Grenada zu „nehmen“, und die meisten Kubaner waren über 40 Jahre alt! Die gleiche Ausgabe von *Workers Vanguard*, die, wie unsere Kritiker glauben, unsere entscheidende Kapitulation vor dem „Sozialpatriotismus“ markiert, ließ die kubanischen Kämpfer hochleben, die – im Gegensatz zu

Wir sind für den Sieg der gerechten Sache. Links: Die Niederlage, die die vietnamesische Revolution dem US-Imperialismus versetzte, war ein historischer Sieg für das Weltproletariat. Rechts: Gegen Reagans Vergewaltigung Grenadas hieß die Parole der Spartacist League/U.S.: „USA raus, tot oder lebend!“



irgend jemand heute im Libanon – den Hauptfeind, den US-Imperialismus, bekämpften. In Grenada hatten wir eine Seite, und unsere Parole lautete: „USA raus, tot oder lebend!“

Und in Vietnam! Die gerechte Seite dort war eindeutig die der Nationalen Befreiungsfront (FNL) und der nordvietnamesischen Truppen gegen den US-Imperialismus. Es ging um die nationalen Rechte des vietnamesischen Volkes und um die soziale Revolution, deren Sieg der einzige Weg war, endgültig mit dem Kolonialismus Schluß zu machen. Unsere Parole hieß „Sieg der vietnamesischen Revolution!“, aber nicht, weil wir Blut sehen wollten, sondern weil wir wußten, was notwendig war, um Vietnam nach drei Jahrzehnten imperialistischen Kriegs Frieden zu bringen. Und genau die Frage der sozialen Revolution oder auch nur der nationalen Befreiung fehlt im Libanon.

Die Kehrseite der Blutigkeit der beschränkten Neuen Linken – beispielhaft dafür sind die SDS-Weathermen – war die Parole der Socialist Workers Party (der amerikanischen Schwesterorganisation der GIM) zu Vietnam: „Bringt unsere Jungs nach Hause, jetzt!“ Der Slogan war aufgestellt worden, um an den liberalen Defätismus in Teilen der Bourgeoisie zu appellieren; die Losung war ein Klassenverrat, und zwar genau deshalb, weil das internationale Proletariat in Vietnam eine Seite hatte – „unsere“ Jungs waren die FNL und die Nordvietnamesen. Es gab zwei Möglichkeiten, wie die Amerikaner heimkehren konnten: durch Rückzug oder in Leichensäcken. Durch die sozialdemokratische Parole der SWP und die Aufrufe der Neuen Linken, die Yankee-Schweine auszulöschen, zieht sich der gleiche Faden – beide haben die Hoffnung aufgegeben, das Proletariat zu mobilisieren, mit Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg vorzugehen, und beide lehnen es ab, sich entlang der Klassenlinie an die einfachen Soldaten zu wenden.

Der Aderlaß des Imperialismus in Vietnam und die Konsequenzen seiner Niederlage – die tiefgehende Demoralisierung der US-Streitkräfte, die Erschütterungen in der ganzen amerikanischen Gesellschaft, die Angst vor einem „zweiten Vietnam“, die den Imperialismus zurückgehalten hat – waren vom Standpunkt der arbeitenden Massen der Welt eine gute Sache. Das „Vietnam-Syndrom“ in den USA verschaffte nationalen Befreiungskämpfen wie jenen in den früheren portugiesischen Kolonien in Südafrika eine Atempause und verhinderte 1975–76 eine direkte amerikanische Intervention in Angola. Es hat bis jetzt Reagan daran gehindert, einen Großangriff mit US-Truppen gegen die nicaraguanische Regierung und die salvadorianischen linken Aufständischen zu versuchen. Aber wir freuen uns nicht hämisch über den Tod einfacher amerikanischer Soldaten. Unter den GIs und Marines, die nach Vietnam geschickt wurden, konnte man, je länger sich der aussichtslose Krieg hinzog, einige der wütendsten, bittersten und wichtigsten Gegner des Kriegs der Regierung finden. Im Gegensatz zu den Radikalen der Neuen Linken, die, ohne mit der Wimper zu zucken, gestern Wehrpflichtige berieten und GIs Blumen schenkten und heute jubeln, wenn die Leute in die Luft gesprengt werden, ging es uns darum, unter den amerikanischen Solda-

ten marxistische Propaganda zu betreiben. Wir sagten, daß Jugendliche, die gegen den Krieg sind, im Falle ihrer Einziehung in die Armee danach trachten sollten, ihren Klassenbrüdern dort den imperialistischen Charakter des Kriegs zu erklären und daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich dagegen zu wenden.

Der weltweite Konflikt zwischen der überlebten imperialistischen Ordnung und der Befreiung des Proletariats reduziert sich nicht auf eine Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Völkern. In Kämpfen, bei denen es um eine gerechte und eine ungerechte Sache geht, beziehen Marxisten eine Seite, aber wir stellen nicht als Programm auf, all jene auszulöschen, die für die falsche Seite in den Kampf geschickt wurden (wäre ein solches Programm durchgeführt worden, würde das Proletariat der meisten westlichen kapitalistischen Nationen schon lange nicht mehr existieren). In Kriegen, wo keine Seite einen Fortschritt für elementare Gerechtigkeit darstellt, treten wir für revolutionären Defätismus auf beiden Seiten ein. Schaut euch, zusätzlich zu Libanon, den Iran-Irak-Krieg an. Ist es „sozialpatriotisch“, den iranischen und irakischen Soldaten zu raten, sich nicht gegenseitig für ihre jeweiligen Regime abzuschlachten, sondern die Gewehre umzudrehen und nach Hause zu gehen? Ein anderer solcher Fall war der schmutzige Krieg um die Falklands/Malvinen. Weder die argentinischen noch die britischen Arbeitermassen konnten durch den Sieg ihrer „eigenen“ mörderischen Herrscher auf den Falkland-Inseln irgend etwas gewinnen; sie konnten nur ihr Leben verlieren. (Tatsächlich war es so, daß Argentiniens Niederlage direkt zum Sturz des Militärregimes führte; Britanniens Sieg dagegen führte zur Wiederwahl von Margaret Thatcher.) Wer nach Blut lechzt, braucht sich nur Thatcher anzusehen, die grundlos befahl, den argentinischen Kreuzer *Belgrano* zu versenken und mit ihm mehr als 320 junge Männer, die in den eiskalten Fluten des Südatlantik untergingen.

Von Verdun bis Hiroshima haben die Imperialisten um des Profits willen ihre barbarischen, regelmäßig erneut aufkommenden Kriege geführt und ganze Generationen als Kanonenfutter benutzt. Bucharin schrieb über das schreckliche Blutbad des ersten Weltkriegs:

„Vor allem war der Krieg ein noch nie dagewesenes Mergeltum. Die Truppenaushebung ging mit Riesenschritten voran. Das Proletariat wurde auf den Schlachtfeldern buchstäblich vernichtet. Den Berichten zufolge erreichte die Anzahl der Toten, Verwundeten und Vermißten bis März 1917 allein 25 Millionen; bis zum 1. Januar 1918 zählte man gegen 8 Millionen Tote. Wenn wir annehmen, daß ein Soldat durchschnittlich 150 Pfund wiegt, heißt das, daß die Kapitalisten vom 1. August 1914 bis zum 1. Januar 1918 zwölfhundert Millionen Pfund verwesenes menschliches Fleisch zu Markte getragen haben.“ (*Das ABC des Kommunismus*, englische Ausgabe 1922)

Oder wie Rosa Luxemburg in ihrer *Junius-broschüre* schrieb (1916):

„Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen. Und mit jedem sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit vom Joch des Kapitalismus ins Grab.“

Es ist das Ziel marxistischer Revolutionäre, dieses Abschlachten zu beenden. Und wir hoffen, der Herrschaft der Bourgeoisie mit so wenig Blutvergießen wie möglich ein Ende bereiten zu können. Wir wünschten, wir könnten Pazifisten sein, aber das können wir nicht – die alte soziale Ordnung macht der neuen nicht friedlich und ordentlich Platz. Isaac Deutscher bemerkte: „In seiner Vision einer gewaltlosen Gesellschaft ist der Marxismus ... viel weiter und tiefer vorgedrungen als irgendein pazifistischer Prediger der Gewaltlosigkeit. Und warum? Weil der Marxismus die Wurzeln der Gewalt in unserer Gesellschaft aufgedeckt hat, was andere nicht getan haben.“ („Marxismus und Gewaltlosigkeit“, 1966) Sicher ist, daß es in der russischen Revolution fast kein Blutvergießen gab; sie wurde, schreibt Deutscher, so durchgeführt, „daß es, all den feindlichen Augenzeugenberichten zufolge (so wie die der westlichen Botschafter, die zu der Zeit in Petrograd waren) insgesamt auf beiden Seiten zehn Opfer gab“. Erst als die zaristischen

Generale mit Unterstützung von 13 imperialistischen Armeen den Bürgerkrieg begannen, fing das Töten wirklich an. Was die reinen Waffenbestände angeht, waren die Bolschewiki den imperialistischen Mächten unendlich unterlegen, die zusammen mit den *contras* jener Tage, der Weißen Armee, intervenierten, um die Revolution zu zerschlagen. Die Bolschewiki siegten; Deutscher schrieb dazu: „Sie agitierten, sie appellierten an das Bewußtsein der Soldaten, der Arbeiter in Uniform in diesen Interventionsarmeen. Die französische Marine, die die Revolution unterdrücken sollte, meuterte in Odessa und weigerte sich, gegen die Bolschewiki zu kämpfen...“

Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft über die arbeitenden Massen nur aufrechterhalten, indem sie massiv Einschüchterung, Zwang und Gewalt einsetzt; für Marxisten dagegen ist Gewalt ein notwendiges Übel, das uns aufgezungen wird bei der Verteidigung des Kampfes für den Sozialismus, weil die Ausbeuterklasse, die die Macht hat, nach Blut trachtet. Nachdem das kubanische Volk die von der CIA initiierte Schweinebucht-Invasion zerschlagen hatte, tauschte die Castro-Regierung die gefangenen *gusanos* gegen notwendige Medikamente ein. Die linken Aufständischen in El Salvador verfolgen die Politik, gefangene feindliche Soldaten unver-

sowjetische Militär hat die unter den Umständen einzig mögliche Verteidigungsmaßnahme ergriffen – nämlich angesichts der Tatsache, daß der Jet den Funkkontakt verweigerte und so die Identifizierung durch die Russen verhinderte. Ein US-Spionageflugzeug aber stand zur gleichen Zeit eindeutig mit dem Jet in Kontakt. Aber wir „jubeln“ nicht darüber, daß mehr als 200 unschuldige Zivilisten abgeschossen wurden; wir solidarisieren uns mit der TASS-Erklärung vom 2. September 1983:

„Tass ist bevollmächtigt zu erklären, daß führende Kreise der Sowjetunion ihr Bedauern über den Verlust von Menschenleben ausdrücken und gleichzeitig entschlossen diejenigen verurteilen, die bewußt oder als Resultat krimineller Geringschätzung den Tod von Menschen zugelassen haben und jetzt versuchen, diesen Vorfall für unsaubere politische Ziele auszunutzen.“

Marxisten unterstützen oder befürworten nicht das Töten unschuldiger Zivilisten – ob es sich nun um KAL 007 handelt, oder um einen israelischen Bus in Jerusalem, oder um eine Kneipe in Nordirland. Was KAL betrifft, ist es eine Tatsache, daß die Sowjets nicht wesentlich einen zivilen Passagierjet abgeschossen haben. Hätten sie das getan, sagten wir, wäre das schlimmer als eine barbarische



Kein neuer Überfall auf die UdSSR! Wir würden für die Niederlage der Bundeswehr arbeiten, sind aber nicht für den Tod von jedem deutschen Arbeiter in Uniform.

sehr dem Roten Kreuz zu übergeben – eine wirksame Methode, Massendesertationen aus der Armee der Junta zu fördern. Im Gegensatz dazu operieren die faschistischen Todesschwadronen gegen die Bevölkerung nach der Devise: „Nur ein toter Mensch ist ein guter Mensch.“ Die wichtigste Waffe im Arsenal der Arbeiterklasse ist nicht Gewalt *an sich*, sondern die Fähigkeit, an gemeinsame Klasseninteressen zu appellieren und damit die kapitalistische Herrschaft zu unterminieren. Auch wenn Marxisten eine gerechte Sache verteidigen, lassen sie sich von rationalen Überlegungen und nicht von Blutgier leiten.

Es gibt Situationen, in denen die Tatsache, daß anfänglich nicht genügend Gewalt angewendet wurde, im Endeffekt zu größerem Blutvergießen führt. Wenn die nicaraguanischen Sandinistas die konterrevolutionären Pro-Somoza-Organisationen enthauppt hätten, indem zum Beispiel Somozas Folterknechte von revolutionären Tribunalen abgeurteilt worden wären, dann wären die nicaraguanischen Massen heute nicht gezwungen, gegen die *contra*-Invasoren zu kämpfen und zu sterben. Die Parole „Tötet die Invasoren!“ erheben wir nicht, weil wir eine Menge Tote sehen wollen, sondern weil das Blutvergießen auf ein Minimum reduziert wird, wenn jede kleine Bande, die die CIA rüberschickt, unschädlich gemacht wird und wenn die konterrevolutionäre kapitalistische „fünfte Kolonne“ in Nicaragua als Klasse enteignet und ihre Macht gebrochen wird. Dagegen stärkt eine Versöhnungspolitik die von den USA unterstützten *contras*, deren Ziel es ist, die Möglichkeit einer revolutionären sozialistischen Entwicklung in Nicaragua in Blut zu ertränken.

Oder schaut euch die Kalte-Kriegs-Provokation der USA mit dem Flug 007 der Korean Air Lines an, ein groteskes Beispiel, mit welcher Bereitwilligkeit die herrschende Klasse zynisch Menschenleben verschwendet. Das

Scheußlichkeit gewesen, es wäre eine Idiotie, würdig der Israelis. Wegen dieser doch anscheinend unbestreitbaren Position gegen wahlloses Blutvergießen wurden wir der „Weichheit“ durch Kritiker beschuldigt, deren Blutrünstigkeit von sicherer Beobachterwarte aus um so größer ist, je weniger sie mit ihren eigenen Gelüsten zu tun hat. Aus gehöriger Entfernung hätscheln die kleinbürgerlichen Radikalen die „guten“ Völker (wo es notwendig ist, erfinden sie sie auch erst, wie im Libanon heute), und was die „schlechten“ betrifft, nun, nur wenn sie tot sind, sind sie gut. Solch eine Haltung, die sich selbst als reaktionär richtet – und absolut nichts mit marxistischer Klassenanalyse zu tun hat –, bietet natürlich Nährboden für die antikomunistische öffentliche Meinung. Und so gehen viele der „Radikalen“ von gestern einen ideologischen Block mit dem US-Imperialismus ein über die schlimme Situation des „armen kleinen Afghanistan“ und die Zerschlagung der konterrevolutionären polnischen Solidarność. (In Afghanistan sind die „Freiheitskämpfer“ fanatische Anhänger des Islam, die den Brautpreis verteidigen, wohingegen die „böse Supermacht“ das Recht der afghanischen Bevölkerung verteidigt, sich aus dem neunten Jahrhundert zu erheben, einschließlich des Rechts von Frauen, lesen zu lernen. In Polen repräsentieren der „Unterdrückte“ Walesa und Solidarność die Allianz von Vatikan, westlichen Bankiers und CIA gegen die polnische stalinistische Bürokratie und verkörpern die Drohung einer blutigen Rückkehr zu kapitalistischer „Demokratie“, d. h. zu Lohnsklaverei und NATO-Raketen.)

Auf einer anderen Ebene gibt es den Konflikt zwischen der nationalistisch/stalinistischen und der trotzkistischen Herangehensweise an den antifaschistischen Widerstand während des Zweiten Weltkriegs. Die französische Résistance verfolgte eine Politik, ein-

Fortgesetzt auf Seite 15

Interview...

Fortsetzung von Seite 5

Spartakist: Die TLD stellte die Forderung nach Ausweitung des Streiks auf Bergbau und Stahl auf, wo genauso weitgehende Stilllegungen und Entlassungen geplant sind. Was meinst du zu dieser Forderung und denkst du, es hätte – bei einer revolutionären Führung – eine Ausweitung der Werftbesetzung geben können?

„Aber mit einer revolutionären Führung hätte es eine Garantie für die Ausweitung gegeben.“

Birgit: Es wäre möglich gewesen, auf jeden Fall. Die Frage der Ausweitung war selbst ohne eine revolutionäre Führung schon sehr nahe, und es wäre nur ein Funke nötig gewesen, der überspringen mußte. Aber mit einer revolutionären Führung hätte es eine Garantie für die Ausweitung gegeben.

Spartakist: Wie endete die Besetzung und was haben die Arbeiter gewonnen oder verloren?

Birgit: Die Besetzung hat neun Tage gedauert. Die Masse der Arbeiter haben ihre Arbeitsplätze verloren. Alle Entlassungen sind so durchgeführt worden, wie sie geplant wurden. Die Entlassungen gehen heute weiter. Die Arbeiter haben schlechtere Arbeitsbedingungen im Betrieb als vorher, es herrscht eine unheimliche Arbeitshetze. Es hat schon zwei Todesunfälle gegeben durch diese Arbeitshetze.

Die Sache, warum die Besetzung abgebrochen wurde, war dann – ja, wir hätten eine Chance, einen anständigen Sozialplan zu kriegen. Aber sie haben nicht einmal den Sozialplan gekriegt, den sie vor der Besetzung hatten, sondern einen wesentlich schlechteren. Zum Beispiel hätte mein Mann vor der Besetzung, wenn er gekündigt worden wäre, ungefähr 20 000 DM als Abfindung bekommen, während er, wenn er heute gekündigt wird, ca. 7–8000 DM bekommen wird.

Die Ausländer haben eine ganz schlechte Position, sie sind überwiegend betroffen von den Entlassungen. Von den Ausländern, die bei HDW arbeiten, sind ungefähr 50 Prozent entlassen worden. Und sie werden abgeschoben, wenn sie innerhalb von einem Jahr keine neue Arbeit kriegen, und sie haben auch keine Chance, eine neue Arbeit zu kriegen. Insofern haben sie überhaupt nichts gewonnen, außer eben, wenn der eine oder andere die Lehren daraus ziehen kann, daß man eine Besetzung anders gestalten muß, also nicht unter solchen Bedingungen eine Besetzung macht, sondern von vornherein selber die Bedingungen setzt und sich die nicht vordiktieren läßt.

Die Besetzung ist durch eine Betriebsversammlung zu Ende gegangen, die die Angestellten und leitenden Angestellten einschließt. Dann hat der Vorstand das Recht, daran teilzunehmen, meistens werden auch noch Politiker eingeladen – allerdings nicht

zu dieser Betriebsversammlung. Der Vorstand hatte angekündigt, wenn die Besetzung nicht aufgegeben wird, dann werden sie eventuell die ganze Belegschaft entlassen, und zwar alle auf einen Schlag – fristlos entlassen. Man war nicht ganz davon überzeugt, ob das auch passieren würde. Allerdings hat es 1955 so eine Sache schon einmal gegeben. Da wurde die ganze Belegschaft entlassen, weil sie gestreikt hat. Und hinterher wurde dann der Teil, den sie brauchten, einfach wieder eingestellt. Deshalb lag die Drohung mit den Entlassungen berechtigt in der Luft. Dann gab es eine zweite Sache: Der Vorstand hatte angekündigt, wenn Hamburg sich sträubt und weiter besetzt, dann kommt das Werk immer weiter in die roten Zahlen, und es bleibt ihnen nichts weiter übrig, als Hamburg und Kiel voneinander zu trennen, als Schwesterbetriebe oder gar als eigenständige Betriebe. Dieser Plan besteht allerdings schon länger, auch ohne Besetzung.

Spartakist: Welche Rolle haben DKP und KPD und GIM während der Besetzung gespielt, und welche in der Betriebsversammlung?

Birgit: Vom ersten Augenblick an, als der Betrieb besetzt war, haben sie nur auf Verhandlungen gesetzt – Verhandlungen mit den Politikern in Bonn und in Schleswig-Holstein, da die HDW zu 100 Prozent ein Staatsbetrieb ist. Beides sind CDU-Regierungen. Und ihre Rolle war eben, Druck auf diese Politiker auszuüben, sie sollten sich der Werft doch annehmen, sie sollten doch nicht die ganzen Leute auf die Straße schmeißen. Darin waren sie sich alle sehr einig. Das war auch vor der Besetzung schon so, bei Streiks und anderen Aktionen, die aufgetaucht sind – Druck ausüben. Das zeigt sich auch in ihrem Programm für „alternative Produktion“, das von Leuten von der DKP, von der GIM, praktisch von dieser Aktionsleitung entworfen wurde, zusammen mit Leuten von der Gewerkschaft und anderen Aktiven. Die Gewerkschaft hat das dann aufgegriffen und als Programm gedruckt. Es ist eine Sache, die praktisch den Kapitalisten auf die Sprünge helfen soll, wie man es machen kann – wenn man noch ein bißchen Kapital dazu kriegt –, ohne daß man die Leute entlassen muß.

Spartakist: Soweit wir wissen, hat ein GIM-Anhänger unter den Arbeitern im Verlauf der Besetzung ein Solidarność-Banner aufgehängt. Was waren die Reaktionen darauf?

Birgit: Dieses Solidarność-Banner hatte für die Belegschaft eigentlich nur eine geringe Bedeutung. Das war ein Banner unter vielen. Es gab andere Banner von anderen Firmen, zum Beispiel AEG Schiffbau hatte ein Riesenbanner herübergebracht. Solche Banner wurden mit wesentlich mehr Applaus empfangen und es scharten sich auch viel mehr Arbeiter darum. Solidarność wurde als eine Sache aufgefaßt, wo Arbeiter auf die Straße gegangen sind, und die haben zusammengehalten und für ihre Rechte gekämpft. Es wurde die wirkliche Rolle von Solidarność da nicht gesehen, die meisten Arbeiter sind über Solidarność nicht informiert.

Es ist so gewesen, daß von der Gewerkschaft versucht worden ist, jede politische Diskussion abzublocken. Einmal war eine Musikgruppe abends auf der Werft, die irgendwelche politischen Sachen gesungen haben. Daraufhin hat ein SPDler denen das Mikrofon weggenommen und hat gemeint, sie sollten hier mal die Politik außen vor lassen, die Werftbesetzung sei keine politische Sache. Die Arbeiter, die das mitgekriegt haben, waren ziemlich sauer. Ich bin darauf aufmerksam geworden, als die Gewerkschaftsbürokraten ziemlich hart angegriffen wurden – was soll denn das, und hier kann jeder sagen, was er will, auch wenn es politische Sachen sind, es wäre eine hochpolitische Situation auf der HDW. Genauso wurden Diskussionen über Solidarność oder solche Sachen im größeren Rahmen während der Besetzung abgeblockt. Auch die GIMler, die das Plakat aufgehängt haben, haben dabei mitgemischt und die Arbeiter nicht darüber informiert.

Spartakist: Welche Rolle haben diese linken Gruppen in der Diskussion auf der Betriebsversammlung in bezug auf die Besetzung gespielt, als klar wurde, daß die Besetzung sich auf Bremen ausgeweitet hatte, so daß die Beendigung der Besetzung in Hamburg gerade zu diesem Zeitpunkt ganz besonders kriminell war.

Birgit: Ist kriminell gewesen. Die politischen Gruppen haben alle an einem Strang gezo-

gen, haben den Arbeitern gesagt, ja – unter diesen Umständen, wo wir damit rechnen müssen, daß die gesamte Belegschaft entlassen wird, wo es dann überhaupt keinen Sozialplan mehr gibt, und dann die armen Ausländer, die entlassen werden und nicht einmal eine Abfindung nach Hause nehmen können, wenn sie abgeschoben werden – zu einem solchen Zeitpunkt können wir euch nicht dazu auffordern, die Besetzung weiterzuführen, obwohl wir es eigentlich gerne hätten. Das war, was während der Besetzung gesagt worden ist, während der Abstimmung, von den ganzen politischen Gruppen. Und Bremen: Die Arbeiter in Bremen waren natürlich fürchterlich enttäuscht. Die haben es wahrscheinlich als kriminell angesehen, was in Hamburg passiert ist. Nur, der Betriebsrat und damit gleichzeitig die Streikführung in Bremen – der Betriebsrat und die Streikführung waren dort das gleiche – haben gemeint, das wäre weiter gar nicht schlimm, Hamburg und Bremen haben miteinander gar nichts zu tun.

Spartakist: Laß uns auf die Frage der ausländischen Arbeiter zurückkommen. Es war offenbar so, daß die ausländischen Arbeiter die Beendigung der Besetzung unterstützt haben, obwohl sie am meisten durch die Entlassungen verloren haben. Warum war das so?

Birgit: Im wesentlichen waren es türkische Arbeiter, die mitunterstützt haben, daß die Besetzung beendet wurde. Nicht weil sie Türken waren, sondern einfach deswegen, weil die Türken am wenigsten Deutsch können. Und weil sie überhaupt nicht richtig informiert worden sind, es wurde kaum irgendetwas übersetzt. Wir hatten eine jugoslawische Frau in unserer Frauengruppe, und wir waren die ersten auf der Werft, die Plakate und Flugblätter in türkisch und jugoslawisch hatten. Als wir damit in die Betriebsversammlung reinkamen, haben wir Applaus von den türkischen Arbeitern bekommen, sie haben uns Platz gemacht und haben uns Stühle gebracht, weil endlich jemand auf der Werft auch an die Ausländer gedacht hat. Ich glaube, ohne die Frauen wären die Ausländer zu Beginn der Besetzung nicht einmal darüber informiert worden.

„Wenn man solche Sachen anzetteln will, dann läuft es darauf hinaus, daß die Arbeiter die Macht in diesem Staat nehmen. Und das muß man auch wollen.“

Es war ein Türke auf der Werft, der gut Deutsch konnte. Dem wurde gesagt – hör zu, die Sache ist so und so –, und dann war es seine Sache, wie weit er seine Kollegen informiert, oder ob überhaupt. Er hat das so gehandhabt, daß er hingegangen ist und gesagt hat: Hört mal zu, bei der nächsten Abstimmung geht es da und darum, ob es weiter geht oder nicht, oder um anderes, und wenn ich die Hand hebe, dann ist das schon korrekt, dann macht das auch. Und das war natürlich bei dieser Abstimmung über die Besetzung nicht möglich, weil die geheim war, und es hat keiner die Hand gehoben. Die meisten Türken wußten überhaupt nicht, was sie machen sollten, sie waren sehr verunsichert.

Ich habe gehört, daß ein paar Tage vorher Leute auf der Werft waren, die türkische Arbeiter bedroht hatten. Es ist fast zu einer Schlägerei gekommen. Ihnen wurde gedroht, daß, wenn sie weiter aktiv mitbesetzen würden, dann würden sie verprügelt werden, oder es würden irgendwelche anderen Sachen angedroht. Soweit ich erfahren habe, sollen das Leute von den Grauen Wölfen gewesen sein.

Spartakist: Haben die Arbeiter während der Werftbesetzung irgendwelche Maßnahmen wie die Aufstellung von Arbeiter-Verteidigungsgruppen getroffen, um eine Verteidigung zu organisieren gegen die faschistischen Grauen Wölfe oder andere faschistische Gruppen, die versuchen könnten die Besetzung zu zerschlagen?

Birgit: Nein, überhaupt nicht. Es gab keine Wehr, weder gegen faschistische Gruppen noch gegen Streikbrecher, noch gegen Polizeieinsätze, die angedroht worden sind.

Dazu muß ich sagen, es gab eine ganze Reihe von Streikbrechern während der Besetzung: Fast die gesamten Angestellten

haben während der Besetzung gearbeitet, und nach ein paar Tagen fingen Teile der Maschinenfabrik zu arbeiten an – am Schluß war es, glaube ich, die Hälfte der Maschinenfabrik, die gearbeitet hat; zuerst heimlich und dann offen.

Zuerst haben die Arbeiter gesagt – hier, die arbeiten, das geht doch nicht, die schmeißen wir raus. Aber dann hat es Diskussionen mit der Aktionsleitung gegeben und die haben gesagt nein, das würde den Frieden auf der Werft stören, und Ruhe und Ordnung, das wäre das einzige, was man bei einer so großen Besetzung einhalten müßte; und man sollte hingehen zu den Angestellten und zu den Leuten in der Maschinenfabrik und mit denen reden und versuchen, sie zu überzeugen, nicht zu arbeiten. Als ich dann am nächsten Tag auf die Werft kam, habe ich gefragt: Na, habt ihr die Angestellten rausgeschmissen? Und da sagten die Arbeiter, nein, wir müssen hier Ruhe bewahren, und das stift-

„Und das erste, was die Arbeiter haben müssen, ist eine anständige Partei, die ihre Interessen vertritt.“

tet alles Unruhe, und das können wir auch nicht machen. So wurde praktisch die Meinung der Arbeiter manipuliert.

In einer sozialdemokratischen Tageszeitung war mehrfach zu lesen, in Artikeln über zwei Seiten: HDW wird geräumt, Polizeiangriff, Polizeieinsatz – um die Arbeiter dort zu verunsichern, was jetzt zu tun sei. Als der erste Artikel erschien, war ich auch auf der Werft, und die Arbeiter haben gesagt – viele Arbeiter, nicht alle: Was wollen die überhaupt, die Polizei, die kommt hier überhaupt nicht rein. Unser Tor ist dicht, und gleich hinter dem Tor steht die Feuerwehr, da haben wir Wasserwerfer, wir haben Helme, wir haben Stöcke; wir haben alles da, die kommen hier nicht rein. Wir werden unsere Werft schon zu verteidigen wissen. Aber einen Tag danach habe ich gefragt, was macht ihr nun, und sie sagten – ja, wenn die Polizei kommt, da lassen wir uns alle wegtragen; wir leisten keine Gegenwehr. Das ist also wieder das Zeichen, daß im Laufe dieses Tages die Meinung der Arbeiter durch die Aktionsleitung manipuliert wurde.

Noch dazu frage ich mich, wie die Aktionsleitung Leute überzeugen wollte, weiter zu besetzen oder keine Arbeiten auszuführen, wo sie doch selber mit der Geschäftsleitung ein Abkommen geschlossen hatte, den zweiten Anstrich an einem Schiff zu machen, und so die Arbeiter zur Arbeit geschickt hat.

Spartakist: Haben die Arbeiter einen Bezug zu der Kampagne für die 35-Stunden-Woche gesehen, und was dachten sie überhaupt über die Rolle der SPD?


Birgit: Der Bezug zur kürzeren Arbeitszeit war schon da, das war eine der Forderungen auf dem Zettel der Arbeiter, für die 35-Stunden-Woche. Die 35-Stunden-Woche und die alternative Produktion, das tendiert alles so in die Richtung mit rein, oder das ist so dargestellt worden, daß für die Arbeiter wenig dabei herauspringt. Also Arbeitszeitverkürzung muß sein, da machen wir eine dicke Kampagne dazu, und alle linken Gruppen machen dick mit, und am Ende wird wahrscheinlich dabei herauskommen, daß die Lebensarbeitszeit verkürzt wird und der Arbeiter das zu zahlen hat.

Wir selber haben das nicht groß aufgeführt während der Besetzung. Wenn die SPD auch mit den Gewerkschaften diese Sache mit der Arbeitszeitverkürzung vertritt – außerhalb der Gewerkschaften vertritt sie es auch nicht voll; es gibt etliche, die dagegen sind –, dann ist das irgendwie auch nicht glaubhaft, weil die SPD sagt, wir wollen Arbeitsplätze retten, und gleichzeitig hat sie in dieser Werftenkrise ein Werftenkonzept entwickelt, wo es heißt, zuerst müssen 9000 Arbeiter auf den Werften gehen, dann hat sie das auf 12 000 Werftarbeiter erweitert, die im ganzen norddeutschen Raum entlassen werden sollen. Und wenn man diese 12 000 Werftarbeiter nimmt – man geht davon aus, daß noch mindestens 30 Prozent von der Zulieferindustrie dazukommen –, dann kann man sich die gesamte norddeutsche Industrie mal angucken. Was da übrig bleibt, das ist nicht mehr viel.

Fortgesetzt auf Seite 12

NEU!

**SPARTAKÜS
LİGASI'NİN
TEMEL
PRENSİPLERİ**



Grundsatzklärung der Spartacist League

(auf türkisch) 0,30 DM

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

HDW . . .

Fortsetzung von Seite 1

gemeinsamen nationalen Streik der Werften-, Stahl- und Bergarbeiter!" war die Überschrift des TLD-Flugblattes vom 19. September. Ein solcher Streik hätte nicht nur allen Arbeitern den Weg gezeigt, sondern auch Auftakt für Arbeiterstreiks gegen die Stationierung der NATO-Erstschlagswaffen sein können und hätte der deutschen Bourgeoisie einen wirklich „heißen Herbst“ bereitet. Doch genau das fürchteten die Strategen der Sozialpartnerschaft, Gewerkschaftsbürokraten, SPD und ihre „linken“ Erfüllungsgehilfen. Zu Recht. Hunderttausende Werft- und Stahlarbeiter von Bremen bis Völklingen, von Salzgitter bis Dortmund, blickten auf HDW als Symbol und Signal für den gemeinsamen Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit. Neun Tage erschütterte der Kampf um HDW die ganze Wasserkante – die wohl bedeutendste Klassenschlacht seit 30 Jahren.

Gewerkschaftsbürokraten & Reformisten: Auf Knien vor dem Götzchen des kapitalistischen Eigentums

Entscheidende Initiative für die Besetzung ergriff die HDW-MAN-Frauengruppe, die mit Flugblättern und einem Hungerstreik zum Kampf mobilisierte. „Wenn ihr Männer jetzt nicht in die Hufe kommt, werden wir mit euch Schlitten fahren“, zitierte ein Arbeiter auf der Betriebsversammlung am 12. September die Schlußrede von Birgit Wojak auf der Hungerstreik-Kundgebung. Und die Männer verstanden, wenn sie nicht kämpfen, um ihre Arbeitsplätze zu retten, gibt es keinen Ausweg für sie. Einstimmig beschloß die Belegschaft „Lieber HDW besetzen, als zum Arbeitsamt hinsetzen!“ und in der Kantine hing ab sofort ein Plakat „Entlassen: Die Bosse“.

Mit der Besetzung bei HDW war praktisch die Frage gestellt, wer der Herr auf der Werft ist: der Kapitalist oder die Arbeiter. Wenn es aber unmittelbar um die Frage der Macht im Betrieb geht, müssen die Arbeiter ihren Interessen einen organisierten Ausdruck geben, und mit einer gewählten klassenkämpferischen Streikführung/Komitee einen „Gegenstab“ zum Generalstab der Bosse schaffen. Denn im Kampf um ihre Arbeitsplätze, um ihre Existenz steht den Arbeitern nicht nur Ahlers gegenüber. Es ist nicht ein Mann, es ist eine Klasse! Es ist die reaktionäre Kohl-Regierung, die als Ausschub aller Kapitalisten die Profitinteressen verwaltet und verteidigt. Dabei steht ihr nicht nur das Betriebsverfassungsgesetz und der Werkschutz zur Verfügung; sie befiehlt über Polizei und Armee und deren Einsatz gegen streikende Arbeiter. Besonders bedroht waren und sind die ausländischen Arbeiter, nicht nur von sofortiger Ausweisung, sondern von der faschistischen Terrorbande „Graue Wölfe“. Dagegen muß jede Streikführung den Kampf wappnen und sowohl sämtliche Streikbrecher rausschmeißen, vom Vorstand bis zum Werkschutz, als auch den besetzten Betrieb durch *Selbstverteidigungsgruppen der Arbeiter* schützen. Als (Ex-)IGM-Boß Loderer über Betriebsbesetzungen jammerte: „Was dann? Wie geht es weiter? Wie geht das zu Ende?“, hatte er Grund zur Sorge. Der Kampf, der gegen die Bosse im Betrieb beginnt, muß sich gleichzeitig gegen die Regierung richten und wird letztlich nur dann erfolgreich entschieden sein, wenn die Staatsmacht in die Hände der Arbeiter übergeht. Doch das war nicht das Programm der Aktionsleitung bei HDW. Diese Führung, eine Koalition der „Vernunft“, von SPD, DKP und RGO, orientierte auf eine Besetzung im „legalen Rahmen“ der kapitalistischen Arbeitsgesetze und der Gewerkschaftssatzung. Mit dem Kampf um die Macht wollte diese „Streikleitung“ nichts zu tun haben. Sie ließen den Hamburger Vorstand auf der Werft, ließen die Angestellten weiterarbeiten und teilten sich die Kontrolle des Eingangs mit der Privatpolizei der Bosse, dem Werkschutz. Betriebsratsvorsitzender Mahler (SPD) und „Streikführer“ Müller-Goldenstedt (DKP) warfen ihre miese Bettelpolitik in die Waagschale, um durch einen „Kompromiß“ die Besetzung auszuverkaufen und propagierten öffentlich die „Aussetzung“ des Kampfes bei Verhandlungen – was Arbeiter bei HDW zu der treffenden Bemerkung veranlaßte: „Wir hätten das Betriebsratsbüro gleich mitbeset-

zen sollen!“ Wo war die Solidarität der Gewerkschaften? „Bis zum Abbruch der Besetzung warteten Aktionskomitee und Belegschaft der HDW HH aber auf ein Solidaritätsschreiben des Hauptvorstandes, den Besuch einer wichtigen Persönlichkeit und auf irgendwelche finanziellen Zusagen der IGM...“ (*was tun*, Zeitung der Gruppe Internationaler Marxisten, „Sechs Antworten“, 27. September) Wir dagegen fragen nicht nach solidarischem Wortgeklänge der DGB/IGM-Bürokraten, sondern: Was waren ihre Taten? Wo blieben die Streikgelder? In den Taschen der Neue-Heimat-Bonzen? Für die letzteren war das Geld nicht nur reichlich vorhanden, sondern auch gesetzlich zu vertreten, während die Arbeiter



150 000 am 30. Oktober 1982 in Stuttgart – DGB und SPD fürchten zurecht die Geister, die sie riefen. Entfesselt die Macht der Gewerkschaften!

kein Geld sahen, „da es ihnen gesetzlich nicht zusteht“. Welcher Arbeiter erinnert sich nicht an die kriminelle Aktion im Auftrag der ÖTV-Bürokraten: Mit dem Hinweis, daß es sich bei HDW um einen „illegalen Kampf“ handele, ließen sie ein Schiff von der besetzten Werft entführen und riskierten dabei Tote. Solche „Arbeiterführer“ verraten jeden Kampf, noch bevor er begonnen hat; sie verteidigen nicht einmal das „Grundgesetz“ eines jeden Arbeiters: Streikpostenkettens überquert man nicht! Wer das Ausbleiben der Streikgelder und gewerkschaftlich organisierten Streikbruch mit Betriebsverfassungs- und Tarifvertragsgesetz rechtfertigt, der sollte Arbeiterstreiks gleich im Bundestag abstimmen lassen.

Das Betriebsverfassungsgesetz wurde 1920 gegen die Arbeiterräte der deutschen Revolution geschaffen, um sie durch Friedenspflicht und Schweigepflicht zu Räten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu machen. Nachdem die Nazis 1933 die Gewerkschaften und Arbeiterparteien zerschlagen hatten, bedienten sie sich 1934 einer Neuauflage gleicher Macht zum Zwecke der Klassenkollaboration. Und das heutige Gesetz besiegelte 1952 das Ende einer Welle von Arbeiterkämpfen nach dem Zweiten Weltkrieg und bedeutet die Unterwerfung der Gewerkschaften gegenüber dem bürgerlichen Staat. Das arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz muß weg! Und dessen Vollstrecker innerhalb der Gewerkschaft, die Bürokraten, müssen gefeuert werden. Die Arbeiterklasse braucht eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung und eine revolutionäre Partei!

Inzwischen gibt sich auch Holger Mahler von den Nicht-„Aktiven Metalle“ kritisch gegenüber dem Betriebsverfassungsgesetz:

„... der Betriebsrat ... ist aber gleichzeitig auch dem Interesse des Betriebes verpflichtet. Dies führt erstens dazu, daß sich die Betriebsräte z. B. an Betriebsbesetzungen nicht beteiligen dürfen, wenn sie keine fristlose Entlassung riskieren wollen... Unser Recht, gehört werden zu müssen oder Vorschläge machen zu dürfen, ist keinen Pfifferling wert, weil sich die andere Seite nicht daran halten muß.“ („Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“, Hamburg 1984) Aber Vorsicht; es waren Mahler, Müller-Goldenstedt & Co. selbst, die sich an diese Spielregeln gehalten haben. Als sich der HDW-Vorstand stur stellte, nicht einmal zu faulen Kompromissen bereit war, sorgte die Aktionsleitung für den Abbruch der Besetzung. Obwohl auf der Belegschaftsversamm-

lung bei offener Abstimmung die Mehrheit der Arbeiter für die Fortführung der Besetzung war, organisierte die Aktionsleitung anschließend eine Betriebsversammlung, gemäß Betriebsverfassungsgesetz (Betriebsfamilie mit Bossen, Managern und Streikbrechern) und erreichte bei einer geheimen (!) Abstimmung eine Mehrheit von 1168 gegen 651 Stimmen gegen die weitere Besetzung.

„Es war ein großer Fehler, daß wir immer noch auf die Politiker gesetzt haben“, sagt SPD-Mahler im Nachhinein und DKP-Geißelbrecht fügt hinzu: „Als eine Schwäche erwies sich während der Besetzung, daß der Betriebsrat ... sich insbesondere auf die Verhandlungsführung konzentrierte.“ (*unsere*

zeit, 13. Dezember) Doch sind solche „Erkenntnisse“ völlig folgenlos; gegenwärtig geht das Hauptgerangel der betrieblichen Arbeiterfunktionäre bei HDW nicht etwa um Aktionen gegen angedrohte Entlassungen der restlichen 2000, sondern um eine einheitliche Liste der IGM zu den Betriebsratswahlen. Wozu? Um ein Jahr unkündbar zu sein und dann den „Sozial“plan zu unterschreiben?

Nicht „alternativer Kapitalismus“, sondern sozialistische Planwirtschaft!

„Während die IG-Metall-Bürokratie den deutschen Stahlkapitalisten im protektionistischen EG-Kartell den Rücken stärken will, mobilisiert die ‚Linke‘ für eine nationale Stahl-AG bzw. ‚nationale Werft-AG‘. Doch ohne Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft werden diese verstaatlichten Betriebe (siehe HDW!) den Kapitalisten dienen. Im Gegensatz zur nur wenige Kilometer entfernten Rostocker Werft, die aufgrund der Planwirtschaft für Jahre mit Aufträgen für Eisbrecher, Fährschiffe u. a. ausgelastet ist, heißt die kapitalistische ‚Lösung‘ der Werftenkrise Aufrüstung: Kriegsschiffe und U-Boote für den Krieg gegen die Sowjetunion.“

So schrieben wir in unserem Flugblatt vom 19. September 1983. Die Notwendigkeit der „Kontrolle“ über die Wirtschaft, sogar der „Planung“ wird heute nicht nur von Sozialdemokraten und Gewerkschaften gefordert, sondern auch von den bürgerlichen Ideologen anerkannt. In einem Artikel der *New York Times* vom 8. Januar „Ökonomische Erfahrungen der beiden Deutschlands“ kommt der New Yorker Professor Willey zu dem Schluß:

„Im wirtschaftlichen Bereich ... scheint die staatlich gelenkte Wirtschaft als Sieger hervorzugehen... Außerdem erfreuen sich die Ostdeutschen eines stabileren Wachstums – niemals weniger als 3 Prozent – und haben keine nennenswerte Arbeitslosigkeit. Im Vergleich dazu hat Westdeutschland negative Wachstumsraten ... und im letzten Februar einen Höchststand der Arbeitslosenquote mit 10,4 Prozent.“

Zwischen der Planwirtschaft der DDR mit ihren bis 1990 ausgebuchten Werften, ihrem zwar langsam aber steigenden Lebensstandard auf der einen Seite und den Massenentlassungen, der Zerstörung hochmoderner Werftanlagen im kapitalistischen West-

deutschland auf der anderen, steht nicht eine irgendwie geartete „demokratische Umwälzung“, sondern der Sturz der Bourgeoisie als Klasse und die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Wir verteidigen die sozialen Errungenschaften in der DDR – trotz der bürokratischen Führungsqlique, die die Arbeiter politisch unterdrückt – gegen kapitalistische Restauration und kämpfen für deren Ausweitung auf Westdeutschland.

Nach dem Sieg der Roten Armee über Hitlers Wehrmacht spalteten die Alliierten, Imperialisten und Stalinisten, Europa und Deutschland – und damit das machtvolle deutsche Proletariat, was Stalin kriminellerweise geschehen ließ. Doch weder kann in Ostdeutschland ein „Sozialismus in einem halben Land“ aufgebaut werden, noch können die SED-Bürokraten eine „Koalition der Vernunft“ (Honecker) mit Krupp, Thyssen, Flick erreichen, die sich gerade wieder rüsten für einen neuen Krieg, um „ihre“ Fabriken in Ostdeutschland, Polen und der Sowjetunion zurückzuholen. Das einzige, was sie bisher davon abhält, ist das sowjetische Atombombenpotential; doch in ihrem „Drang nach Osten“ haben diese Bosse schon zweimal Deutschland und Europa zerstört. Diesmal droht allerdings die Auslöschung dieses ganzen Planeten. Der deutschen Arbeiterklasse fällt eine Schlüsselrolle zu bei der Rettung der Menschheit vor einer nuklearen Katastrophe. Vor allem jetzt, wo Westdeutschland durch die Pershing 2 und Cruise Missiles zur (Atomraketen-)Speerspitze gegen DDR/Sowjetunion wird, ist die Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse für die Verteidigung von DDR/Sowjetunion gegen den Imperialismus entscheidend.

Leo Trotzki und die Linke Opposition der KPD forderten angesichts der sechs Millionen Arbeitslosen in Deutschland am 6. Oktober 1932:

„Was Deutschland angeht, so liegt die Aufgabe heute nicht darin, zum ersten Mal einen sozialistischen Aufbau zu beginnen, sondern darin, Deutschlands Produktivkräfte, seine Kultur, sein technisches und organisatorisches Genie mit dem schon vor sich gehenden sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zu verknüpfen.“ (*Schriften über Deutschland*, „Der einzige Weg“, S. 401)

Der neue Deal über VW-Motorenbau in der DDR, ebenso wie die Erdgaslieferungen aus Sibirien nach Westeuropa, sind, selbst angesichts kapitalistischer Irrationalität und Mißwirtschaft der SED-/Kremlbürokraten, ein Vorgeschmack auf die Möglichkeiten einer gemeinsamen Planwirtschaft, die die Arbeitskraft, technische und natürliche Ressourcen von der sibirischen Tundra bis zur iberischen Halbinsel einsetzt. Die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in einem vereinigten sozialistischen Europa ist das Programm für Arbeitermacht in Deutschland und Europa durch sozialistische Revolution zur Zerschlagung des Kapitalismus im Westen und proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie in den deformierten Arbeiterstaaten des Ostens. Die HDW-Besetzer hätten, so wie die Kieler Matrosen 1918 die Novemberrevolution auslösten, den Anstoß für einen deutschen Oktober 1983 geben können.

Arbeiter/Arbeiterinnen, deutsche und ausländische: Eine Klasse, ein Kampf!

Eine gleichermaßen entscheidende Rolle, wie die kämpferischen Frauen bei der HDW-Besetzung, haben die ausländischen Arbeiter (schon bei den wilden Streiks 1973 die militantesten Kämpfer) gespielt. Aber gerade den unterdrücktesten Schichten, den Frauen und eingewanderten Arbeitern, versetzt die reaktionäre Offensive der kapitalistischen Kohl-Regierung die härtesten Schläge. Entsprechend der rassistischen „Sozial“politik, „die Deutschen sterben aus“ und „wir werden überfremdet“, heißt das Programm von Zimmermann/Geißler: „Kinder, Küche, Kirche“ und „Türken raus!“ Damit einher geht der braune Terror faschistischer Banden, die wie am 26. Oktober in Westberlin ihre „ausländerfreie Nation“ mit Pogromen gegen ausländische Arbeiter und deren Familien durchsetzen wollen. Und die Kirchenväter, in der Tradition der Vatikan-Nazi-Connection, erweisen der Mutterkreuzkampagne ihren Dienst und setzen „Schwangerschafts-

Fortgesetzt auf Seite 12

HDW...

abbrüche mit dem Judenmord in den KZs gleich" (stern, 9. Februar). Gegen den Graue Wölfe/Nazi-Terror, gegen Klassenparagrafen wie §218 helfen keine Appelle an den bürgerlichen Staat! Gewerkschaftsaktionen sind notwendig! Deutsche und ausländische Arbeiter müssen dem Nazi-Pack das Handwerk legen und Angriffe auf die Rechte der Frauen und Ausländer zurückschlagen! *Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und ihre Familien!*

Bei den ungelerten Arbeitern stellen Frauen und eingewanderte Arbeiter den höchsten Prozentsatz. Häufig müssen sie die dreckigsten, schwersten und gesundheitsschädlichsten Arbeiten verrichten – bei geringerem Lohn. Sie werden zuletzt eingestellt und zuerst gefeuert!

Was sie zu ihrer Verteidigung von den „Arbeiterorganisationen“, Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu erwarten haben, das haben besonders die ausländischen Arbeiter erlebt. „Wir werden uns überwiegend von ausländischen Mitarbeitern trennen müssen“, hieß es in dem Plan der Werftbosse, der die insgesamt 9000 Entlassungen zur Abstimmung stellte und von den sozialdemokratischen Minister „genossen“ einstimmig befürwortet wurde. So waren es nach Abbruch der HDW-Besetzung vor allem ausländische Arbeiter, die entlassen wurden – um anschließend zurück in Armut und Terror ihrer Heimatländer abgeschoben zu werden. Die Gewerkschaftsbürokraten, als Vertreter der oberen, „weißen“ Schicht der Arbeiterklasse, erwiesen sich als willige Erfüllungsgehilfen. „Wir haben nicht richtig eingeschätzt können, wie die ausländischen Arbeiter stimmen...“, umschreibt HDW-Betriebsrat Mahler zynisch die Tatsache, daß

die eingewanderten Arbeiter gegenüber wirklicher Teilnahme an der Besetzung kaltgestellt wurden. Die Verantwortung hierfür liegt sowohl bei den Bürokraten als auch bei der Streikleitung, die alles unterlassen haben, um bei sämtlichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Versammlungen, Publikationen und Streikinfos für die Übersetzung in die Muttersprache eines jeden Arbeiters zu sorgen. Das allerdings ist minimale Voraussetzung für die Verwirklichung der gleichen Rechte ausländischer Arbeiter sowohl in den Arbeiterorganisationen, als auch im bürgerlichen Staat.

Die Frauen stellen fast 40 Prozent der lohnabhängigen Bevölkerung, ausländische Arbeiter bilden etwa ein Sechstel des Industrie-proletariats; beide können eine zentrale Rolle für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei und die Revolution spielen – nicht nur in Westdeutschland, sondern in ganz Europa.

Brecht mit dem sozialdemokratischen Reformismus! Für eine siegreiche kommunistische Partei!

Wenn „linke“ Bürokraten wie DKP-Geißelbrecht kommentieren: „Aber ein umfassender durch den IG-Metall-Vorstand organisierter Abwehrkampf aller Werft- und auch der Stahlarbeiter war diesmal noch nicht realisierbar“, wenn die Stalinisten versuchen, ihre eigenen Ausverkaufsartisten reinzuwaschen: „Sicher – im Falle HDW hat die Kraft noch nicht ausgereicht, die Forderungen der Belegschaft durchzusetzen“ (UZ-Kommentar, 22. September 1983), dann können sie nicht die Kraft der Arbeiter und ihrer Frauen gemeint haben. Das ganze Gerede „die Zeit, bzw. die Arbeiter seien noch nicht reif“ ist Produkt von Ignoranz oder eines bewußten Betrugs. „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, die Forderungen der

Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und deren Staat durchzusetzen, wird nicht an den Verhandlungstischen in den Chefetagen, sondern allein im Kampf gelöst werden. Genau das, nämlich kämpfen, wollen weder Sozialdemokraten noch Breit, Mahler & Co. Sie wollen den „sozialen Frieden“, das heißt vom Kampf ablenken. Exakt zu diesem Zweck führt die IGM-Bürokratie heute eine Propagandakampagne für die 35-Stunden-Woche, die niemand ernst nehmen wird, der den Verrat der Loderer und Janßen am Stahlstreik 1978/79 für die 35-Stunden-Woche erlebt hat. Viele Arbeiter/Gewerkschafter hoffen dennoch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und die Möglichkeit, dadurch der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Doch auch die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ergäbe, im günstigsten Fall laut Statistik etwa 300 000 Neueinstellungen; 1984 wird es aber fast drei Millionen, zehnmal so viel, Arbeitslose geben. Diese katastrophale Situation erfordert ein Programm, mit dem Arbeitslosigkeit tatsächlich beseitigt werden kann: die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Die Arbeit muß unter allen Arbeitskräften aufgeteilt werden, bei gleichem Lohn und automatischem Ausgleich der Preissteigerungen. 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Wenn uns die Kapitalisten und ihre loyalen Arbeiterkommis SPD und DGB vorhalten, daß diese Forderungen unerfüllbar seien, halten wir dagegen:

„Es geht um Leben und Tod der einzigen schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, die sich unvermeidlich aus dem durch ihn geschaffenen Elend ergeben, dann soll er zugrundegehen.“ (Leo Trotzki, *Übergangsprogramm*)

Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernst-

hafte Recht, das Arbeiter in der auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft besitzen. Aber selbst dieses Recht wird ihnen genommen. Für eine Gesellschaft, die auf der Grundlage „Arbeit und eine würdige Existenz für alle“ basiert, muß die Arbeiterklasse die bürgerliche Regierung stürzen, die Kapitalisten enteignen und ihre Macht, gestützt auf revolutionäre Sowjets, errichten.

Der entscheidende Bremsklotz auf diesem Weg ist immer noch die SPD. Ihrem Charakter, dem einer bürgerlichen Arbeiterpartei, entsprechend, stützt sie sich auf ihre traditionelle Basis, die Arbeiterklasse, um diese gleichzeitig für „Reformpolitik“, d. h. ein bürgerliches Programm zu mobilisieren. Dem kapitalistischen Eigentum verpflichtet, versucht die SPD, das Proletariat mit dem bürgerlichen Staat zu versöhnen, was nichts anderes bedeutet, als die Arbeiter dem Staat zu unterwerfen, sie an den Klassenfeind zu fesseln. Eine revolutionäre Massenpartei kann in Westdeutschland nur aufgebaut werden, wenn es gelingt, die Sozialdemokratie entlang ihrer Klassenlinie zu spalten und so die reformistische Hegemonie über die Arbeiter zu brechen. Die TLD ist heute eine kleine Organisation, deren revolutionäre Strategie entscheidend ist, um den Klassenkampf in diesem Land und international – zu gewinnen. Unsere Organisation, deutsche Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, ist das Mittel, um proletarische Militante, Linke, Aktivisten in jedem Kampf gegen die Unterdrückung zu einem Kampf für den Sozialismus zu vereinigen. Jeder, der gegen Kapitalismus, Rassismus und Krieg kämpfen will, für eine siegreiche kommunistische Partei, für Arbeitermacht in ganz Deutschland, Europa und weltweit und für die Verteidigung der Millionen, die jetzt schon gegen den Imperialismus kämpfen, der hat seinen Platz bei uns. ■

Interview...

Fortsetzung von Seite 10

Bei dieser Werft- und Stahlkrise ist es im Grunde genommen so, daß nicht mehr genug Profit abfällt, und das ist eigentlich die Frage, die geklärt werden muß. Und die Arbeitszeitverkürzung ist eine Frage, daß alle Arbeit, die notwendig ist, getan wird, und daß dann jeder auch seinen Anteil dazu tut. Das bedeutet, daß jeder einen Arbeitsplatz kriegt, und daß man solange arbeitet, bis die Arbeit geschafft wird. Und wenn man eben nur 20 Stunden zu arbeiten braucht, dann gibt es eine 20-Stunden-Woche bei vollem Lohn. Und wenn man 30 Stunden arbeiten muß, dann muß man 30 Stunden arbeiten. Und diese Diskussion wird von der SPD überhaupt nicht geführt. Es wird auch nicht diskutiert, daß viele Firmen, wenn sie die 35-Stunden-Woche einführen, gar nicht die notwendigen Arbeiter einstellen würden, sondern daß sie die Mehrarbeit dem vorhandenen Personal aufladen würden, daß dadurch die Arbeitsplätze noch schlechter würden – die arbeiten 35 Stunden und machen die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit. Daß der Arbeiter die Last trotzdem trägt, und daß eben ganz wenige Arbeitsplätze dadurch gesichert werden – aber wie lange? Die HDW-Arbeiter würden garantiert nicht alle durch die 35-Stunden-Woche eingestellt werden können. **Spartakist:** Einer der Punkte in dem TLD-Flugblatt zur HDW-Besetzung war der Vergleich zwischen den Rostocker Werften in Ostdeutschland, wo die Auftragsbücher voll sind – eine Demonstration der Macht einer geplanten Wirtschaft –, und HDW, wo sogar von der Sowjetunion in Auftrag gegebene Arbeit abgelehnt wurde, zur gleichen Zeit, als die Entlassung von Tausenden von Arbeitern anstand. Hatte dieser Gegensatz irgendwelchen Einfluß auf die Arbeiter während der Besetzung?

Birgit: Diese Diskussion war auf jeden Fall auf der Werft, dieser Vergleich zwischen der Rostocker Werft oder überhaupt DDR-Werften und Werften der Sowjetunion, und hier in Westdeutschland – schon dadurch, daß diese Schiffbau-Aufträge abgelehnt worden sind. Die Arbeiter haben gemeint, ja, Schiffe zu bauen – wenn es danach geht, was wir für Schiffe brauchen, da könnten wir auch ausgebucht sein. Das ist die Sache, ob wir sie bauen wollen, oder ob unsere Bosse sie bauen wollen – und die wollen sie eben nicht. Und diese Sache ist eben Schuld daran, daß wir im

Hafen keine Arbeit mehr kriegen.

Spartakist: Du hast nach der Besetzung ein Flugblatt herausgebracht, in dem du dazu aufrufst, die Lehren der Besetzung zu studieren. Was denkst du, sind diese Lehren?

Birgit: Die Lehren der Besetzung sind, daß die Arbeiter überhaupt nicht vertreten wurden während der Besetzung, sonst hätten sie aus einer so großen Besetzung mit so vielen Leuten auch etwas mit nach Hause genommen. Verantwortlich dafür sind die Leute von der Aktionsleitung, diese Streikleitung, der alle politischen Parteien angehörten. Es wäre auf jeden Fall möglich gewesen, den Streik auf die gesamten Werften, auf den Bergbau und auf die Stahlindustrie auszudehnen, wie es im Flugblatt der TLD steht. Das wäre das mindeste gewesen, was hätte passieren können. Mit einer Ausdehnung auf so weite Bereiche wäre ein Großteil der ganzen westdeutschen Wirtschaft lahmgelegt worden. Da wäre die HDW-Besetzung nur noch ein Pünktchen gewesen in einem großen Programm.

Man kann natürlich eine solche Ausweitung nicht durchführen, wenn man im Grunde gar nicht gewinnen will, sondern nur ein paar Zugeständnisse von den Kapitalisten haben will. Wenn man solche Sachen anzetteln will, läuft es darauf hinaus, daß die Arbeiter die Macht in diesem Staat nehmen. Und das muß man auch wollen. Es wurde mangelnde Solidarität von anderen Betrieben angeprangert. Ja, wenn man mir nicht anbietet, wofür ich kämpfen soll, wofür soll ich denn losgehen und kämpfen?

Ich habe während der Besetzung gesehen, was möglich gewesen wäre, und ich habe gesehen, was die ganzen Parteien und politischen Gruppierungen gemacht haben. Ich habe gesehen, was die SPD gemacht hat. Sie hat den Arbeitern gesagt, wir sind die Partei, wir tun alles für euch; wir retten die Arbeitsplätze, aber wir machen es mit den Kapitalisten zusammen. Und zusammen mit den Kapitalisten bedeutet gegen die Arbeiter. Das ist keine Partei, die die Führung einer Besetzung oder von Streiks oder von den Interessen der Arbeiter sein kann.

Die DKP hat nichts anderes gemacht als die SPD, vielleicht mit einem etwas linkeren Touch in ihren Reden. Aber in dem, was sie getan hat, hat sie sich überhaupt nicht unterschieden. Die GIM war auf der Werft, und sie ist kaum zu Wort gekommen. Aber wenn sie zu Wort kam, hat sie sich auch nicht von der Aktionsleitung unterschieden. Genauso ist es mit der KPD, und die Leute von der Arbei-

terpolitik haben auch kein anderes Programm vertreten.

Und das erste, was die Arbeiter haben müssen, ist eine anständige Partei, die ihre Interessen vertritt. Wenn man das Flugblatt von der TLD gelesen hat, hat man gesehen, daß sie die Arbeiter vertreten haben. Die anderen politischen Gruppen und Parteien haben die TLD möglichst von der Werft fernhalten wollen. Und Diskussionen, die sie mit einzelnen Arbeitern hatten, wurden auch nicht gern gesehen.

Die ganzen politischen Gruppen außer der TLD haben gesagt, die Arbeiter – die sind nicht so weit, das können sie alles noch nicht, und sie verstehen das alles noch nicht. Aber ich bin selber ein Arbeiter. Wenn mich einer fragt, willst du bestimmen, was in deiner Firma produziert wird, da sage ich, natürlich will ich das. Und wenn er mich noch fragt, willst du auch bestimmen, wieviel du verdienst, dann sage ich, natürlich will ich das bestimmen. Und willst du auch deine Arbeitszeit bestimmen und deine Arbeitsbedingungen – dann sage ich, natürlich will ich das bestimmen. Dazu brauche ich nicht groß irgendwie „weit“ zu sein, das versteht doch jeder Arbeiter. Und das ist es auch, was die TLD gesagt hat. Es ist eben notwendig, eine Partei zu haben, an die man sich wirklich mit seinen Interessen wenden kann und die nicht gleich hintenrum die Arbeiter wieder verrät und deren Interessen verkauft. ■

Talbot...

Fortsetzung von Seite 7

Während die Pseudotrotzkisten vor den chauvinistischen Gewerkschaftsbürokraten auf dem Bauch liegen, hat die Ligue Trotskyste aufgrund ihrer entschiedenen Gegnerschaft zu allen Formen des Chauvinismus das Recht, sich dem Defätismus unter nordafrikanischen und schwarzafrikanischen Arbeitern in Frankreich entgegenzustellen. Bei den Wahlen 1981 hatte die LTF die Möglichkeit erwogen, Marchais' PCF kritische Unterstützung zu geben, bis dann der Bulldozer-Angriff der PCF auf das Einwandererquartier im Pariser Vorort Vitry kam. Wir machten klar, daß der verabscheuungswürdige Rassismus der Kommunistischen Partei (der sich auch bei der protektionistischen Kampagne „Produziert französisch“ zeigte)

die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie bedeutet.

Reformismus ist notwendigerweise nationalistisch; revolutionärer Sozialismus ist internationalistisch. Mit ihrem Hinterherkriechen hinter Mitterrand hat sich die „extreme Linke“ dem antisowjetischen Kriegskurs angeschlossen, dessen Architekten nicht nur im Weißen Haus, sondern auch im Elysée-Palast sitzen. In seinem offenen Brief an die Arbeiter von Renault-Cléon griff der LTF-Genosse Mitterrands Antisowjetismus scharf an und wies auf folgendes hin: „Übrigens, Genossen der PCF, wenn die 'Genossen Minister' im Augenblick in einer wirklichen Arbeiterregierung sitzen würden, dann würden die NATO-Generäle die französischen Raketen auf der sowjetischen Seite mitzählen statt umgekehrt.“ Angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Aufrüstung für einen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion, angesichts Reagans unzähliger Provokationen von Mittelamerika bis Libanon ist die Frage „Was kommt nach Mitterrand?“ von weltweiter Bedeutung. Die französische Arbeiterklasse hat die Macht und die Pflicht zu antworten: Für eine Arbeiter-Commune!

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 346, 20. Januar

SPARTACIST

GEBUNDENE AUSGABE

English Edition: No. 1–20
February 1964–July 1971

Deutsche Ausgabe: Nr. 1–10
Frühjahr 1974–Winter 1981/82

Der erste Band von **Spartacist**, englischsprachige Ausgabe, enthält die gesammelte öffentliche Propaganda unserer Tendenz, einschließlich nachgedruckter Flugblätter, seit ihrem Ausschluß aus der amerikanischen SWP 1964 bis zum Erscheinen von **Workers Vanguard** 1971. Der erste Band von **Spartacist**, deutsche Ausgabe, enthält wesentliche Gründungsdokumente der Trotzkistischen Liga Deutschlands sowie Übersetzungen von Artikeln aus **Workers Vanguard** und **Spartacist**, englischsprachige Ausgabe.

DM 60,–

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1

Mandel...

Fortsetzung von Seite 16

Die Mandelianer wenden sich gegen die Gurus des Bekenntnis-Pazifismus und kämpfen für eine Strategie, Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben. Angesichts antikommunistischer Attacken von E.P. Thompson, dem Guru der britischen pazifistischen Bewegung CND, der die „Linken“ aus der CND ausschließen will und Mandel als „Neanderthal-Trotzkisten“ angreift, sieht er sich gezwungen zu erklären, daß der Imperialismus für Kriege verantwortlich ist. Aber das nur zu dem Zweck, Thompsons Parole „Für ein atomwaffenfreies Europa von Portugal bis Polen“ aufzunehmen: ein „demokratisch“ imperialistischer Block von Lissabon bis Warschau. Die Mandelianer bieten den Sozialdemokraten ein Programm für die Konterrevolution in Osteuropa an, eine Ausweitung ihrer enthusiastischen Unterstützung für die Klerikal-Nationalisten von Solidarność, indem sie sich auf pazifistische Bewegungen wie Schwerter zu Pflugscharen in Ostdeutschland werfen (die wiederum von der Kirche dominiert sind).

Antisowjetischer „demokratischer Sozialismus“

Heute gibt es Mobilisierungen von Millionen Europäern, besonders Deutschen, die zu Recht aufgeschreckt sind von der NATO-Strategie, Europa (und besonders Deutschland) zum „Schauplatz“ eines „begrenzten Atomkrieges“ zu machen. Die deutschen Sozialdemokraten nutzen diese Stimmung aus, um zu mobilisieren – aber nicht gegen einen antisowjetischen Krieg, sondern auf nationalistischer Basis gegen Reagans Krieg, der vorsieht, Europa zu „opfern“. Sie träumen davon, „sich aus der atomaren Rivalität der Supermächte zu befreien“, so der SPD-„Linke“ Lafontaine (Spiegel, 29. August 1983), dem auch die GIM huldigt. „Der Prozeß der europäischen Einigung muß vorangetrieben werden“, schlägt Lafontaine vor und träumt von einer „Supermacht Europa“, die sich unter deutscher (am besten sozialdemokratischer) Führung „zwischen die Blöcke“ schiebt. Die Vorstellung, daß dann die „Supermächte“ ihre Atombomben über die Köpfe der Europäer hinweg austauschen, ist so absurd wie ein „begrenzter Krieg“ in Europa.

Kohl und Geißler klagen die „Friedens“-bewegung an, sie sei die „5. Kolonne Moskaus“. Aber schaut doch nur, sagen die Mandelianer: „Wir sind gegen die Stationierung weiterer sowjetischer Atomwaffen und gegen alle Formen der Militarisierung in der Sowjetunion und in Osteuropa.“ Aber nicht nur das: „Dazu unterstützen wir die vom Staat unabhängigen Friedensbewegungen im Osten.“ („was wir wollen“, was tun, 20. Oktober 1983) Das ist es, was Mandel, Wolf und Co. meinen, wenn sie vom „natürlichen Recht der Sowjetunion sich zu verteidigen“ reden. Als Professor Mandel auf einer Veranstaltung an der Frankfurter Universität am 16. Dezember von der TLD über seinen „Flug ins Dritte Lager“ konfrontiert wurde, hämmerte er mit den Fäusten rhythmisch auf den Tisch: „Wir sind für einseitige Entwaffnung der europäischen Bourgeoisien“. Sogar Winnie Wolf mußte betreten beiseite schauen, hatte er doch wenige Monate vorher eine Veranstaltungsreihe „Keine neuen

SS 20“ durchgeführt für die einseitige Abrüstung der Sowjetunion, bei der er Andropow aufforderte, er solle die „SS 20 zerstören unter der Kontrolle von Experten der Friedensbewegung wie General Bastian ...“ (Hamburg, 22. Juni 1983) Und sein Kollege H. J. Schulz überrundet mit seinem Artikel „Neue Atomraketen in der DDR – Nachschlag oder Vorerstschlag?“ in der was tun vom 26. Januar manche der rabiatesten Kriegstreiber des State Department: „Die sowjetische Militärtheorie geht schlicht davon aus, daß ein Atomkrieg führbar ist und daß das überlegene sozialistische Gesellschaftssystem ihn siegreich beenden werde.“ Auf etwaige Einwände, beispielsweise von Sozialdemokraten, führt er fort: „Doch wie auch immer – wir sind in jedem Fall die eingepflanzten Opfer ... Zum Internationalismus gehört auch das Existenzrecht der Arbeiter und aller Menschen in den kapitalistischen Ländern – bedingungslos.“

Ein Genosse der TLD stellte auf der Hamburger GIM-Veranstaltung am 6. Februar die Frage: „Genossen der GIM, wollt ihr wirklich das nächste Mal SS 20-Pappen spazieren fahren mit der Konservativen Aktion? Die Frage ist nicht Waffen an sich, sondern die Frage ist, wofür die Waffen eingesetzt werden. Hat die Sowjetunion Hiroshima bombardiert, oder waren es die USA?“ L. D. Trotzki war nicht nur – gemeinsam mit Lenin – herausragender Führer der bolschewistischen Partei, er war auch der Gründer und Führer der Roten Armee. Ohne den planmäßigen Ausbau der Verteidigung der russischen Revolution, ohne den heroischen Kampf der sowjetischen Arbeiter gegen Nazi-Deutschland wäre es den Imperialisten längst gelungen, das „Kapitel des Kommunismus“ für immer zu schließen.

Winnie Wolf und seine Mannen singen nicht nur das Lied des Antisowjetismus (Weg mit SS 20), sie haben auch den Anspruch, beim „neuen“ deutschen Nationalismus Vorsänger zu sein. Winnie Wolf leitet sein Plädoyer „BRD-DDR – Nationale Frage nicht den Rechten überlassen“ mit den Worten ein: „Die Friedensbewegung in DDR und BRD und die kapitalistische Krise haben das Thema mit einer progressiven Stoßrichtung auf die Tagesordnung gesetzt.“ (was tun, 17. November 1983) Genau wie die SPD (unter anderem) auf die nationalistische „Friedensbewegung setzt, um ihren konterrevolutionären Einfluß in Ostdeutschland zu verstärken und den „Tag X“ vorzubereiten, hoffen die Mandelianer auf ein Übergreifen des Revanchismus in „demokratischem“ Gewand und propagieren die Entwaffnung des Arbeiterstaates in Ostdeutschland. Wolf schreibt: „Eine Weiterentwicklung der Friedensgruppen dort zu einer Friedensbewegung – bei deren Herausbildung die Kirchen weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden – heißt die Erkämpfung demokratischer Rechte und Freiräume, die grundsätzlich die Herrschaft der Bürokratie gefährden.“ Wer Pate stand für diese vaterländischen Ambitionen, ist klar: Wojtyla, Walesa. Der Kniefall vor der Kirche zeugt davon. Nur – die DDR mit ihrem millionenstarken Proletariat ist nicht Polen und die ostdeutschen Arbeiter sind für die Schwarze Madonna von Tschenschow kaum zu begeistern.

Die GIM liefert das perfekte Programm des „linken“ revanchistischen Nationalismus, der „unser besetztes Deutschland“ beklagt und ein „neutrales wiedervereinigtes Deutschland“ unter sozialdemokratischer Führung fordert; und das bedeutet auf kapi-

talistischer Grundlage! Mit einer Kampagne „für den Abzug aller fremden Truppen aus beiden Teilen Deutschlands“ unterstützt das Vereinigte Sekretariat (VS) französische Soldaten, die unter dieser Losung Unterschriften sammeln – Sozialpazifismus im Dienste des deutschen Nationalismus! (Trotzkisten verteidigen diese Soldaten natürlich gegen jede Repression der Militärs.) Sogar bei einem gleichzeitigen Rückzug der „fremden Truppen“ von NATO und Warschauer Pakt aus beiden Teilen Deutschlands könnte der ostdeutsche deformierte Arbeiterstaat sich nicht gegen Westdeutschland verteidigen, eine der größten westlichen Industriemächte der Welt mit der stärksten imperialistischen Armee Europas. Die Tür wäre offen für die kapitalistische Wiedereroberung des gesamten sowjetischen Blocks.

Antiamerikanismus aus dem Mund von Sozialdemokraten und Stalinisten ist nur ein Mittel, ihren eigenen Imperialismus weißzuwaschen. Die sozialdemokratischen Lakaien des deutschen Imperialismus (der heute nicht die Mittel hat, die UdSSR militärisch zu besiegen) ziehen es vor – im Gegensatz zu Reagan – den sowjetischen Block ökonomisch zu unterminieren und ihn durch Unterstützung der Nationalisten in den deformierten Arbeiterstaaten von innen zu zersetzen. Darum unterstützen sie mit großem Trara die ostdeutschen „Pazifisten“, genauso wie sie den Nationalisten von Solidarność geholfen und sie finanziert haben.

Die Unterstützung der Mandelianer für Solidarność markierte ihren definitiven Übergang ins Lager der Sozialdemokratie. Wer erinnert sich nicht mit Abscheu an die Berliner Solidarność-Demonstration, als die GIM unter der Losung „die Solidarität nicht den Rechten überlassen“ vor polnischen Reaktionen marschierte, die „Rote Schweine raus aus Polen“ auf ihren Bannern trugen? Mandel & Co. haben ihre Unterstützung des polnischen Nationalismus gegen die stalinistische Bürokratie in eine Konzeption der sogenannten „politischen Revolution“ unter dem Banner des Nationalismus generalisiert – dem Vehikel für kapitalistische Restauration im Osten. Ihre australischen Genossen von der Socialist Workers Party (SWP) gingen dabei so weit, die HDP, eine kroatische nationalistische Bewegung, die der Ustascha nahesteht, in ihrem Kampf gegen die jugoslawische Bürokratie zu unterstützen. Die HDP verehrt das „Unabhängige Kroatien“, ein Nazi-Satellit von 1941 bis 1945 unter Führung von Ante Pavelic, der durch besonders grausamen Völkermord in Jugoslawien bekannt wurde.

Proletarische Internationalisten dürfen ganz offensichtlich die nationalen Gefühle der deutschen Massen und die berechtigte Furcht vor einem Holocaust nicht ignorieren. Aber es geht darum, sie auf einem kommunistischen Programm gegen Nationalismus und Antisowjetismus zu mobilisieren. Dafür kämpfen wir mit der Losung für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution in Westeuropa, um den Kapitalismus zu stürzen, und proletarische politische Revolution in Osteuropa, um die konservative Bürokratie, die die politische Macht an sich gerissen hat, hinauszuerwerfen und die sozialen Errungenschaften des Proletariats zu erhalten und auszuweiten. Die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht nur eine Perspektive für die deutschen Arbeiter. Denn solange der deutsche Militarismus Europa bedroht, wird er nicht nur im Osten vor den eigenen Grenzen nicht halt machen, sondern jede revolutionäre Erhebung in Frankreich, Italien, Spanien etc. niederwalzen.

Hingegen wird die Rote Armee eines revolutionär wiedervereinigten deutschen Arbeiterstaates Verteidiger und Unterstützer der europäischen Arbeiterklasse im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sein.

Es ist kein Zufall, daß Mandel und seine europäischen Freunde die gleichen Argumente der Kapitulation benutzen wie die Renegaten Burnham und Shachtman, gegen die Trotzki zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gekämpft hat. Wie die Anhänger Shachtmans zu jener Zeit schwören sie bei allem, was ihnen heilig ist, daß sie immer noch für die Verteidigung der Sowjetunion sind, zu der sie aber erst aufrufen werden, wenn die Sowjetunion Ziel einer konkreten Aggression der Imperialisten ist; und die

gegenwärtige Stationierung des ganzen imperialistischen Todesarsenals „bedeutet nicht, daß sich Ronald Reagan entschieden hat, einen kommenden Atomkrieg detailliert vorzubereiten ...“ (Inprecor Nr. 152, 6. Juni 1983). Mandel verstieg sich in Frankfurt sogar zu der Voraussage: „In fünf Jahren werden wir hier noch sitzen und über die Pershing-Raketen sprechen.“ Seine Begründung, seine Analyse?

„Er (der US-Imperialismus) ist eher in der Situation von 1929 oder 1931, nicht von 1939 ... Wie der amerikanische Imperialismus glauben kann, daß bei dem heutigen Kräfteverhältnis, militärischen Kräfteverhältnis, zwischen Rußland, der Sowjetunion oder all den anderen bürokratisierten Arbeiterstaaten einerseits und dem Imperialismus andererseits, daß er einer solchen Atomzerstörung entgehen könnte – das mußt du mir erklären ... erst muß eine grundsätzliche Änderung der Kräfteverhältnisse stattfinden, damit wir zu diesem Punkt kommen.“

Allerdings kann es „ein wenig“ zu spät sein, das Proletariat für die Verteidigung der Sowjetunion zu mobilisieren, wenn man wartet, bis die Pershings, die acht Minuten von der Sowjetunion entfernt sind, Moskau und Leningrad in einen Haufen radioaktiven Schutt verwandelt haben! Die USA, die über Zentralamerika, Vietnam/Kampuchea bis zum Indischen Ozean und jetzt auch in Europa ihr mörderisches Kriegsarsenal gegen die Sowjetunion in Aufstellung bringen, werden weder durch Unterstützung des unheilvollen deutschen Nationalismus noch durch eine „pazifistische“ (lies: sozialdemokratisch revanchistische) „atomwaffenfreie Zone von Portugal bis Polen“ gestoppt werden. Allein die unabhängige Mobilisierung des Proletariats für seine Klasseninteressen – und das schließt ein und heißt gerade heute: bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der anderen deformierten Arbeiterstaaten – wird den NATO-Holocaust verhindern.

Mandel benutzt auch ein „orthodox“ klingendes Argument von Shachtman: wir können die Militärpolitik der UdSSR nicht unterstützen, weil die Bürokratie eine konservative Politik verfolgt, den Status quo mit dem Imperialismus aufrechtzuerhalten. Trotzki antwortete darauf:

„In ihrer heutigen Außen- und Innenpolitik verteidigt die Bürokratie an erster Stelle ihre eigenen parasitären Interessen. Bis zu diesem Grad führen wir einen unversöhnlichen Kampf gegen sie. Aber letzten Endes werden durch die Interessen der Bürokratie die Interessen des Arbeiterstaates in einer sehr entstellten Form widerspiegelt. Diese Interessen verteidigen wir – mit unseren eigenen Methoden. Daher führen wir überhaupt keinen Kampf dagegen, daß die Bürokratie (auf ihre eigene Weise!) das Staatseigentum und das Außenhandelsmonopol schützt ...“ (Verteidigung des Marxismus, S. 196).

Und Trotzki fügt hinzu:

„... in einem Krieg zwischen der UdSSR und der kapitalistischen Welt – unabhängig von den Umständen, die zu diesem Krieg führen, oder den Zielen dieser oder jener Regierung – (geht es) um das Schicksal genau der historischen Errungenschaften, die wir bedingungslos, d.h. trotz der

Fortgesetzt auf Seite 15




BESTELLT!

- „SWP Defends Ustasha“, Australasian Spartacist Nr. 103, Aug./Sept. 1983 DM 1,–
- „Ernest Mandel: The Pope's 'Trotskyist'“, Workers Vanguard Nr. 331 DM 1,–

ABONNIERT!
Workers Vanguard

DM 45,– für 24 Ausgaben (Luftpost)
DM 8,– für 10 Probeexemplare

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1 Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601 (Verlag Avantgarde)



ABONNIERT!

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Abonnement für 8 Ausgaben DM 8,50
Überseeabonnement (Luftpost) DM 10,–
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(Verlag Avantgarde GmbH)

DKP...

Fortsetzung von Seite 3

„Verhindert die NATO-Erstschlagswaffen durch Arbeiterstreiks!“, traf auf große Resonanz bei Arbeitern und Gewerkschaftern von HDW bis Arbed und fand nicht zuletzt bei der DKP guten Umsatz – kein Wunder: Der UZ-Schlagler war Breits nationalistisches Linsengericht „5 Mahnminuten für Abrüstung in Ost und West“.

1933: Der „4. August“ der KPD – oder warum die DKP eine Sekte ist

Wie kommt es nun, daß eine Partei, die sich in der Tradition von Liebknechts und Luxemburgs Spaltung der Sozialdemokratie und der siegreichen Oktoberrevolution sieht, heute nicht die Arbeitermassen „für ein Sowjetdeutschland“ um sich schart, sondern eine Sekte ist?

Trotzki entwickelte die Analyse, daß die „weitverbreitete Bürokratie“, gegen die Lenin gekämpft hatte, sich 1924 unter den schrecklichen Bedingungen, die durch die allgemeine Knappheit und den Bürgerkrieg entstanden waren, zu einer besonderen Kaste mit besonderen materiellen Interessen konsolidieren konnte. Dem widersprüchlichen Charakter dieser Bürokratie entspricht einerseits, daß ihre Existenz auf den kollektivierten proletarischen Eigentumsformen basiert, andererseits, daß sie nur durch die politische Konterrevolution, mit der sie das Monopol über die politische Macht an sich riß, gefestigt werden konnte. So blieb der Klassencharakter des Sowjetstaates unverändert, aber das Regime der Sowjetdemokratie und des proletarischen Internationalismus war durch das Regime einer konservativen, nationalistischen Clique ersetzt worden. Das Ausbleiben der internationalen Ausdehnung der Revolution wurde theoretisch – durch den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ – zu einer Perspektive rationalisiert, die die Notwendigkeit der internationalen Revolution leugnete. Stattdessen war die bürokratische Kaste darauf aus, ihr privilegiertes Schmarotzerdasein gegen jede proletarische Herausforderung zu verteidigen, und suchte im Namen der „friedlichen Koexistenz“, den Status quo zu bewahren. Noch bis Anfang 1924 trug Stalin vor, was für Marxisten ein grundlegendes Axiom war:

„... kann der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande erreicht werden ohne die gemeinsamen Anstrengungen des Proletariats mehrerer fortgeschrittener Länder? Nein, das ist unmöglich.“ („Über die Grundlagen des Leninismus“, erste Ausgabe, *Lenin und Leninismus*)

Wenige Monate später gehörte dieses Bekenntnis zu den Grundsätzen des Programms der Komintern für Stalin zu den Sünden seiner bolschewistischen Vergangenheit.

Nur im Zusammenhang mit der bürokratischen Degeneration der Sowjetunion, der Verfolgung und Ermordung ihrer bolschewistischen Führer und der Degradierung der Komintern zu einem Instrument stalinistischer Außenpolitik kann man auch die Degeneration der revolutionären KPD verstehen. Den „Weisungen“ des „Großen Organisators von Niederlagen“, Stalin, folgten Thälmann & Co. mit ihrem tragischen Verrat des deutschen Proletariats im Machtkampf zwischen Kommunismus und Faschismus 1933. Die Führer der KPD, deren Millionen Arbeiter bereit waren, gegen das Nazipack zu kämpfen, weigerten sich, den sozialdemokratischen Arbeiterverrättern die Einheitsfront der Arbeiterklasse aufzuzwingen und die sozialdemokratischen Arbeiter an der Seite der Kommunisten in den gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten zu führen. Kriminellerweise erklärten sie die Sozialdemokraten zum Hauptfeind – „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft...“ und schließlich „Schlagt die kleinen Zörgiebels aus den Schulen und Spielplätzen“ (Stimmen der Kommunistischen Provinzpresse, zitiert nach Hermann Remmele, *Die Internationale*, „Schritt halten!“, 1. bis 15. März 1930) – und lieferten damit das machtvolle deutsche Proletariat der kampflosen Kapitulation gegenüber dem Machtantritt des Faschismus aus. Das war der „4. August“ für die KPD, der ihre Rolle als revolutionäre Kraft beendete. Die Tragödie der deutschen Arbeiterklasse und die Rolle

der KPD wird in stalinistischer Geschichtsfälschung wie folgt dargestellt: „In allen Krisen voll bewährt“, war sie „vor allem ... unter Führung Ernst Thälmanns bereit, in Aktionsgemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei ... die Gefahr des Faschismus aufzuhalten.“ (UZ, 30. Dezember 1983) Die trotzkistische Internationale Linke Opposition, deren deutsche Sektion vor 1933 den Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und für die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Hitler-Faschismus geführt hatte, gründete in der Tradition Lenins als Antwort auf diesen historischen Verrat die Vierte Internationale.

Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition – oder des Kaisers neue Kleider

Mit der Wende zur Volksfrontpolitik nach 1933 ging die stalinisierte Komintern auf die Suche nach kapitalistischen „Freunden“. Die Verteidigung des sowjetischen Vaterlandes

vollständig auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes. Wir halten unseren Kurs auf die Weltrevolution und gerade deswegen auf die Wiederherstellung der UdSSR als revolutionären Arbeiterstaat, durch den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch politische proletarische Revolution. Der Bankrott der stalinistischen Bürokratie und die Notwendigkeit einer trotzkistischen Arbeiterpartei in der Tradition Rosa Luxemburgs hat sich in letzter Zeit nirgendwo deutlicher gezeigt als in Polen, wo bürokratische Mißwirtschaft und politische Unterdrückung 10 Millionen Arbeiter in die Arme des Vatikan und des Imperialismus trieben. Nicht zufällig waren SPD/DGB der Kanal, den die CIA benutzte, um Gelder an Solidarność zu pumpen, diese gelbe „Gewerkschaft“ im Dienste der westlichen Bankiers. Bevor durch den Putsch Jaruzelskis der Drang Solidarność's zur Macht in letzter Minute gestoppt wurde, stand Polen am Rande der Konterrevolution. Das hätte den polnischen Arbeitern nicht nur

tumsformen von oben auf Osteuropa auszuweiten, und führte 1947/48 zur Errichtung eines von Anfang an bürokratisch deformierten Arbeiterstaats in Ostdeutschland.

Die Entwicklung von zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen in Deutschland heißt allerdings nicht, daß zwei verschiedene Nationen entstanden, wie die SED-Bürokraten behaupten, die die DDR zur „sozialistischen Nation“ erklären. Mit dieser absurden Rechtfertigung der Spaltung der Arbeiterklasse erlauben sie, daß die legitimen nationalen Gefühle des deutschen Volkes für die revanchistischen Gelüste der Bourgeoisie und ihrer Agentur innerhalb der Arbeiterklasse – der SPD – ausgenutzt werden können. Die Teilung Deutschlands wird entweder von der revolutionären Arbeiterklasse beendet, oder die deutsche Bourgeoisie „vereint“ Deutschland im nuklearen Holocaust. Der Aufstand der ostdeutschen Arbeiter am 17. Juni 1953 gegen die SED-Bürokratie eröffnete die Möglichkeit, weiterzuschreiten vom Sturz der stalinistischen Bürokratie zur Ausweitung der Oktoberrevolutionen auf Westdeutschland. Die hunderttausenden Industriearbeiter in Ostberlin und in den Zentren Ostdeutschlands streikten nicht für die kapitalistische Konterrevolution, wie uns unisono SPD und Stalinisten weismachen wollen, sondern sie wollten eine wirkliche Arbeiterregierung in ganz Deutschland (siehe *Spartakist* 47, „Der 17. Juni gehört der Arbeiterklasse, nicht der Bourgeoisie!“). Wir Trotzisten stehen auf dem Programm der revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands. Sozialistische Revolution in Westdeutschland, dem stärksten Industrieland in Europa nach der Sowjetunion, und politische proletarische Revolution in der DDR, dem zehntstärksten Industrieland der Welt, werden Sowjetdeutschland zum industriellen Kraftzentrum der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa machen.

Demgegenüber wollen SED und DKP den Status quo verteidigen. Honecker erhofft von Kohl eine „Koalition der Vernunft“. Diese Utopie eines friedlichen Nebeneinanders der beiden halben Deutschlands unterschiedlicher Gesellschaftsordnung teilt die Mies-DKP mit Fertls (Anti-)Marxistischer Gruppe. Letztere war imstande, am 17. Juni 1983 mehr als 10 000 zu einer Demonstration gegen jede Wiedervereinigung Deutschlands zu mobilisieren, um sich so den Anstrich „antinationalistischer“ Opposition zur „Friedensbewegung“ zu geben.

Obwohl DKP und MSB ca. 20 Veranstaltungen an westdeutschen Universitäten und ein Buch gegen die MG aufboten, sind Schleifstein und Mies unfähig, der arbeiterfeindlichen Münchner Professorenriege das Wasser abzugraben. Trotz ihrer Sonntagsreden, „daß das Verhältnis zur Sowjetunion immer der Prüfstein für jeden Revolutionär“ sei, sind die DKP-Führer ängstlich besorgt, von Grünen und Sozialdemokraten als Verteidiger von Sowjetunion und DDR angeklagt zu werden. Sie werfen sogar Egon Bahr von der SPD vor, das „nationale Interesse“ zu verraten, und klagen – blind für die Realitäten – die MG an: „Wer ... Freundschaft zur Sowjetunion heuchelt und diese dann zur Voraussetzung der Friedensbewegung erklärt, der spaltet die Friedensbewegung.“ Doch die MG-Häuptlinge sehen mit ihrer Status-quo-Politik „... uns reicht der freie Westen!“ nur prosowjetisch aus, weil die von der DKP gefeierte „Friedensbewegung, die „linken“ Sozialdemokraten und die Grünen so antisowjetisch sind.

Wir wissen, daß viele DKP-Genossen den *Spartakist* und den deutschen *Spartacist* lesen, um sich gegen die antimarxistische MG und die antisowjetische Hetze der „Linken“ und Grünen zu bewaffnen. Doch ... es kommt darauf an, die Wirklichkeit zu verändern.

Die stalinistische DKP ist eine Sackgasse für jeden, der die Sowjetunion verteidigen und für den Sozialismus kämpfen will. Trotzki zog 1933 die Lehre aus der kampflosen Kapitulation von Stalin/Thälmanns KPD vor dem Faschismus: „Das deutsche Proletariat wird sich wieder erheben. Der Stalinismus nie.“ Der „heiße Herbst“ der „Friedensbewegung“ war nicht mehr als ein laues Lüftchen, ein wirklicher deutscher Oktober, wie der 1917 in Rußland, erfordert eine siegreiche kommunistische Partei im Geiste Karl Liebknechts: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ ■



und der Kampf gegen den Faschismus dienten als Feigenblatt für die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Ihren theoretischen Ausdruck fand die Volksfront in dem Bericht Dimitroffs beim VII. Weltkongreß, ihre praktische Bedeutung offenbart sich mit dem Hitler-Stalin-Pakt, der Anti-Hitler-Koalition bis zur erwünschten Anti-Reagan-Koalition. Die Spielregeln der „friedlichen Koexistenz“ haben weder Hitler daran gehindert, 1941 über die Sowjetunion herzufallen; noch konnten sie die imperialistischen Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg vom Kalten Krieg abhalten. Wenn die Stalinisten heute an diese Spielregeln appellieren, müssen sie die Bourgeoisie dazu erst erfinden. In der Erklärung zum 7. Parteitag der DKP wird das „friedliche Nebeneinanderbestehen entgegengesetzter Gesellschaftssysteme“, diese reaktionäre Utopie, erneut begründet: „Heute geht es darum, und ist es dank dem bestehenden internationalen Kräfteverhältnis auch möglich, den Frieden zu sichern, ehe das imperialistische System als Ganzes historisch überwunden ist.“ Während Reagan zum Erstschlag gegen „das Reich des Bösen“ rüstet, und Kohl bei seinem Moskau-Besuch unverhohlen die Wiedervereinigung Deutschlands fordert, richtet der Oberste Sowjet einen Abrüstungsappell an den Kongreß der USA, erklärt Andropow seine Bereitschaft zur Verschrottung der SS 20. „Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind verdammt, es noch einmal zu erleben.“ Oder meinen die Kremlobürokraten wirklich, durch einen „Nichtangriffspakt“ würden die NATO-Streitkräfte vor der sowjetischen Grenze haltmachen und sich in einen Pfadfinderverein verwandeln?

„... und die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen. Und bis dieses Ende eintritt, ist eine Reihe furchtbarster Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich.“ (Lenin, *Werke* Bd. 29, Seite 138f)

Die bedingungslose militärische Verteidigung von Polen, DDR und Sowjetunion gegen den NATO-Kriegskurs ist erneut Prüfstein für jeden Revolutionär. In dieser Frage, wie in allen anderen, stehen wir Trotzisten

Massenarbeitslosigkeit wie im Ruhrgebiet gebracht, sondern auch die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage auf die Tagesordnung gesetzt.

Nichts anderes strebt die SPD an, wenn sie in der „Friedensbewegung“ für ein „neutrales friedliches wiedervereinigtes Deutschland“ mobilisiert. Wie „Links“nationalist Eppler verkündete: „Die Europäisierung Europas beginnt an der Weichsel...“ Diesen neuen deutschen Nationalismus sät die DKP, indem sie sich als bester Organisator der „Friedensbewegung“ betätigt, und sie ermet damit das konterrevolutionäre Echo dieser Bewegung, „Schwerter zu Pflugscharen“. Dieses neue sozialdemokratische und evangelische „Ostbüro“ propagiert die Abrüstung des deformierten Arbeiterstaates Ostdeutschland, und das angesichts der imperialistischen Bundeswehr: „Wenn die Hollanditis in Kassel grassiert, geht auch in Leipzig der Impfstoff bald aus“ (Eppler).

Nicht „Sozialismus in einem halben Land“, sondern revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

Die Existenz von zwei deutschen Staaten mit entgegengesetztem Klassencharakter ist das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Als die Rote Armee nach dem Sieg über Nazi-Deutschland in Berlin einmarschierte, eröffnete sich wie in ganz Europa eine vorrevolutionäre Situation: Der alte bürgerliche Staatsapparat war zusammengebrochen, die Arbeiter hatten in Betriebsausschüssen und antifaschistischen Komitees die Kontrolle übernommen, und die Rote Armee hätte den Anstoß für die sozialistische Revolution in Deutschland geben können. Aber Stalin ließ sich für die diplomatische Anerkennung seines Einflußgebietes auf einen Kuhhandel mit den imperialistischen Alliierten ein und verkaufte die sozialistische Zukunft Europas an den Verhandlungstischen von Jalta und Potsdam, indem er das mächtige deutsche Proletariat spaltete und die französischen und italienischen Arbeiter entwaffnete. Der Kalte Krieg und der Aufbau Westdeutschlands zum antikommunistischen Bollwerk zwang die Kremlobürokratie, die kollektivierten Eigen-

DDR...

Fortsetzung von Seite 16

Zweiten Weltkrieg entstandenen anderen (im Gegensatz zur Sowjetunion von vornherein deformierten) Arbeiterstaaten. Wohl wurde in diesen Staaten die politische Macht von der Bürokratie usurpiert, aber das Privateigentum an Produktionsmitteln ist zerschlagen und durch eine Planwirtschaft ersetzt – diese Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaft ohne Krise und Krieg verteidigen Revolutionäre und klassenbewußte Arbeiter militärisch bedingungslos gegen den Imperialismus. Allein die nukleare Bewaffnung der Sowjetunion, z. B. mit der SS 20, hat Reagan & Co. bislang vom atomaren Holocaust abgehalten.

„Schwerter zu Pflugscharen“ heißt „demokratische“ Konterrevolution à la SPD

„Frieden schaffen ohne Waffen“, „SS 20 Nein Danke“, „Es lebe Solidarność“: mit der „Schwerter zu Pflugscharen“-Propaganda hat die nationalistische „Friedens“-bewegung in Westdeutschland ein konterrevolutionäres Echo in der DDR gefunden.

Aufsehen erregten die ostdeutschen Dissidenten nach dem „Friedensforum“ von 5000 jungen Christen in der Dresdner Kreuzkirche 1982 erneut, als sich am 18. März letzten Jahres 80 von ihnen unter deutlich sichtbaren Losungen „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“ innerhalb der offiziellen Friedenskundgebung anlässlich des 38. Jahrestages der Bombardierung Jenas formierten. Die FDJ-Organisatoren der Demonstration, die unter den Parolen „Der Friede muß verteidigt werden. Der Friede muß bewaffnet sein“ lief, duldeten die Mochte-Gern-Entwaffner des ostdeutschen Arbeiterstaates nur für kurze Zeit. Dann zerstörten angeblich „aufgebrachte FDJler“ die oppositionellen Plakate und verhafteten ihre Träger. Auf Jenaer Jugendliche, die daraufhin einen Protestbrief an Honecker verfaßten, reagierte die Bürokratie auf ihre Weise: an die hundert Jenaer wurden nach Westberlin abgeschoben. Seitdem kursiert in der DDR der bittere Witz, daß der einfachste Weg in den Westen ein Umzug nach Jena sei.

Die kleine Minderheit von einigen tausend Aussteigern, Schülern, Studenten und Lehrlingen ist für sich genommen keine große Kraft. Einer der Pflugscharen-Aktivisten in der DDR beschreibt die „Friedensszene“ etwa in Weimar als „ehedem desillusionierte Punks, eine selbstgenügsame Frauengruppe, Umweltreformer, Funktionäre für Eingaben und Gesetze, abgehobene Intellektuelle, Endzeitaktivisten. Alles zusammen im Pott pazifistischer Triebe ergibt dies die bunte Aussteigerlandschaft eines langweiligen Kulturstädtchens“ (*tagszeitung*, 1. Februar). Eine christliche „Bewegung“, die über keinerlei Basis im historisch antiklerikalen ostdeutschen Proletariat verfügt, das die Errungenschaften der Planwirtschaft zu schätzen weiß und verteidigt, trotz bürokratischem Regime und nichtexistenter Sowjetdemokratie.

Bedeutung erhalten die Pflugscharen-Gruppen, weil sie den neuen deutschen Nationalismus auf dem Boden des deformierten Arbeiterstaats DDR verkörpern, zum Teil initiiert von der sozialdemokratisch dominierten „Friedens“-bewegung im Westen und organisiert durch die ostdeutsche evangelische Kirche. Die Kirche ist gegenwärtig der wichtigste Transmissionsriemen für die konterrevolutionäre Einflußnahme der Sozialdemokratie. Zwar versucht sich diese „Kirche im Sozialismus“ in gut lutherischer Tradition mit dem Staat zu arrangieren, nimmt aber gleichzeitig die Schwerter-zu-Pflugscharen-Kreuzzügler unter ihre schützenden Fittiche. Als einzige unabhängige prokapitalistische Institution in der DDR organisiert und kanalisiert sie die Dissidenten zugleich. Sie protestiert gegen die obligatorische Wehrkunde an den Schulen, fordert einen „Friedensdienst“ an Stelle der seit 1964 bestehenden Möglichkeit, als „Bausoldat“ mit der Schaufel statt mit dem Gewehr in der Nationalen Volksarmee zu dienen, und verteidigt auch die Totalverweigerer, ruft aber selbst nicht zur Totalverweigerung auf. So ist es nicht verwunderlich, daß die Kirche – um ihren Spielraum besorgt und

ohne eine potentielle konterrevolutionäre Basis wie der katholische Klerus in Polen mit einer starken Privatbauernschaft – etwa die Aufrufe der Jenaer Dissidenten zu mehr Konfrontation mit dem Staat ablehnte und die Verbreitung von „Schwerter zu Pflugscharen“-Aufnähern nach dem Bann durch die SED einstellte. Dennoch spielt die Kirche der Konterrevolution in die Hände. Sie bereitet den Nährboden für die historisch nationale Partei in Deutschland: die Sozialdemokratie. Im föderalistisch zersetzten Deutschland war die SPD für lange Zeit die einzig national organisierende Kraft, und als bürgerliche Arbeiterpartei (die Sozialdemokratie genießt in der DDR heute noch das Ansehen einer traditionellen Arbeiterpartei, der Jubel beim Brandt-Besuch 1970 in Erfurt zeugt davon), die sich erneut zur Interessenvertreterin der wiedererstarkten deutschen Bourgeoisie gemauert hat, ist sie auch dazu geschaffen, nationalistisches Potential in der DDR in eine konterrevolutionäre Mobilisierung für einen „demokratischen Sozialismus“, sprich Restauration bürgerlicher Klassenherrschaft in der DDR zu lenken. So käme es der Wahrheit näher, wenn die von Erhard Epplers EKD massiv unterstützte evangelische Kirche in der DDR sich als „Kirche für den demokratischen Sozialismus“ bezeichnen würde. Über die Pflugscharen-Apostel hoffen Brandt und Eppler die Früchte für die deutsche Bourgeoisie zu ernten. 1982 begrüßte Egon Bahr das Dresdner „Friedensforum“: „Frieden schaffen – ohne Waffen. Das ist herrlich für die Bundesregierung, wenn es in der DDR passiert“ (*Vorwärts*, 11. März 1982). Die SPD sieht sich als Vollstrecker der großdeutschen und paneuropäischen Gelüste ihrer Bourgeoisie: „Freiheitsraum nach Osten und nach Westen für die deutsche Politik zu schaffen, war das Bemühen der SPD in der Nachkriegsgeschichte... Das ist im Prinzip auch heute so, selbst unter ganz veränderten Umständen...“, definiert Bahr die „deutsche Freiheitspolitik“ der SPD (*Vorwärts*, 20. Oktober 1983).

Das „blockübergreifende“ Ziel der DDR-„Friedensbewegung“ – ein „neutral“ wiedervereinigtes Deutschland als Weg zur Verhinderung des Untergangs im atomaren Armageddon – brachte der berühmte „Berliner Appell“ des Bluesmessenpfarrers Rainer Eppelmann zum Ausdruck: „Abzug aller Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands“. So frohlockt die deutsche Bourgeoisie, die sich selbst mit eigens zurechtgezimmerten „Raketengesetzen“ (Demonstrationsverboten) auf einen heißen Herbst vorbereitete, über die christliche Weg-mit-der-SS-20-Propaganda in der DDR, hieße deren Durchführung doch die waffenlose Auslieferung – nicht nur – des ostdeutschen Arbeiterstaates an den deutschen Imperialismus.

Für bedingungslose militärische Verteidigung der Errungenschaften des „besseren Deutschlands“

Einige der abgeschobenen Jenaer Dissidenten mußten nach ihrer Ankunft im „freien Westen“ feststellen, daß es hier gar so paradisiatisch nicht ist. „So eine Armut hatte ich nicht erwartet“ bemerkte einer angesichts der Kreuzberger Wohnungsnot. Und die junge Jenaerin Dorothea Rost, die ohne Unterschrift ihres Ehegatten vom Sozialamt erstmal nach Hause geschickt wurde: „Das hat mich geschockt, daß ich hier nicht gleichberechtigt neben dem Mann leben kann.“ (*Zitty*, Nr. 16, 1983)

Gerade die Lage der Frauen in der DDR demonstriert die qualitative Überlegenheit der geplanten Wirtschaft, selbst unter dem Vorzeichen der stalinistischen Bürokratie, gegenüber der imperialistischen Profitwirtschaft. „Die Frauen sind das Beste an der DDR“, schreibt Eva Windmüller, ehemalige Korrespondentin des *Stern* in der DDR: „Das Selbstbewußtsein der DDR-Frauen hat eine Menge mit der Gleichberechtigung zu tun. Das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ wurde den Frauen in der DDR... bereits in der ersten Verfassung von 1949 garantiert... Tatsächlich ist die Befreiung der Frau von tradierten Zwängen im sozialistischen Deutschland um vieles selbstverständlicher als in der Bundesrepublik“ (*Leben in der DDR*, Hamburg 1980).

Der Friedensdissident Robert Havemann bezeichnete in einem Interview 1982 die DDR zu Recht als das „bessere Deutschland...“, weil es eine gefährliche Art von Privileg

beseitigt hat, nämlich das Privateigentum an Produktionsmitteln“ – um dann ein „neutral“ wiedervereinigtes Deutschland „mit erst mal einer Art bürgerlicher Demokratie mit vielen Parteien ähnlich wie in Weimar“ zu propagieren, also die Restauration des Kapitalismus in Ostdeutschland.

Gegen die revanchistischen Appetite des deutschen Imperialismus und seinen Schwerter-zu-Pflugscharen-Helfershelfern in der DDR verteidigen wir die proletarischen Errungenschaften des ostdeutschen Arbeiterstaates bedingungslos militärisch. Gegen antisowjetische deutsche Nationalisten von der Konservativen Aktion bis zur Alternativen Liste und den „Frauen für den Frieden“, die die Berliner Mauer lieber heute als morgen einreißen wollen, verteidigen wir die Mauer – dieses abscheuliche bürokratische Monstrum wird verschwinden, im revolutionär wiedervereinigten Sowjetdeutschland, aber nicht vorher.

Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!

Die DDR-Bürokratie greift zu Repressalien, Verhaftungen und Abschiebungen, um sich der konterrevolutionären Propagandisten des „Frieden schaffen ohne Warschauer-Pakt-Waffen“ zu entledigen. Während Trotzki einen „Recht“ auf Wehrdienstverweigerung in einem Arbeiterstaat ablehnen, bekämpfen wir im Gegensatz zur stalinistischen Bürokratie die Ost-Dissidenten *politisch* (sofern sie Propaganda betreiben und nicht konterrevolutionäre Aktionen zum Sturz der proletarischen Eigentumsformen organisieren). In einer Sowjetdemokratie wie im bolschewistischen Rußland unter Lenin und Trotzki würden Kommunisten bürgerlichen Dissidenten in der offenen politischen Auseinandersetzung das Wasser abgraben und revolutionären Enthusiasmus des Proletariats zur Verteidigung des proletarischen Staates gegen proimperialistischen Pazifismus mobilisieren. Aber nichts fürchtet die stalinistische Bürokratie zu Recht mehr als Arbeiterdemokratie, sie wäre gleichbedeutend mit dem Ende ihrer parasitären Herrschaft. Der ostdeutsche Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 hat den Weg gewiesen, wie stalinistische Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung und Kriegspolitik ein für alle Mal beseitigt werden kann: durch die politische Revolution des Proletariats im Osten und die sozialistische Revolution im Westen, durch das revolutionär wiedervereinigte Deutschland als Bestandteil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

die die militärische Verteidigung der UdSSR unterminiert und Errungenschaften der Arbeiterklasse gefährdet. Deshalb sind wir für die proletarische politische Revolution, um die konservative stalinistische Bürokratie hinwegzufegen und wieder die Macht der Sowjets (Arbeiterräte) zu errichten, deren Politik der proletarische Internationalismus ist.

Mandels letztes Argument: die „antikapitalistische Dynamik“ der Friedensbewegung kommt daher, daß sie die Verbindung zwischen Austeritätspolitik und Militärausgaben zieht. Aber die Rhetorik von „Arbeit statt Raketen“ ist Reformismus auf unterster Ebene. Entweder läuft es darauf hinaus, eine illusorische „Umverteilung“ innerhalb des Kapitalismus zu fordern oder aber die imperialistische Kriegsmaschinerie „abzuspecken“, um sie *effektiver* zu machen! Einen Imperialismus mit menschlichem Antlitz kann es nicht geben. Zu einer Zeit, in der die Imperialisten sich in ihrer antisowjetischen Wut darauf vorbereiten, die Welt in die Luft zu jagen, dienen solche reformistischen Utopien nur dazu, die selbstverständliche Sehnsucht der Massen nach Frieden von dem einzigen Weg abzulenken, die imperialistischen Kriegstreiber zu entwaffnen: die Bewaffnung des Proletariats und eine sozialistische Revolution, die den Kapitalisten die Macht entreißt. Die Unterstützung des vereinigten Sekretariats für Mitterrands NATO-Volksfront und das angestrebte Bemühen der GIM im Herbst 1982, die Mobilisierung Hunderttausender von Arbeitern in parlamentarischen Fahrwasser zu lenken für einen Wahlsieg der SPD, sind nur konsequenter Ausdruck ihrer verrotteten Politik.

Die Befürworter des „dritten Lagers“ sind unfähig, eine Klassenlinie zu ziehen – in den Klassenaussetzungen, die sich im internationalen Rahmen entwickeln, genauso wie in ihrem eigenen Land. Die Weigerung, die UdSSR zu verteidigen, ist letzten Endes nur Ausdruck der Weigerung, den eigenen Imperialismus zu bekämpfen. Um die Arbeiter für dieses Ziel zu mobilisieren, müssen die sozialchauvinistischen Führer des Proletariats und ihre „linken“ Lakaien entlarvt und weggefegt werden im Kampf, die Vierte Internationale wiederzuschmieden, die Weltpartei der sozialistischen Revolution, die die Arbeiter aller Länder im Kampf für die Verteidigung und Ausweitung der Arbeitererrungenschaften, im Kampf gegen den Imperialismus vereint. ■

Marxismus...

Fortsetzung von Seite 9

fache deutsche Soldaten anzugreifen, die nachts allein an einsamen Straßenecken standen und versuchten, Mädchen aufzugaßeln; eine typische „Taktik“ war es, ihre Genitalien abzuschneiden und sie ihnen in den Mund zu stopfen. Wie vorauszu sehen war, hatte das nicht den Erfolg, besonders viele Deutsche für die Sache der Résistance zu gewinnen. Die französischen Trotzkiisten appellierten an das Klassenbewußtsein der deutschen Soldaten (deren Eltern in vielen Fällen Kommunisten und Sozialdemokraten waren) und führten unter großen Opfern eine Politik der Verbrüderung durch. Um *Arbeiter und Soldat*, eine Untergrund-Zeitung für deutsche klassenbewußte Soldaten, bildeten sie eine geheime trotzkistische Zelle in der deutschen Marine in Brest.

Heute gibt es eine halbe Million junger Männer in der Bundeswehr, und wie in der Vergangenheit ist es wahrscheinlich, daß sie losgeschickt werden, um für eine ungerechte Sache zu kämpfen. Wir würden für ihre Niederlage arbeiten, aber das heißt nicht, daß wir vorschlagen, jeder deutsche Arbeiter in Uniform solle ausgelöscht werden. Unser Ziel ist es vielmehr, *von innen*, d. h. von unten, die imperialistischen Streitkräfte zu sprengen – und das ist Teil des Kampfes zur Verwirklichung von Lenins zutiefst humanistischer Perspektive eines „sozialistischen Gesellschaftssystems, das, indem es die Teilung der Menschheit in Klassen aufhebt, indem es die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einer Nation durch andere Nationen aufhebt, unvermeidlich die Möglichkeit von Kriegen abschafft.“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 345, 6. Januar

Mandel...

Fortsetzung von Seite 13

reaktionären Politik der Bürokratie verteidigen. Die Frage läuft folglich – in letzter und ausschlaggebender Instanz – auf die Klassennatur der UdSSR hinaus.“

Eine Politik des „dritten Lagers“ führt genau dazu, die trotzkistische Analyse der UdSSR aufzugeben. Die Shachtman-Schüler der GIM schreiben über die Stationierung der SS 21 in der DDR und CSSR: „Zwar wurde das Wettrüsten gewiß durch die USA immer wieder ausgelöst. Die Stationierung der Euro-raketen hat die Gefährdung der Sowjetunion zusätzlich verstärkt... Aber das rechtfertigt nicht jedes Mittel auf Kosten der Werktätigen in aller Welt... Mit einer sinnlosen Maßnahme wird das atomare Wettrüsten nur noch weiter angeheizt.“ (H. J. Schulz, *was tun*, 26. Januar) Heutzutage ist es besonders ekelhaft, das traditionelle, dumme pazifistische Argument über ein „Übermaß an Waffen“ aufzunehmen, denn es kommt dem antikommunistischen Argument gleich, die UdSSR sei mitverantwortlich für den kommenden Krieg, weil sie sich bewaffne. Tatsache ist aber, daß sie sich nur gegen die imperialistischen Aggressoren verteidigt und atomare Waffen angehäuft hat, weil es ihr zum Glück gelungen ist, jede technologische Neuerung, die die Imperialisten aufgebracht haben, um militärische Überlegenheit zu gewinnen, zu kontern.

Wir verurteilen den Stalinismus nicht aus dem Grund, weil er nicht abrüstet, sondern wegen seiner utopischen Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus,

SPARTAKIST

„Schwerter zu Pflugscharen“ heißt Konterrevolution à la SPD

Verteidigt DDR/ UdSSR!

Für die revolutionäre
Wiedervereinigung
Deutschlands!

Dem *Neuen Deutschland* war es einen Bericht auf der Titelseite wert: der Empfang des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker für eine achtköpfige Delegation grüner Bundestagsabgeordneter im letzten Novem-



Bonn, 22. Oktober 1983

ber. Der rabiaten Antikommunistin Petra Kelly, gekleidet in ein „Schwerter zu Pflugscharen“-T-Shirt, und dem Bundeswehrgeneral a. D. Gerit Bastian gelang es, Honeckers Unterschrift unter die ersten beiden Punkte eines „persönlichen Friedensvertrages“ zu bekommen: über gegenseitigen Gewaltverzicht und für den Abbau von „Feindbildern“. Die grünen Streiter für die Entwaffnung des ostdeutschen Arbeiterstaates wußten natürlich, daß sie die Unterschrift des

SED-Chefs für ihr eigentliches Ziel, Punkt 3, nicht erhalten würden: den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt.

Schon Monate zuvor hatten Bastian und Kelly durch eine provokative Kundgebung für „Schwerter zu Pflugscharen“ auf dem Ostberliner Alexanderplatz demonstriert, daß die Grünen bei aller Ablehnung von Pershings „auf deutschem Boden“ vaterlandstreu zur eigenen Bourgeoisie stehen. Und sie sind es, assistiert von Kalten-Kriegs-Linken wie der GIM, die Honeckers DKP aus der westdeutschen „Friedens“bewegung rausdrängen wollen, um den Zimmermanns und Wörners zu beweisen, daß sie nicht „einseitig“ sind. Wohl wissend, daß die Grünen „Solidarität mit Solidarność“ lauter schrien als die deutsche Bourgeoisie selbst, ist die stalinistische Bürokratie trotzdem bereit, jeden potentiellen Unterstützer einer „Koalition der Vernunft“ gegen Pershing-Reagan in die Arme zu schließen, um ihre vermeintliche „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus zu retten. Nicht zuletzt durch ihre Hofierung der antikommunistischen Grünen nähren die Ideologen des „Sozialismus in einem (halben) Land“, die zur Untermauerung ihrer Theorie von zwei deutschen Nationen einem Nationalismus sui generis das Wort reden (Luther und Bismarck als Vorkämpfer der „sozialistischen Nation DDR“), am eigenen Busen die konterrevolutionären „Schwerter zu Pflugscharen“-Bestrebungen in der DDR.

Mit dem Beginn der Pershing-2-Stationierung hat sich der NATO-Kriegskurs dramatisch zugespitzt: Diese imperialistischen Erstschlagswaffen können die Zentren der Sowjetunion binnen Minuten auslöschen. Das Ziel aller Imperialisten ist die Zerstörung der UdSSR, wo 1917 die Oktoberrevolution das kapitalistische Wirtschaftssystem und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen hat, und das „Zurückrollen“ der nach dem

Fortgesetzt auf Seite 15



Jena, 18. März 1983

Mandel/GIM: Europazifismus im Dienst des Kalten Kriegs

„So hat die Tatsache, daß die Sowjetunion Atomwaffen gebaut und angehäuft hat, die Menschheit bis jetzt vor einem nuklearen Holocaust gerettet. Ohne dieses 'Gleichgewicht des Schreckens' hätte der Imperialismus so gut wie sicher schon Atomwaffen gegen die 'chinesischen Freiwilligen' während des Koreakriegs, gegen die indochinesischen Revolutionen während des zweiten indochinesischen Kriegs und ebenso gegen andere Revolutionen eingesetzt. Natürlich trägt die Diktatur der Bürokratie zu einem großen Teil die Verantwortung für das Überleben des Weltimperialismus und damit indirekt für die existierende nukleare Bedrohung. Aber die Existenz des sowjetischen Arbeiterstaats, eines Staats, dessen sozialer Charakter sich von dem der imperialistischen Staaten unterscheidet, eines Staats, der nicht von seiner eigenen tödlichen Logik in Richtung eines nuklearen Holocausts getrieben wird, zeigt heute wieder seine widersprüchliche Bedeutung in der Welt. Die sowjetische nukleare Stärke bietet antiimperialistischen Revolutionen ein gewisses Maß an Schutz; das bestätigt die Korrektheit unserer marxistischen Charakterisierung und mißfällt all jenen widersprüchlichen und oberflächlichen Verleumdern, die meinen, die Sowjetunion habe den gleichen sozialen Charakter wie die Vereinigten Staaten oder sei eine ähnliche 'Supermacht'.“

Diese überzeugenden Argumente für die trotzkistische Position der militärischen Verteidigung der Sowjetunion sind kein Auszug aus einer Publikation der internationalen Spartacist Tendenz. Sie stammen von niemand anders als Ernest Mandel und stehen in der September/Oktober-Ausgabe der *New Left Review*. Aber seht euch vor. Diese schönen Worte, letzter Atemzug von Mandels „Trotzkismus“, sind nur „Sozialismus für den Sonntagsgebrauch“. Heute gibt es Pershing-Raketen in Europa, die in acht Minuten Moskau treffen können und Westdeutschland im wahrsten Sinne des Wortes in eine atomare Abschußrampe gegen die Sowjetunion verwandeln. Niemand kann jetzt noch ernsthaft behaupten, das monströse atomare Arsenal der Imperialisten sei auf die „koloniale Revolution“ gerichtet. Aber weit davon entfernt, sich dem Kampf der Trotzkisten zur Verteidigung der Sowjetunion anzuschließen, entdeckte Mandels „Vereinigtes Sekretariat“ in aller Eile ein „drittes Lager“ in Gestalt der „Friedens“bewegung in West und Ost, die sowohl die russischen Bürokraten als auch (so behaupten sie) den Imperialismus bekämpft.

Doch dieses „dritte Lager“ ist in Wahrheit antisowjetisch, was Mandel-Schüler Winnie Wolf von der GIM mit seinem empörenden Artikel über die südkoreanische Boeing KAL 007 zeigte (*was tun* vom 15. September 1983), als er mit seinen Forderungen selbst die kühnsten antikommunistischen Träume



Perspektiven
der 80er Jahre

Ernest Mandel: Papst-„Trotzkist“

übertraf. Angesichts einer in höchstem Maße verbrecherischen Provokation der Imperialisten forderte er die Sowjetunion auf, Entschädigung zu bezahlen und schlug eine „unabhängige Untersuchungskommission“ vor, die endlich die strategischen sowjetischen Anlagen „an Ort und Stelle“ besichtigen sollte!

Winnie Wolf wendet mit diesem widerwärtigen Artikel einfach die Linie an, die Mandel in seinem Artikel entwickelt hat:

„Alles, was der größten und umfassendsten Mobilisierung für einseitige Entwaffnung im imperialistischen Europa hilft, ist ein tausendmal stärkerer Schlag gegen den Imperialismus, und dadurch tausendmal effektiver für die Verteidigung der Sowjetunion und der Arbeiterstaaten, als ein paar mehr Raketen oder ein paar weniger Disziplinkonflikte in der Armee dieses oder jenes Arbeiterstaats.“

Die Sowjetunion soll sich also angesichts der imperialistischen Revanchisten selbst entwaffnen – als Gegenleistung für das Versprechen, daß die Bourgeoisie nicht durch proletarische Revolution, sondern durch eine „europazifistische“ Bewegung entwaffnet werden wird, die auf bürgerlichem Nationalismus basiert und weitestgehend unter sozialdemokratischer Führung steht!

Das ist absurd, wie Mandel sehr wohl weiß. Es ist klar, daß Mandel in der Praxis die Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats zurückweist. Sein „theoretischer“ Deckmantel liegt darin, daß er den Doppelcharakter der Bürokratie leugnet – die Tatsache, daß sie auf vergesellschafteten Eigentumsformen basiert und zur gleichen Zeit die Vergesellschaftung durch ihre Politik der „Entspannung“ unterminiert. Die Mandelianer könnten gut die Parole derer übernehmen, die glauben, die UdSSR sei kapitalistisch: „Weder Washington noch Moskau!“

Fortgesetzt auf Seite 13